

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzeln Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die sechsgelbte Zeile gelbe resp. deren Raum 1.— Mk.
Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 26maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 99. **Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.** Telephon-Nr. 98.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Georg Wisnmann, Bochum.**
Druck u. Verlag von **Sandmann & Co., Bochum, Wilmershauserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Seid einig!

Mehr Lohn ist heute zu erringen,
Doch müßt ihr einig es erzwingen,
Zusammenstehen unverrückt,
Sonst werdet ihr vom Feind erdrückt.
Stark ist der Gegner und entschlossen —
So müßt auch ihr jetzt unverdrossen,
Die ganze Kraft zusammenraffen,
Die nur die Einigkeit kann schaffen. H. K.

Unsere Lohnforderung.

Im Laufe der letzten Jahre haben die Grubenbesitzerverbände wiederholt beschlossen, die Preise für Kohlen, Pflanz, Brille und Bekleidungsgegenstände zu erhöhen; die Beschlässe wurden auch durchgeführt. In keinem Falle hat sich deswegen ein großer Lärm in der Tagespresse erhoben. Die Grubenbesitzer begründeten ihre Preisverhöhungen mit der Erhöhung der Selbstkosten.
Jetzt haben die Verbände der Bergarbeiter an die Grubenbesitzerorganisationen und an die einzelnen Zechenverwaltungen eine Lohnforderung gerichtet, unsere Forderung wird mit der unbilligsten außerordentlichen Erhöhung der Kosten des Lebensunterhaltes der Arbeiterfamilien begründet. Aber während die Kohlenpreisverhöhungen von der überwiegenden Mehrzahl der Tagespresse kaum erwähnt worden sind, gerät dieselbe Presse in große Aufregung über die Lohnforderung der Bergleute. Es wird von „Hege“, „unverantwortlichem Vorgehen der Arbeiter“, „Bedrohung des Wirtschaftslebens“, „Gefahr eines Streiks“, geschrieben, alles nur, weil — die Bergarbeiter die Selbstkosten ihres Lebensunterhaltes mit den jetzigen Löhnen nicht mehr bestreiten können und darum einen gerechten Ausgleich verlangen. Warum malt man denn eigentlich das Gespenst eines „gewaltigen Streiks“ an die Wand? Warum schreiben Zentrumsorgane von der „Streikluft des alten Verbandes“? Können sich jene Journalisten und Meinungsfabrikanten denn gar nicht vorstellen, daß auch ohne Streik die Arbeiterschaft Zugeständnisse erzielen kann? In Deutschland werden von den Gewerkschaften alljährlich hunderte von Lohnbewegungen geführt, die ohne Streik den Arbeitern Vorteile bringen. Warum sollte das bei unserer Lohnbewegung nicht der Fall sein können? In einem auswärtigen Hinterland ist bekannt, die sozialdemokratische Presse im Ruhrgebiet „hege zum Streik“. Wir müssen diese Sensationsmeldung als lächerlich zurückweisen. Die Dortmund „Arbeiterzeitung“ schreibt in ihrer Nummer vom 11. Oktober:

„Versteht ist der Hinweis auf eine kommende Katastrophe. Diese wird von niemand gewünscht; eine friedliche Verfassungskämpfung läge nicht bloß im Interesse der Bergarbeiter, sie liegt auch im Interesse der Industrie und des gesamten Volkes.“
Das ist auch unsere Meinung. Wenn die nichtsozialdemokratischen Blätter ebenso ruhig die Sachlage beurteilen wie die sozialdemokratische „Arbeiterzeitung“, dann wird jede Aufregung vermieden und die Beteiligten kommen eher zu einer Verständigung. Wir möchten an die Sensationsjournalisten die Bitte richten, sich weniger um die Bergarbeiterangelegenheiten zu kümmern. Das wäre für die Gesamtheit von größtem Vorteil.
Die durchweg frei erfundenen Sensationsnachrichten nötigen uns zu einigen Wichtigstellungen.
Es wird stets von der „Forderung der Siebenerkommission“ geredet. Tatsächlich handelt es sich um die Forderung folgender fünf Organisationen: Bergarbeiterverband, christlicher Gewerksverein, polnische Berufsvereinigung, Griech-Dunderscher Gewerksverein, Verein zur gegenseitigen Hilfe in Oberschlesien. Die Forderung wird an sämtliche deutsche Bergwerksbesitzer in den Kohlenrevieren gerichtet, also auch an die schlesischen, sächsischen, bayrischen, lothringischen, saarbrücker, mitteldeutschen usw. Aus diesem Grunde schon kann die Siebenerkommission nicht als Antragsteller gelten, denn sie ist 1905 nur für das Ruhrgebiet gewählt. Darum muß von den Forderungen der vereinigten Bergarbeitergewerkschaften geredet werden.
Ferner ist in einigen Zentrumsorganen behauptet worden, der alte Verband habe die Lohnforderung gestellt, um — den christlichen Gewerksverein zu schädigen! Wie es möglich ist, durch eine gemeinsam gestellte Lohnforderung die eine oder andere Organisation zu „schädigen“, darüber erfahren wir nichts. Zur Steuer der Wahrheit und um allen Legendenbildungen entgegenzutreten, stellen wir fest: Aus dem Kreise der Bergarbeiter kam an den Verbandsvorstand die Anfrage, ob angesichts der Lebensmittelverteuerung und der günstigen Geschäftslage keine Schritte zugunsten einer Lohnerhöhung getan werden sollten. Darauf hat sich der Vorstand unseres Verbandes an die Vertreter der anderen Organisationen gewandt und die Stellung einer Lohnforderung angeregt! In der dann stattgefundenen Sitzung der Arbeitervertreter haben die Beauftragten unseres Verbandsvorstandes den Lohnerhöhungsantrag unterbreitet und die Vertreter der anderen Organisationen haben naturgemäß die Ansprüche der Arbeiter anerkannt. Es wurde ein entsprechender einstimmiger Beschluß gefaßt. — Daß dem Vorstand unseres Verbandes keine schlechten Absichten gegen die anderen Organisationen vorliegen, sondern das Interesse der Gesamtarbeiterschaft, ist auch aus dem letzten „Bergarbeiter“ (Organ des H.-Dunk. Gewerksv.) zu entnehmen, der mittelst, in den Konferenzen der Griech-Dunderscher Ortsverwaltungen sei gelangt worden, die Siebenerkommission hätte längst vorgehen müssen. Man sieht daraus, der Vorstand unseres Verbandes entsprach mit seinem Vorgehen den Wünschen der Bergarbeiter.

Sodann hat die Tagespresse Notiz genommen von der angeführten Verständigung der Bergleute Deutschlands mit den ausländischen Bergarbeitern. Die Mitteilung dieser Tatsache wurde so erläutert, als wenn der alte Verband hier auf eigene Faust vorgeinge, ein Blatt („Gesellschaftliche Zeitung“) meldete die Verständigung mit der englischen Miners-Association unter der sensationellen Spitzmarke: „Streitgelüste

des alten Verbandes“. Auch gegen diesen Versuch, die Einigkeit der Bergleute zu schädigen, wenden wir uns ganz entschieden.

Aus der Bekanntmachung der Organisationsvertreter vom 22. September geht deutlich hervor, daß die internationale Verständigung einem Beschluß sämtlicher Organisationsvertreter entspricht! Der Bergarbeiterverband bzw. sein Vorstand unternahm und unternimmt in der beregten Angelegenheit keinen eigenmächtigen Schritt, sondern hält sich streng an die gemeinsamen Abmachungen! Wer diese Erklärung nicht respektiert und die Verträge, einen Keil zwischen die Verhandlung der Verbände zu treiben, fortsetzt, der will sie auseinanderheben und damit die Lohnbewegung lahmlegen. Wir verfolgen diese Versuche sehr aufmerksam, bitten auch unsere Kameraden genau die Presse zu lesen, damit wir den Arbeitern zur gegebenen Zeit ihre Feinde kennzeichnen können.

An unsere Mitgliedschaften, Ortsverwaltungen und Bezirksleiter richten wir die Aufforderung, unter keinen Umständen eigenmächtigen Schritte zu unternehmen. In der vorjährigen Lohnbewegung sind von Elementen, die wir vorher gar nicht für die Organisation gewinnen konnten, die unverantwortlichsten Sachen gemacht worden. Für die Eigenmächtigkeiten und Dumheiten jener inorganisierten, disziplinosen Elemente ist dann später die Organisation verantwortlich gemacht worden. Darum haben wir strenge Anweisungen ergehen lassen und unsere Ortsverwaltungen und Bezirksleiter haben die Pflicht übernommen, unter allen Umständen das Prinzip der Organisation und der strengsten Disziplin aufrecht zu erhalten. Nicht ein beliebiger Schreier, der eben in die Organisation hineingerufen oder gar nicht organisiert ist, hat die Verantwortung, sondern sie ruht auf den organisierten Kameraden, den Ortsverwaltungen, den Bezirksleitern und den Vorständen. Mit aller Entschiedenheit müssen die geschulten Organisierten allen Eigenmächtigen und unverantwortlichen Schreier entgegenzutreten. Wer sich der notwendigen Disziplin nicht fügt, stellt sich außerhalb der Organisation. Diesen Beschluß haben in ihren Konferenzen sämtliche Ortsverwaltungen und Bezirksleiter mit Einstimmigkeit gefaßt, sie werden auch danach handeln. Der Verbandsvorstand seinerseits ist verpflichtet, sich an die gemeinsamen Beschlüsse sämtlicher Organisationsvorstände zu halten. Wir halten demokratische Disziplin, damit handeln wir am besten im Interesse der Bergarbeiter aller Reviere.

Was nun die gestellten Forderungen betrifft, so ist eigentlich eine Begründung hier gar nicht mehr nötig. Das Verlangen, die vielfach bestehende Sperre aufzuheben, entspricht dem Gerechtigkeitsgefühl der Arbeiter, die sich in ihrem gesetzlichen Freiheitsrecht beschränkt fühlen. Mit der Freigabe des Bergbaues an die Privatkapitalisten ist der sogenannte freie Arbeitsvertrag eingeführt worden. Vordem, unter dem „Direktionsprinzip“, wurde der Bergarbeiter von der Bergbehörde an- und abgelegt, auch verlegt von einer Grube zur anderen auf Wunsch. Eine volle Freizügigkeit bestand also für die Bergleute innerhalb eines Reviers nicht. Demgegenüber war aber auch das Lohnsystem ein anderes wie heute. Von den Bergbehörden wurden in bestimmten Zeiträumen Normallöhne festgesetzt, unter denen der Knappe nicht ausbezahlt werden durfte! Auch befaßen die „eingeschriebenen“ Anwartschaftsgenossen das gesetzliche Recht auf Arbeit! Unter diesen Verhältnissen war die behinderte Freizügigkeit erträglich. Heute aber wird kein Mindestlohn mehr behördlich festgesetzt, den Zechenbesitzern ist es völlig freigestellt, einen Lohn wie sie wollen, zu zahlen. Sie erklären nun, der Lohn richte sich nach der Konjunktur, nach Angebot und Nachfrage. Aber eben durch die Sperre wird diese heute noch einzig mögliche Ausnutzung der Konjunktur den Arbeitern unmöglich gemacht, durch die Sperre wird das Wirtschaftsgesetz von der Lohnregulierung infolge des Wechsels zwischen Angebot und Nachfrage außer Kraft gesetzt.

Wie im Vorjahre, so wird auch heute von der Zechenpresse behauptet, eine Sperre bestehe nicht. Tatsächlich besteht sie doch, nur in anderer Form wie vorjährig. Damals galt sie für die gesamten Reviere, heute besteht eine Verständigung zwischen benachbarten Revieren. Bergarbeitern, die ein Eigentum besitzen, ist der Arbeitswechsel verweigert worden mit der Erklärung: Ihr laßt uns nicht fort, ihr seid Eigentümer und auf den benachbarten Zechen bekommt ihr keine Arbeit, dafür ist gesorgt! Auch die katholische „Sächsische Volkszeitung“ muß diese Tatsache bestätigen, womit bewiesen wird, wie gerade die seßhaftesten Bergleute am meisten durch die Sperre geschädigt werden. Wollen sie auf entfernten Zechen anfahren, dann bedingt dies meistens einen Wohnungswechsel.

Eine Bergwerkszeitung meint, wir sollten die Belegschaften lieber über die durch den starken Arbeitswechsel gesteigerten Unfallgefahren belehren. Das haben wir schon vor Jahren und wiederholt getan. Wir haben aber noch nachgewiesen: wo die ungünstigsten Arbeitsverhältnisse existieren, da ist der Belegschaftswechsel am stärksten! Auch wir erblicken in dem riesigen Belegschaftswechsel ein Uebel; doch kann es nur ausgerottet werden durch eine **Verständigung der Werksbesitzer mit der Arbeitervertretung über die Auszahlung eines auskömmlichen Minimallohnes für das ganze Revier!** Wenn ein für die anständige Lebenshaltung ausreichender Minimallohn auf allen Gruben in gleicher Höhe eingeführt, wenn außerdem den Wünschen der Arbeiter hinsichtlich der Abschaffung von Betriebsmischständen Rechnung getragen wird, dann hört der riesige Belegschaftswechsel von selbst auf.

Bisher haben wir für diesen Vorschlag in den Unternehmerrreisen kein Verständnis gefunden. Mehr noch: Selbst den **Arbeiterausschüssen** ist die Befugnis, in Lohnangelegenheiten regelnd mitzuwirken, abgesprochen. In der „Rh.-Westf.“ vom 10. Oktober wird ausdrücklich geschrieben, die Zechenverwaltungen ständen ausdrücklich auf dem Standpunkt, **die Arbeiterausschüsse hätten nicht das gesetzliche Recht, in Lohnfragen mitzusprechen!** In diesem Sinne würden die Zechenverwaltungen verfahren. Obendrein ist den **Arbeiterausschüssen** der einzelnen Zechen auch — **gesetzlich verboten, zusammen über Lohnangelegenheiten zu beraten.** Ein sie es doch, so

können sie nach erfolgloser Verwarnung aufgelöst werden. Infolgedessen sind den Arbeiterausschüssen gesetzlich die Hände gebunden, vor allen Dingen können sie nicht Träger einer einheitlichen Lohnbewegung sein, das Gesetz verbietet es ihnen. Das gilt für ganz Preußen. In anderen Bundesstaaten z. B. Bayern, haben die Arbeiterausschüsse weit mehr Befugnisse, dort haben unsere Arbeiterausschüsse auch in der Lohnfrage Erfolge erzielen können. Daß wir keine grundsätzlichen Gegner der Arbeiterausschüsse sind, haben wir dort bewiesen, aber auch dadurch, daß unsere Verbandsvertreter nichts dagegen haben, wenn die sonstigen Arbeiterausschüsse versuchen, die von den Organisationen gestellten Forderungen zu unterstützen. Ihnen vorzüglich die Lohnforderung zu überweisen, haben die Organisationsvertreter nicht beschloffen, weil die Erfahrungen des vergangenen Jahres gezeigt haben, daß viele Zechenverwaltungen mit den Arbeiterausschüssen über Lohnfragen nicht verhandeln. Nicht kleinliche Nechthaberei, sondern die Praxis hat diesen Beschluß der Organisationsvertreter gerechtfertigt.

Es ist dann in einer Reihe den Zechenverwaltungen nahegelegender Zeitungen geschrieben worden, die 15prozentige Lohnerhöhung sei undurchführbar, auch wären die Löhne fortwährend im Steigen begriffen, sie ständen höher wie früher. Ob die Lohnerhöhung durchführbar ist, beweisen die fortwährend veröffentlichten Ausweise über das ganz beispiellose Anwachsen der Werksüberschüsse. Das geht in die Millionen und Abermillionen. Aber wenn auch die Lohnerhöhung den Werkgeheim schmälert, deswegen leiden die Aktionäre und Aktienbesitzer durchaus keine Not, während der Arbeiter eine Erhöhung seines Einkommens braucht zur Bestreitung unabwiesbarer Lebensbedürfnisse. Auch wir haben an der Hand der behördlichen Lohnstatistik mitgeteilt, wie sich die Bergarbeiterlöhne entwickelten. Wir beskreiten gar nicht, daß hier und da sehr anständige Löhne ausgezahlt werden. Aber was haben die vielen gehüteten Arbeiter mit 2,50 bis 3,50 Mark Tagesverdienst davon, daß ein paar tausend sehr gute Löhne erhalten? Wenn auf einer Grube der Lohn zwischen 2,50 bis 8,00 Mark pro Schicht schwankt, so werden sich die 2,50 Mark-Leute nicht beruhigen mit dem Gedanken, die anderen hätten dreimal mehr Lohn. Darum fordern die Organisationen auch einen gerechten Ausgleich der Löhne, so zwar, daß auch den bisher sehr schlecht bezahlten ein auskömmlicher Lohn gezahlt wird.

Mit der „andauernden Lohnsteigerung“ ist es aber auch nur halbwegs bestellt. Betrachte man sich folgende amtlichen Lohnziffern: Es betrug der Durchschnittslohn für sämtliche Belegschaftsmitglieder:

	II. Quartal 1900.	III. Quartal 1900.	II. Quartal 1906.
Oberschlesien	3,09 Mark	3,16 Mark	3,16 Mark
Niederschlesien	2,95 "	3,03 "	3,00 "
M Ruhrgebiet	4,17 "	4,24 "	4,26 "
Galler Braunkohleng.	3,06 "	3,14 "	3,30 "
Saargebiet	3,54 "	3,56 "	3,84 "
Wurmgebiet	3,86 "	3,93 "	4,35 "

Auch diese Lohnsteigerung verschwindet fast ganz, wenn man die Steigerung der Leistungen daneben hält. Geschenkt ist den Arbeitern gewiß nichts worden. Die Saarbrücker Bergleute hatten schon 1891 einen Durchschnittslohn von 3,89 Mark, bedienten also vor 15 Jahren höhere Löhne wie jetzt! Die Lohnsteigerung von 24 Pfg. pro Schicht haben die Braunkohlenbergleute ihrem opfervollen Kampf im Sommer 1906 hauptsächlich zu verdanken. Im Wurmgebiet (Aachen) haben die Arbeiter lange sehr miserable Löhne gehabt, auch heute noch bekommen 21,8 Prozent der Belegschaft nur 3,65 Mark Durchschnittslohn, ein Einkommen, mit dem bei den dortigen Löhnerverhältnissen nur ein sehr klägliches Dasein zu fristen ist. Ueber 35 Prozent der erwachsenen männlichen Wurmbergleute bekommen nicht einmal durchschnittlich 4 Mark täglich. Diesen nügen die höheren Löhne einer kleinen Anzahl absolut nichts. In Ober- und Niederschlesien stand im III. Quartal 1900 der Durchschnittslohn gleich bzw. höher wie im II. Quartal 1906. Und im Ruhrgebiet beträgt die seit dem III. Quartal 1900 eingetretene „Lohnsteigerung“ täglich nur 2 Pfg.! Darum sollte die Zechenpresse lieber nicht von einer eingetretenen Lohnerhöhung reden. Oder sind 2 Pfg. pro Tag der Rede wert?

Um so weniger angesichts der seitdem eingetretenen allgemein anerkannten unerbötigen Verteuerung der Lebensbedürfnisse! Diese ist es ja gewesen, die den Arbeitern die Lohnforderung aufzwang. Wir sind der Ueberzeugung, wäre die Lebensmittelverteuerung nicht eingetreten, von einer Lohnforderung würde jetzt nicht gesprochen.

Dieselbe „Bergwerkszeitung“, die heute den Beweis führen will, die Lohnforderung sei „unverantwortlich“, dieselbe Zeitung schrieb am 9. September 1906:

„Durch seine (Hobbielskis) rücksichtslose Politik zugunsten der Agrarier, die Feindesart entgegenkommen und Verdrängung der Industrie kennt, hat er es erreicht, daß die Preise für die notwendigen Lebensmittel eine solche Höhe erreicht haben, die man für die weitesten Schichten des Volkes als unerschwinglich bezeichnen darf. Das ist leider keine Redensart, sondern ein ganz trauriges Faktum und die Industrie, die heute die eigentliche Nährmutter des Volkes ist, kann trotz allen Anstrengungen und bei den größten Opfern nicht so ergiebig gemacht werden; daß sie die Löhne und Gehälter auf eine Stufe brächte, die keinen Ausgleich gegen die Preise der Lebensmittel bedeutete. Heute kostet das Pfund Speck in unseren Industriestädten wieder 1 Mark. Das bedeutet für einen Tagelöhner mit einem Lohn von 3 Mark ein volles Drittel seines Tageseinkommens und man kann nicht sagen, daß, wenn er sich mit Frau und drei bis vier Kindern des Mittags um ein Stück Speck seht, er irgendwie der Verschwendung frönt.“

Eine bessere Begründung unserer Lohnforderung können wir uns nicht wünschen. Mag die „Bergwerkszeitung“ im Sinne ihres Artikels vom 9. September die Lohnforderung der Arbeiter beurteilen, damit tut sie der Allgemeinheit bessere Dienste als durch ihre üben Scharfmacherei und haltlosen Verdächtigungen der Arbeiterführer.

Doch haben wir noch eine gewichtige Stimme zu unseren Gunsten anzuführen. Im „Glück Auf“ hat Herr Bergassessor Küngst eine sehr komplizierte Berechnung über Arbeitslohn, Unternehmergewinn und Lebenshaltung der Ruhrbergleute veröffentlicht. Herr Küngst kommt auf Grund durchaus unparteiischer Zahlen

Verwendung zu dem Schluss, die Lebensmittelpreise seien bedeutend weniger gestiegen als die Löhne, die Lebenshaltung der Arbeiter sei eine sehr viel bessere geworden. Wie wenig sich die Berechnungen des Herrn Bergassessors Jüngst mit der Wirklichkeit vertragen, geht aus seiner verblüffenden Einbeziehung hervor, daß in der Stadt Essen die Lebenshaltung der Arbeiter im ersten Halbjahr 1908 mit weniger Geld wie im Jahre vorher zu bestreiten gewesen wäre!!! Die auch amtlich zugegebene außerordentliche Steigerung z. B. der Fleischpreise gerade seit Beginn des Jahres 1908 wirkt allein schon die Resultate der Jüngst'schen Berechnung über den Haufen.

Zu gleicher Zeit, wo Herr Jüngst statistisch eine billiger Lebenshaltung der Arbeiter ermittelt, schreibt die dem Kohlen-Förderer und dem Bergbauischen Verein sehr nahe stehende „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ (10. Oktober):

„In der Tat sind die Lebensmittelpreise so stark gestiegen, daß die Löhne dieser Steigerung nicht folgen konnten. Das ganze Lohnmehr wird absorbiert (verbraucht) durch die Teuerung, und der Lohn, den unsere Industrie der Landwirtschaft zahlt, beträgt jährlich 40—50 Millionen. Das hierdurch Anzustehende ist nicht, ist begründet, und der Regierung, welche der Industrie diese Last aufgedrückt hat, werden unsere Bevölkerungskreise wenig Dank wissen, dabei ist noch keine Aussicht vorhanden, daß die Klara, sobald ihrem Ende entgegensteht. Wäre die Lohnerhöhung den Arbeitern wirklich zugute gekommen, im Ruhrgebiet wären keine Streikgeschäfte. So dagegen, kommt der Arbeiter trotz der guten Konjunktur nicht weiter, ja noch nicht so weit wie früher, und aus diesem Grunde mag die Forderung der Arbeiter als nicht unverständlich erscheinen.“

Wang unsere Meinung. Daß gerade die durchaus zehnfach freundliche „Rhein.-Westf. Zeitung“ die enorme Teuerung und die relative Lohnverfälschung konstatiert, ist für die Lohnforderung von höchster Bedeutung. Die Lebenshaltung der Arbeiter ist verächtlicher, beständig um die „Rhein.-Westf.“ Das Blatt sollte nun aber auch aufhören mit seinen Forderungen gegen die Arbeiterorganisation und deren Forderungen. Gerade dieses Blatt gibt sich wieder alle Mühe, die Werksbesitzer gegen die Arbeiterforderung scharf zu machen. Gerade dieses Blatt beschimpft die Organisationsvertreter, verbreitet Fehrnachrichten, die in den Preisen der Werksbesitzer und Arbeiter aufregend, erbitternd wirken müssen. Gerade dieses Blatt legt den Werksbesitzern ziemlich unverbürgt nahe, die Eingabe der Organisationsleiter glattweg abzulehnen. Dieses Gebahren birgt die größten Gefahren für unsere Volkswirtschaft in sich! Unzweifelhaft — auch die „Rhein.-Westf.“ ist jetzt zu der Erkenntnis gekommen — herrscht in Arbeiterkreisen wegen der unausträglichen Löhne, der unerhörten Lebensmittelverteuerung und wegen der Sperre eine große Erbitterung. Die „Rhein.-Westf.“ will die Arbeiter auf die an dem „System Boddiesch“ festhaltende Regierung heßen. Dagegen konstatieren wir, daß die Regierung nicht die eigentliche Schuldige in der Volkshungerung ist, sondern die der „Rhein.-Westf.“ nahe stehenden konservativen und nationalliberalen, sowie die Zentrum's-Reichstagsabgeordneten und die „Christlich-Sozialen“ (Stöber u. Gen.) haben den Polltarif mit seinen Hungerziffern beschlossen; sie haben noch im vorigen Jahre, als die sozialdemokratischen und freisinnigen Redner die Erleichterung der Vieh- und Fleischzufuhr forderten, gegen die Verbilligung der Volksernährung gewütet! Konservativen, Antisemiten, Zentrum und Nationalliberale haben das „System Boddiesch“, die Zollerrhöhung und Grenzsperrn beschlossen, bzw. gutgeheßen, die schlimmen Folgen hat jetzt die Arbeiterklasse und der Mittelstand zu tragen.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ hat energisch gegen das volksunehrnde Zoll- und Grenzsperrnsystem angekämpft. Damals hat man das „sozialdemokratische Heße“ genannt — heute zwingt die Lebensmittelverteuerung die Arbeiterschaft zur Stellung von Lohnforderungen und wenn die Werksbesitzer die schwierige Lage der Arbeiter nicht berücksichtigen, sind auch für diese Folgen nicht die Arbeiter, sondern die Hölzer und Grenzsperrn verantwortlich. Was heute eingetreten ist, haben wir leicht voraussetzen können. Aber man höre nicht auf die Warner. Nunmehr erwarten wir von den Werksbesitzern, daß auch sie alles vermeiden, was zu einer unabsehbaren Katastrophe führen könnte. Was die Arbeiter durch ihre Vertreter verlangen, ist durch die bittere Notwendigkeit diktiert. Die Arbeiter sind die Opfer einer volks- und industrieindischen Wirtschaftspolitik, das müßen die Werksverwaltungen bedenken und alles vermeiden, was den glimmenden Funken zur hellen Flamme anfachen kann.

Der sozialdemokratische Parteitag und die Gewerkschaftsbewegung.

Wir sind vergnügte Zuschauer bei einem ergötzlichen Schauspiel. Vor dem sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim konnte man in allen „gutgesimmten“ Zeitungen lesen: „Die Gewerkschaften sind

von der Partei unterjocht, Bebel schwingt die Fuchtel über die Gewerkschaftsführer.“ Am der Mannheimer Parteitag vorüber, ist ein totaler Szenenwechsel eingetreten; jetzt heißt es: „Die Gewerkschaften beherrschen die Partei, die Gewerkschaften haben in Mannheim den Radikalismus besiegt.“ Ein Zirkusminister kann nicht größerer seine Alleebereicherung wie die „gutgesimmten“ Presseleute ihren Zirkusführer steuern. Entweder stehen sie den sozialen Fragen mit billiger Bewusstlosigkeit gegenüber, oder sie müssen auf Befehl des „Brotherren“ leuchtend rechts oder links schreiben. Ein wenig beneidenswertes Handwerk.

Das Regierungsgeschäft, die „Norddeutsche Allgemeine“ verschert der Welt, nachdem in Mannheim die Gewerkschaften so gut abschritten, müße es sich die Regierung überlegen, ob sie den längst versprochenen Gesetzesentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine dem Reichstage vorlegen könne. Nach Mannheim bedeuete die Stärkung der Gewerkschaften auch die Stärkung der Sozialdemokratie. Als nach das Lied gesungen wurde: „Die Partei unterjocht die Gewerkschaften!“ verklärte diese Regierungspresse, diesen Unterjochten blühen keine weiteren Rechte verliehen werden, da das nur der Sozialdemokratie zugute komme. Also, bald ist's eine Kab', bald ein Kater, gerade wie's trifft.

Dem Regierungsgeschäft diene zum Troste: Die Gewerkschaften haben sich trotz aller Verfolgungen und ohne gesetzliche Begünstigung zu einem gewaltigen wirtschaftlichen Machtfaktor entwickelt und werden sich auch ohne offizielle Anerkennung weiter zu helfen wissen. Da der alte Singang erschallt: „Die sozialdemokratischen Gewerkschaften sind ein Hemmnis für die Sozialreform, vermeiden dem Unternehmertum die Arbeiterfürsorge“ — so bitten wir im Antwort auf die Frage: Weshalb geht es der Arbeiterschaft an eilen besten, wo keine Gewerkschaften existieren? Hindert die angebliche „sozialdemokratische Heße“ das Unternehmertum an der Arbeiterfürsorge, dann müßte doch in den Gegenden, wo noch gar keine oder sehr wenige Sozialdemokraten „heßen“ die ungehinderte Arbeiterfreundlichkeit des Unternehmertums wahre Arbeiterparadiese geschaffen haben! Jedoch geht hin nach Ostpreußen, in die Herrschaftsgelände der Junkerfrippen; man frage die christlichen Gewerkschaftsagitatoren, welche Erfahrungen sie mit dem „mildherzigen“ eßsaß-lothringischen Werksherrentum gemacht haben. Die nichtsozialdemokratischen Lohnarbeiter werden genau so schlecht behandelt wie die Sozialdemokraten. Von dieser bitteren Erkenntnis getrieben, sagte der Vorsitzende des christlichen Gesamtverbandes der Gewerkschaften, Herr Schiffer, am 21. Juli 1908 in Breslau:

„Wir haben uns überzeugt, daß die Herren, die das Geld in den Händen haben, auf Christentum und Religion pfeifen!“

Im Kampfe mit den herrschenden Gewalten sind auch die christlichen Gewerkschaftler zu einer anderen Ansicht über das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit gekommen. Herr Kaplan Müller-Waldach bestätigt selbst in seinem Buche über die christlichen Gewerkschaften, die dort anfangs vorherrschende Anschauung, es bestehe eine segensreiche Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, sei infolge der praktischen Erfahrungen in den Hintergründen getreten. Herr Giesberts erklärte auf dem diesjährigen christlichen Gewerkschaftskongress (Breslau), in den Reihen der christlichen Gewerkschaftler sei die radikale Strömung stärker geworden!

Ganz begreiflich. Man sehe nur hin nach Lachsen, wo die zum größten Teil der Zentrumspartei anhängenden Hüttenarbeiter von der Hüttenindustrie wie minderwertige Untertanen behandelt, mit ihren bescheidenen Forderungen schroff zurückgewiesen und in einen mit wachsender Erbitterung geführten Kampf hineingebracht worden sind. Vergewaltigt sich die Vorgänge bei den Streiks der christlichen Gewerkschaftler in Würfel, Saaralben, Dieuze. Schroffe Ablehnung der minimalen Forderungen, von den betr. Behörden unterstützte Versuche, mit „Arbeitswilligen“ den kämpfenden die Werkstore zu verschließen, allerhand Schikane und Organisationshemmnisse, bis schließlich den Gewerkschaften die Galle überließ. Es kam zu Straßenaufläufen, Gendarmen und Militär griff ein, das Gemeindegewalt (Saaralben) wurde bombardiert, die Menge, Männer und Frauen, geriet in unbeschreibliche Wut, die Gewerkschaftsführer hatten völlig die Herrschaft über die wilden Belegschaften verloren. Wer trägt die Schuld? Die Arbeiter und ihre Führer nicht, das Herrenmententum ist schuldig!

Der Trick, die Ungünstigkeit der privaten und gesetzlichen Arbeiterfürsorge der „sozialdemokratischen Heße“ zur Last zu legen, zieht nicht mehr. In den Ländern und Distrikten, wo die Arbeiterschaft in dumpfer Gleichgültigkeit sich dem Unternehmertum widerspruchslos zur Verfügung stellt, schreit das Arbeiterbedürfnis zum Himmel, fehlt es an jeglicher Anerkennung der Volksbedürfnisse. Wollt daneben haben also diejenigen, die der sozialdemokratischen Partei vorwerfen, sie sei ein politisches Hemmnis. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Einmütig haben die organisierten Vergeltete aller Richtungen sich für eine gründliche Reform der Bergarbeitergesetze und des Knappschaftskassengesetzes ausgesprochen. Anerkannt ist von allen Bergarbeiterorganen, daß die Regierungsvorlagen

besser waren, wie die jetzigen Gesetze. Warum? Herr Quack, der Unternehmenssekretär erklärte, wenn die Bergarbeiterunterwerfung im Landtage im Reichstag zur Verabschiedung gekommen wären, hätten die Arbeiter mehr Vorteile gehabt, weil im Landtag die sozialdemokratische Partei nicht vertreten sei. Was von den Parteien, die im Landtage das Bergarbeitergesetz verhandelt haben (Konservative, Zentrum, Nationalliberale) den Arbeitern beizubringen worden ist, sagte der „Bergknappe“ sehr treffend als er sprach: „Steine statt Brot sind den Vergelteten gegeben!“ Im Jahrbuch „Weite gestirnte der „Bergknappe“ am 27. Mai 1905 die Arbeiterfreundlichkeit der nationalliberalen Partei. Ueber die konservativen Politiker, die in den Regierungsgeschäften den Ton angaben, urteilte der „Bergknappe“:

„Wer ist es, die volle Rückständigkeit des konservativen Klüngels vor aller Welt mit erschreckender Deutlichkeit klar zu sehen, als sich noch länger der Täuschung hingeben, bei diesen einseitigen Sachmachern könnte noch eine arbeitervriendliche Seite angeschlagen werden. . . . Ich stolpere nicht über juristische Hinterschäden“ so rief der konservative Führer, als er auf die politische Entwürdigung der Arbeiterausführe zu sprechen kam. Jawohl, zu einem Staatsrecht haben wir die konservative Sippe längst fähig gehalten.“

So vernichtend urteilt das christliche Bergarbeiterblatt über die hervorragende Regierungspartei. Daraus können die Norddeutsche Allgemeine, die „Kreuzzeitung“ und die anderen Stützen und Hülfersbiller der „Christen und Besten“ entnehmen, wie man auch in nichtsozialdemokratischen Arbeiterkreisen über die Arbeiterfreundlichkeit der herrschenden Sippe denkt.

Gesetzt aber den Fall, die Gewerkschaftsbewegung sei durch ihre Beeinflussung von sozialdemokratischer Seite geschädigt worden, wer trägt daran die Schuld? Die katholische „Völkische Volkszeitung“ vom 4. Oktober 1908 schreibt:

„In der Tat hat nichts so sehr die Gewerkschaften an die Sozialdemokratie gekettet als das Bismarck'sche Sozialistengesetz (1878—1900) und an den Nachwirkungen dieser Verlestermaßnahmen leidet das deutsche Reich heute noch.“

Mit diesem Ausspruch versteht die „Völk. Volkszeitg.“ sich selbst und den Bewilliger des Sozialistengesetzes eine schallende Ohrfeige. Denn das schändliche Sozialistengesetz ist ja gerade von den konservativen, zentrunklischen und nationalliberalen Reichstagsmitgliedern angenommen und verlängert worden! Hat es die Gewerkschaften geschädigt, dann sind Konservative, Zentrum und Nationalliberale dafür verantwortlich. Wie an der Verschärfung der konfessionellen Verlesterhebung die Väter der „Kulturkampfbillge“ die Schuld tragen, so fällt auf die Bewilliger des Sozialistengesetzes die Schuld an der Schädigung der Gewerkschaftsbewegung. Ohne dieses ungeliebte Gesetz wäre den Gewerkschaften unendliches Leid erspart geblieben. Auf Grund des Sozialistengesetzes ist auch 1878 der von dem guten Katholiken Rosenkranz geleitete, parteipolitisch unabhängige Bergarbeiterverband im Ruhrgebiet aufgelöst worden. Die Knappen wurden dadurch waffenlos dem Kapital überliefert.

In Mannheim hat die sozialdemokratische Parteivertretung unzweifelhaft bewiesen, daß sie volles Verständnis für die absolute Notwendigkeit und die Selbständigkeit der Gewerkschaften besitzt. Wir wünschen, die Parteitage der anderen großen politischen Parteien beschäftigten sich auch einmal zwei Tage lang vor der breitesten Öffentlichkeit mit den gewerkschaftlichen Organisationsfragen der Arbeiter. Was würde bei einer solchen ungehinderten Debatte herauskommen? Die Parteitage der konservativen Gruppen gehen an der Gewerkschaftsfrage entweder achtlos vorüber, oder es werden Scharfmacherreden gehalten. Der „Hund der Landwirte“, die unschaffendste Organisation der konservativen Agrarier spricht sich gegen die Arbeitergewerkschaft, insbesondere gegen die Landarbeiterorganisation aus. Die Konservativen fordern eine Beschränkung des Arbeitervereinsrechts. Auf dem soeben stattgefundenen Parteitag der Nationalliberalen (Goslar) ist die hochwichtige Gewerkschaftsfrage garnicht behandelt worden. Was sollte auch die „Partei der Kommerzienräte“ für einen Spruch fällen? Befinden sich doch rückwärtslose Feinde des Arbeiterrechtes, der Gewerkschaften, in führenden Stellungen bei den Nationalliberalen (Hilger, Hilber, Wenner). Wie verhält sich die Zentrumspartei gegenüber den Gewerkschaften? Sie nimmt auf ihren „Katholikentagen“ zwar Resolutionen für die christlichen Gewerkschaften an, aber die Gewerkschaftsführer sollen nur erzählen, wie ihre Organisation brutal bekämpft wird gerade von Zentrumskapitalisten. Die „christliche Metallarbeiterzeitung“ schrieb, nirgendwo würde die christliche Gewerkschaftsbewegung heftiger bekämpft wie in der Gegend zwischen Düren und Lachsen, wo das Zentrum allein herrscht! Noch vor kurzem klagte die „christliche Metallarbeiterzeitung“, in Oberschlesien, dem Hauptsitz der zentrumskatholischen Gruben- und Hüttenbesitzer, würden die Gewerkschaften brutaler wie anderswo verfolgt. Der „Verleger des apostolischen Stuhles“, Buchdruckerbetriebsleiter Theisinger-Möhl, eine starke Zentrumshülfe, weigerte sich sogar, den christlichen Verband der Buchdruckerarbeiter anzuerkennen, nannte ihn einen „Lumpen-

Alkoholismus und Arbeiterklasse.

Was ist Alkoholismus? Darüber gehen die Ansichten in zweierlei Richtung aufeinander. Die Bekenner der Abstinenz, der unbedingten und gänzlichen Enthaltensamkeit von geistigen Getränken, wollen darunter verstanden wissen den Genuß solcher Getränke überhaupt, wenn auch in noch so geringen Mengen. Sie lassen das Prinzip und die Praxis der Mäßigkeit und der vernünftigen Ordnung im Trinken nicht gelten und verurteilen gleichermaßen den Genuß von Bier und Wein, wie den von Branntwein aller Art, als dem menschlichen Organismus unter allen Umständen schädlich. Ja, sie gehen so weit, zu behaupten, daß gerade in der Mäßigkeit die „schwerste Gefahr“ sich begriffe, indem sie die Gewöhnung an den Alkohol mit sich bringe. Und sie rechnen uns vor, daß auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt die unbedingte, gänzliche Abstinenz geboten sei; sie erblicken in dem Aufwand von 3 Milliarden und 200 Millionen Mark, die das deutsche Volk in seiner Gesamtheit jährlich dem Alkoholgenusse opfert, eine „unerhörte Verschwendung“.

Wir bekennen uns zu dieser Auffassung, die oft mit einem wahren Fanatismus vertreten wird, nicht, vielmehr zu der Richtung, die als Alkoholismus lediglich den Mißbrauch im Genuße alkoholhaltiger Getränke gelten läßt. Die Hauptkraft bei Genußen aller Art ist es, Maß zu halten, so auch von geistigen Getränken nicht mehr zu genießen, als sich mit den gebotenen Mäßigkeiten auf die Gesundheit verträgt. Nur der Mißbrauch erzeugt schlimme Wirkungen. Tatsache ist, daß der gewohnheitsmäßige, mißbräuchliche Genuß solcher Getränke weite Volkskreise ergreifen hat. Und Tatsache ist ferner, daß er die Gesundheit laufend zerstört, daß er entkräftigt, körperlich wie geistig degeneriert, das Glend aller Art ver mehrt und die Kriminalität, die Verbrechenshäufigkeit fördert. Darüber gibt es keinen Streit. Auf diese Tatsache muß sich die Erörterung der Alkoholfrage stützen. Daß sie in Rücksicht auf die Arbeiter geradezu als ein „Eld“ Arbeiterfrage aufgeführt werden muß, ist ohne weiteres klar. Für die Arbeiterklasse hat er übermäßige Genuß alkoholischer Getränke eine viel größere Bedeutung als für die sogenannten „Besseren und Besseren“, die, wie in so manchen anderen Punkten, auch in dieser kein gutes Beispiel gibt. Dem Bessertier, dem Wohlhabenden und Reichen wird bei seiner ganzen wirtschaftlichen und sozialen Stellung, bei seiner ungleich besseren Lebenshaltung der Alkoholmißbrauch viel weniger verhängnisvoll, als dem Proletariat, der bei harter, aufreibender Arbeit zu einer schlechten Lebenshaltung verurteilt ist; er wird viel leichter und eher das Opfer aller der schlimmen Wirkungen dieses Mißbrauchs, als jener.

Es ist deshalb durchaus erklärlich, daß ein besonderes Kapitel der Alkoholfrage lautet: „Alkohol und Arbeitergesundheits“. Da ist es nun sehr charakteristisch und interessant, daß die reichsgewerbliche Arbeiterversicherung in den letzten Jahren eine Förderung der Erörterung dieses Kapitels bewirkt hat. Die für diese Versicherung in Betracht kommenden Ausschüsse haben Untersuchungen angestellt über die Auswirkungen, die ein übermäßiger Alkoholgenuss auf Gesundheit und Leben der Arbeiter auszuüben vermag. Daß solcher Genuß die Erkrankungsgefahr allgemein

erhöht, wußte man aus der stetigen Erfahrung schon früher. Die amtliche Darstellung nun bringt Angaben über die prozentuale Belastung der Krankenkassen durch Mitglieder der Berufe, in denen erfahrungsgemäß viel getrunken wird, im Vergleich zu der Belastung durch die gesamten männlichen Kaffeemitglieder. Es erweist sich z. B. im Jahre 1901 bei den Berliner Ortskrankenkassen mit 370 373 Mitgliedern 40,8 Prozent der männlichen Mitglieder, während bei den Mauern die Erkrankungs-ziffer 53,1 Prozent und bei den Bierbrauereien auf 54,2 Prozent stieg. In ähnlicher, ja noch unangenehmere Weise gestaltete sich das Verhältnis bei den Ortskrankenkassen in Königsberg, Stuttgart und Straßburg. Auch nach den Erfahrungen anderer Krankenkassen sind Alkoholiker unverhältnismäßig teure Kaffeiträger, weil eine durch Alkoholmißbrauch herabgesetzte Widerstandsfähigkeit die Gefahr häufiger Erkrankungen und Rückfälle erhöht.

Zahlengemäß festgestellt ist aus den Erfahrungen vieler Ärzte, namentlich bei großen Krankenanhalten mit reichlicher Beobachtungsgelegenheit, daß der gewohnheitsmäßige Alkoholmißbrauch nicht nur die Erkrankungsgefahr erhöht, sondern auch den Genesungsprozeß schädigt und bei schweren Krankheiten die Lebensgefahr erhöht, so besonders bei Lungenentzündung und schweren Infektionskrankheiten, die bei Alkoholikern meist weit schwieriger heilen, als bei Personen, die dem Alkoholmißbrauch nicht ergeben sind. Eine ärztliche Autorität, Wegmann, stellt den Einfluß des Alkohols auf die Wirkungen der Unfälle dahin fest: „Es ist sicher, daß der Alkohol die Empfindlichkeit gegen Blutverluste und die Gefahr gewalttätiger Eingriffe in den Körper steigert. Was es mit dieser Steigerung auf sich hat, wollen Sie daran erkennen, daß in der Industrie 1897 beinahe 95 vom Hundert, in der Landwirtschaft 1901 beinahe 99 vom Hundert aller Unfälle in solchen mechanischen gewalttätigen Unfällen, Wunden, Quetschungen, Knochenbrüchen bestanden. Solche Ereignisse rufen oft den Ausbruch des Deliriums bei Trinkern hervor; außerdem hat der Einfluß des Alkohols auf das Herz oft entweder die Unmöglichkeit, den Verletzten zu chloromieren oder einen verhängnisvollen Ausgang der Herzorgane zur Folge.“

Aud im Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1905 heißt es: „Erfahrungsgemäß beeinflusst der Alkoholmißbrauch die Unfallhäufigkeit in unangenehmere Weise. Die Unfallfolgen heilen bei den durch Alkoholmißbrauch in ihrer Widerstandsfähigkeit geschwächten und an den körperlich und geistig schädigenden Wirkungen des Alkohols erkrankten Personen schwerer und entwickeln sich unangenehm als bei Gesunden. Die Träger der Unfallversicherung haben daher unter dem Gesichtspunkt der Unfallversicherung allen Anlaß, die Befämpfung des Alkoholmißbrauchs in den Bereich ihrer Unfallverhütungsvorschriften zu ziehen.“

Soweit das in verständiger Weise, in ehelicher Absicht geschieht, ist gewiß nichts dagegen einzumenden. Wir selbst haben schon öfter in diesem Blatte den Arbeitern eindringlich den guten Rat erteilt, sich besonders während der Arbeit und in den Pausen der Mäßigkeit im Genuß alkoholischer Getränke zu befleißigen, oder besser noch, während der Arbeit solche gar nicht zu genießen. Aber wenn, wie es schon so

oft geschehen, die Träger der Unfallversicherung die Alkoholfrage in tendenziöser, gebliffiger und ungeredeter Weise gegen die Arbeiter zu spielen, wenn sie die Verhütungen der Unternehmungen im Punkte der Unfallverhütung zu bemänteln versuchen durch den Hinweis auf den „Alkoholteufel“, wenn sie ganz willkürlich für Unfälle den Alkoholgenuss des Arbeiters verantwortlich machen, — so werden wir solchen Gebahren stets entschieden bekämpfen.

Die amtlichen Feststellungen bringen weiter noch folgendes: „Neben den Krankenkassen sind auch die Invalidenversicherungsanstalten an der Einschränkung des übermäßigen Alkoholgenusses interessiert, da unter den Invaliditätsursachen gerade die Krankheiten, die durch Alkoholmißbrauch leicht herbeigeführt werden, stark vertreten sind. Im Hinblick auf die weite Verbreitung der Tuberkulose gewinnt die durch Alkoholmißbrauch hervorgerufene Herabsetzung der Widerstandsfähigkeit des menschlichen Körpers eine ganz besondere Bedeutung, denn nach den Angaben des vom Kaiserlichen Gesundheitsamte herausgegebenen Tuberkuloseberichts sterben an dieser Krankheit in Deutschland jährlich über 100 000 Menschen, während die Zahl der Kranken auf das Mehrfache geschätzt wird. Es wird daher in neuerer Zeit, je mehr die Wechselbeziehungen zwischen Tuberkulose und Alkoholismus erkannt werden, nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande, und namentlich von hervorragenden Vertretern der Forschung immer lebhafter die ärztliche Forderung gestellt, beiden Uebeln mit Nachdruck entgegenzuwirken.“

Der schon zitierte Wegmann veranschlagt, in Uebereinstimmung mit anderen Fachleuten, die Mehrausgaben, die die deutsche Arbeiterversicherung infolge des Alkoholmißbrauchs und seiner Nebenwirkungen alljährlich erleidet, auf viele Millionen Mark und bemerkt: „Da die Arbeiter nahezu die Hälfte der gesamten — zur Zeit fast eine halbe Milliarde betragenden — Versicherungsanstalten selbst aufzubringen haben, und es sich bei allen vorbeugenden Maßnahmen der Arbeiterversicherung gerade um ihre eigenen Interessen, die Erhaltung von Leben und Gesundheit, handelt, so erbittet ohne weiteres, daß alle diese Fragen die Arbeiterchaft auf das engste berühren und zur wirksamen Lösung der Mitwirkung der Arbeiter bedürfen.“

Dem stimmen wir durchaus zu. Aber möchten die Fachleute und vor allem die Herren von der Regierung nur auch niemals übersehen, auf die Ursachen des Alkoholmißbrauchs in der Arbeiterschaft einzugehen, die Tatsache gebührend zu würdigen, daß diese unheilvolle Erscheinung eine Folge der schlechtesten wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen der Arbeiter sein Dasein fristen muß, seiner schlechten Lebenshaltung, sowie der Unwissenheit ist, zu der die herrschende Gesellschaft das Proletariat so lange verurteilt hat.

Ganz gewiß: nur durch die Initiative der Arbeiter selbst kann der Alkoholmißbrauch, dem leider noch so viele ihrer Klassenangehörigen hilflos mitscham bekämpfen werden. Aber diese Initiative be reißt sich nicht: Mäßig in der Aufklärung über die verhängnisvollen Wirkungen des übermäßigen Genußes geistiger Getränke, sondern auch im hauptsächlich im Kampf um ein menschenwürdiges Dasein. Wer den Alkoholmißbrauch mitscham bekämpfen will, muß die Gewerkschaften in jeder Weise unterstützen.

Verband! Im Organ der christlichen Textilarbeiter liest man zahlreiche Klagen über die gewerkschaftsfeindliche Haltung der Textilarbeiter am Niederrhein und im Münsterland, überwiegend främme Zentrumskräfte. Die Aussperrung der christlichen Textilarbeiter in Coesfeld hat aller Welt den gewerkschaftsfeindlichen Charakter der dortigen, von der Geistlichkeit unterstützten Unternehmer enthüllt; den ausgesperrten christlichen Arbeitern wurde sogar das katholische Vereinshaus abgetrieben.

Wie geht es Herrn Giesberts, dem bekanntesten christlichen Gewerkschafts- und Zentrumskämpfer? Er darf es nicht wagen, sein während des Kampfes für den Zollmehertarif gegebenes Versprechen einzulösen, die landwirtschaftlichen Arbeiter zu organisieren. Sobald Giesberts davon etwas verstanden läßt, läßt ihn aus der agrarischen Zentrumspresse das Drohwort entgegen: „Hände weg von den Landarbeitern!“ Mit Händen und Füßen kämpfen auch die katholischen Agrarier gegen die so notwendige Organisierung der Landarbeiter.

Ein merkwürdiger Zufall will es, daß im selben Mannheim, wo die sozialdemokratischen Parteitagdelegierten ein so erfreuliches Zeugnis für die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Reformarbeit ablegten, daß im selben Mannheim Giesberts 1904 auf dem „Katholikentag“ erfahren mußte, wie es um die Arbeiter- und Gewerkschaftsfreundlichkeit gewisser Zentrumsgrößen steht. Giesberts hatte einen Antrag zugunsten der Arbeitslosenunterstützung eingebracht. Entgegnet wurde ihm von einem Zentrumskämpfer: „Die Arbeiter haben überhaupt kein Recht auf Arbeit!“ Eingekleidet wurden noch viele Beschimpfungen der „schleimenden“ Arbeiter. Trotz des Protestes Giesberts gegen diese Beschimpfung der Arbeiterklasse und seiner eindringlichen Bitte, der Katholikentag möge doch den ursprünglichen, arbeitergewerkschaftsfreundlichen Antrag annehmen, lehnte der Katholikentag den Antrag Giesberts ab und nahm einen zugunsten der Brotverkürzer umgeänderten Antrag an! Ein solcher Vorgang ist auf einem sozialdemokratischen Parteitag einfach unmöglich, wie jeder zugeben wird, er mag zu der Partei stehen wie er will. In Regensburg erklärte der Zentrumskämpfer, Freiherr von Pfetten: „Die Arbeiter müssen froh sein, daß sie von den Brotgebern heute noch so geduldet werden und Arbeit bekommen!“ Auch solche „Brotgeber“-Sozialpolitiker werden nicht warm in der sozialdemokratischen Partei. Wer dort, wie der Zentrumskämpfer, Schmedding im Landtage getan, für Abknechtung der Unfallrenten unter 25 Proz. agitieren würde, stöße mit Wahnsinn aus der Partei. In der Zentrumspartei können solche Arbeiterbeschimpfer bleiben, sie spielen dort führende Rollen und doch will man den Arbeitern weis machen, die Zentrumspartei sei eine ehrliche, rückhaltlose Freundin der Gewerkschaften? Das glauben auch die christlichen Gewerkschaftler nicht mehr, deswegen fordern sie die Wahl von Parlamentariern aus der Arbeiterklasse, gewiß kein Zeichen von großem Vertrauen zu den bisherigen Zentrumsparteiparlamentariern.

Was auf einem Zentrumsparteitag einmal freie Diskussion über das Arbeitervereinsrecht und die Gewerkschaften gepflogen werden, müßen sich die Herren Strachwitz, Ballekrem, Herab, Pfetten, Schmedding, Fuchs, Wagner, Heffling usw. einmal auf einem Parteitag offenherzig ausdrücken über die gewerkschaftlichen Bestrebungen der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiterschaft. Die katholische Arbeiterschaft würde mit einem Schlag erkennen, daß zwischen der Lohnarbeiterklasse und jenen nachgebenden Zentrumsparteiführern ein unüberbrückbarer Gegensatz besteht. Würde Herr Giesberts offenherzig schildern, was er schon trübselig erlebt hat mit den hochwürdigen Feinden der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in der Zentrumspartei, wie Schuppen fielen es den bisher gutgläubigen katholischen Arbeitern von den Augen. Die Arbeiter sehen ohne Brille, daß es zwischen ihnen und jenen keine ehrliche Gemeinschaft geben kann. Oder aber die katholischen Arbeiter müßten auf ihre Staatsbürgerrechte verzichten, wie es der Zentrumspartei Abgeordnete Graf Strachwitz befristet.

Es ist das hervorragende Wahrzeichen des Mannheimer Parteitages der Sozialdemokratie, daß er rückhaltlos die große kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften anerkennt und denjenigen entgegenzutrifft, die in den Gewerkschaften nur mehr oder weniger unselbständige Anhänger der politischen Parteien erblicken. In der sozialdemokratischen Partei gibt es auch einzelne Personen, die sich von jener veralteten Anschauung noch nicht frei machen konnten, hauptsächlich weil sie dem praktischen Leben zu fern stehen. Natürlich kann keine Rede davon sein, daß auch nur eine dieser Personen die Bedeutung der Gewerkschaften verkennt oder sie gar schädigen wollte. Aber es hat sich doch gezeigt, daß selbst hochgelehrte Politiker über manches Gewerkschaftsbedürfnis im Unklaren sind. Der „Vorwärts“ hat ganz richtig in einer Polemik gegen Naurenbrecher diesem empfohlen, sich erst einige Jahre praktischer Kleinarbeit zu widmen, damit er die Praxis der Arbeiterbewegung besser kennen lerne. Praktische Kleinarbeit tut aber auch noch manchem anderen Kurtheoretiker sehr gut, dann wird sich dort Praxis und Theorie besser verschmelzen. Es ist das hervorragende Verdienst Bebel's, mit klarem Blick erkannt und mit Nachdruck ausgesprochen zu haben, es dürfe keine Unterordnung der Gewerkschaften stattfinden, die Partei habe ein großes Interesse an einer selbständigen Gewerkschaftsbewegung. Andererseits erklärten Gewerkschaftsführer wie Bümelburg, Legien, Sachs und Reichelt, von einer Herrschaft der Gewerkschaften über die Partei dürfe auch keine Rede sein, beide Gruppen hätten ihr bestimmtes Arbeitsfeld. Dieses beachtet, ergänzten sie sich beide zum Wohle der Arbeiterschaft. Das war die Grundlage, auf der die Verständigung erfolgte. Ein Zusatzantrag von Kautsky, der in seiner Wirkung eine Abhängigkeit der Gewerkschaften von Parteibeschlüssen bedeutete hätte, wurde von Bebel auf das Entschiedenste bekämpft. Da sahen wir den alten Volksführer ganz auf seiner Höhe, als vielversprechender Praktiker, dem keiner auch die theoretische Durchbildung absprechen kann. Noch niemals hat ein bürgerlicher Parteiführer einen solchen politischen Weitblick bewiesen, eine solche rückhaltlose Anerkennung den Gewerkschaften gezollt, wie August Bebel. Würde der Zusatzantrag Kautsky angenommen, so wäre das für die Geschlossenheit der deutschen Arbeiterbewegung schimmig gewesen. Die Gewerkschaften hätten dem Kautskyschen Antrag nicht folgen können, schon aus politisch-geschichtlichen Gründen, wie Kamerad Sachs nachwies. Da war es von entscheidender Bedeutung, daß sich der Parteivorstand und mit seinem ganzen Einfluß August Bebel gegen Kautsky aussprach und die Annahme des gemeinschaftlichen Antrages Bebel-Legien empfahl.

Wenn wir die Kämpfe zwischen den „Syndikalisten“ (Gewerkschaftler) und Parteivertretern in Frankreich und Italien verfolgen, dann wissen wir erst recht zu würdigen, welchen Dienst der Mannheimer Parteitag der deutschen Arbeiterbewegung leistete, als er mit 923 gegen 62 Stimmen den Antrag Bebel-Legien annahm. Diese Abstimmung war entscheidend, sie gab der Gewerkschaft was der Gewerkschaft gebührt und der Partei was ihr gebührt. Deswegen hat es in Mannheim weder eine siegende Gewerkschaft noch eine befiegte Partei gegeben. Beide Gruppen der Arbeiterbewegung haben ihre Selbständigkeit attestiert erhalten. Nurpolitiker und Kurgewerkschaftler sind vom Bebel, gewerkschaftlich und parteipolitisch soll jeder Arbeiter an dem großen Freiheitskampfe teilnehmen. Das ist die Tendenz der Mannheimer Beschlüsse.

Warum gerade die sozialdemokratische Partei auf ihrem Parteitag zu einer so hohen Würdigung der gewerkschaftlichen Gegenwartsarbeit kommen mußte, und warum die Gewerkschaftler in der sozialdemokratischen Partei ihre politische Vertretung erblickten, werden wir im nächsten Artikel erörtern.

Parteilpolitische Schwankung der christlichen Gewerksvereine.

Vor kurzem konnte man in der christlich-sozial-antifemistischen, interkonfessionell christlichen und in der Zentrumspresse lesen, die „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ gingen den Streikgang, siegreich würden sie von den christlichen Arbeiterorganisationen überflügelt. Raum hatten wir uns an diese neue Offenbarung gewöhnt, da erscheint ein langer Aufruf, unterzeichnet von betanellen Persönlichkeiten aus den konfessionellen (katholischen und evangelischen) Arbeitervereinen und dem Gesamtanschuß der christlichen Gewerkschaften, die zum Eintritt in die konfessionellen Vereine und in die christlichen Gewerksvereine auffordern mit dem „Hinweis auf das gewaltige Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung!“ Gestern noch Niedrigang, heute ein gewaltiges Anwachsen — wie ist das zu vereinbaren? Das müßen die Verfasser und Unterzeichner des Aufrufes plausibel zu machen versuchen, und interessiert hier der Umstand, daß der zur parteipolitischen Propaganda und Agitation auffordernde Aufruf in der christlichen Gewerkschaftspresse erscheint, so auch im „Bergarbeiter-Zeitung“. Wir wollen gar nicht erst auf den klaffenden Widerspruch eingehen, der darin liegt, einmal die Arbeiter zu sammeln in interkonfessionellen Organisationen die auch ein verträgliches Verhältnis zwischen den beiden größten Konfessionen herstellen sollen, mogegen nicht das Mindeste einzuwenden ist. Andererseits verweist der Aufruf die Arbeiter aber in die strengkonfessionell abgeschlossenen Vereine, deren Wirkbarkeit nach Lage der Sache die Arbeiter wieder auseinander bringen muß. Der strenge Anhänger einer Konfession steht in dem anderen Konfessionsangehörigen durchaus keinen echten Christen. Der Religionsstreit in Deutschland ist nur zurückzuführen auf die konfessionelle Absonderung, und diese noch zu fördern, verlangt kuriose Weise der von dem christlichen Gesamtanschuß mitunterzeichnete Aufruf.

Gravierend ist aber die Randbemerkung: „Ebenso muß die politische Haltung in den konfessionellen Vereinen erfolgen!“ Hiermit wird den religiösen Vereinigungen eine Aufgabe zugewiesen, die im strikten Gegensatz zu ihrem Wesen als religiöse Organisationen stehen. Bisher ist ja auch von den Leitern der konfessionellen Vereine bestritten und abgelehnt worden, daß sich die konfessionellen Vereine mit Politik beschäftigen. Diese Vereine sollen der religiösen Erbauung dienen, vielleicht auch tätige Nächstenliebe üben. In den konfessionellen Vereinen sind nicht nur Anhänger einer politischen Richtung, sondern z. B. gehören den evangelischen Arbeitervereinen auch Nationalliberale, Freisinnige, Demokraten und auch Sozialdemokraten an. Denn, daß man das sozialistische Programm als guter Christ unterschreiben kann, dafür liegen kompetente Zeugnisse von Geistlichen und Laien vor. Wer etwa behaupten wollte, in den katholischen Arbeitervereinen befänden sich nur Zentrumsanhänger, der schlägt fest daneben. Es gibt sehr viele katholische Arbeiter, die mit der Zentrumspartei nichts zu tun haben wollen. In den konfessionellen Vereinen befinden sich also Mitglieder, die mit den politischen Tendenzen der Aufrufunterzeichner absolut nicht einverstanden sind! Schon allein die charakteristische Tatsache, daß der über 100 000 Mitglieder zählende Verband katholischer Arbeitervereine (Ely Berlin) von dem Aufruf ausgeschlossen ist (!), beweist, wie wenig wir es in ihm mit einer allgemeinen religiös-politischen Grundgebung zu tun haben.

Wer sind die Unterzeichner des Aufrufes? Es sind nur Zentrumspolitiker der M.-Glabbacher Richtung, die von zahlreichen hohen und niederen katholischen Geistlichen bekanntlich verworfen wird. Von evangelischer Seite haben nur unterzeichnet Freunde und Agitatoren der antifemistischen Stöckergruppe, mit der die gewaltige Mehrheit der evangelischen Arbeiter nichts zu tun haben will!

Somit stellt sich der Aufruf da als die Grundgebung zweier bestimmter parteipolitischer Gruppen. Um deren politische Geschäfte in den konfessionellen Vereinen zu besorgen, sollen sich die Gewerksvereinsmitglieder jenen Vereinen anschließen. Die Herren Lieber und Behrens sind bekannte Gegner der Nationalliberalen und Freisinnigen, ihre Aufforderung richtet sich daher auch gegen diese Parteien, was die „Kölnische Zeitung“ auch feststellt. Der Aufruf geht also auch gegen den Liberalismus, dem viele tausende Arbeitervereinsmitglieder anhängen! Wird der Aufruf befolgt, dann ist in die konfessionellen Vereine der parteipolitische Haber hineingetragen, die Religion wird noch mehr wie bisher mit den parteipolitischen Tageskämpfen vermengt.

Wie verhält sich dieser Aufruf zugunsten nur zweier bestimmter politischer Parteien mit der „Neutralität der christlichen Gewerkschaften“? Auf dem Frankfurter Kongreß der christlichen Gewerksvereine jagte Brust: „In die Gewerksvereine gehört weder eine christliche noch eine sozialdemokratische Bestandschauung.“ Giesberts erklärte ebendort: „Wer die Sozialdemokraten aufgezogen hat, mag sie auch bekämpfen.“ Die Aufgabe der christlichen Gewerksvereine ist das nicht. Auch die sozialdemokratischen Arbeiter sind unsere Brüder! Also damals Proklamator der Neutralität auch gegenüber der Sozialdemokratie. Heute wird diese Neutralität von dem Gesamtanschuß der christlichen Gewerksvereine vollständig über Bord geworfen. Heute fordert der Gewerksvereinsanschuß die Gewerksvereinsmitglieder auf, sich den konfessionellen Vereinen anzuschließen, denen die Pflicht auferlegt wird, die Mitglieder parteipolitisch im Sinne der antifemistischen Stöckerpartei und der Zentrumspartei zu führen. Nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen die bürgerlich-liberalen Parteien richtet sich der Aufruf. Wenn freie Gewerkschaftsorgane ihre Leser auffordern, sich nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch zu organisieren, dann genügt dies für die M.-Glabbacher schon, um den freien Gewerkschaften ihre Neutralität abzuspochen. Nun aber sehen wir, daß der Gesamtanschuß der christlichen Gewerksvereine offen seine Anhänger auffordert politisch im Sinne der Zentrumspartei und der Antifemisten zu wirken! Das ist eine totale Schwankung der offiziellen Gewerksvereinsleitung. Gemeinsam mit Zentrumsführern und Stöckerparteilern unterzeichnen die Gewerksvereinsführer einen parteipolitischen Aufruf, worin unabweisend gegen alle mit dem Zentrum und der ihr beigeordneten antifemistisch-sozialen Partei nicht einverstandenen Staatsbürger Stellung genommen wird. Vor wenig Jahren hätte man diesen Verbrüderungsauftritt noch nicht erlassen. Warum man jetzt die Hölle abgeworfen, hat die politische Tagespresse zu erörtern. Für uns als Gewerkschaftsorgan kommt es nur darauf an, die hochinteressante gewerkschaftspolitische Tatsache festzustellen, daß nunmehr der Gesamtanschuß der christlichen Gewerkschaften öffentlich die Einheit der christlichen Gewerkschaftsbewegung mit der Zentrumspartei und ihrem antifemistischen Anhängel konstatiert. Mit dieser totalen Schwankung gibt die Leitung der christlichen Gewerksvereine zu, ihre früher lebhaft betonte parteipolitische Neutralität nicht einmal mehr öffentlich hochhalten zu wollen. Dadurch wird Klarheit geschaffen.

Wir haben es in dem interessanten Aufruf mit einer programmatischen, parteipolitischen Grundgebung der christlichen Gewerksvereinsführung zu tun. In Erfurt fand eine Konferenz christlicher Gewerkschaften statt, im Anschluß an den Parteitag der stöcker-antifemistischen Parteigruppe. Nach dem amtlichen „Allgemeinen Anzeiger“ hatte Herr Behrens-Essen das Referat und er kam zu dem Schluß:

„Alle Gewerkschaften, die auf nationalem Boden stehen, müßten sich zusammenschließen, dann werde ein Erfolg in der

Bekämpfung jener Arbeiterbewegung sicher sein, die mit der Sozialdemokratie Hand in Hand geht.“ Also nach Herrn Behrens ist der Zweck der christlichen Gewerkschaften die Bekämpfung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung! Früher ist das lebhaft bestritten worden. Jetzt, wo die Unternehmerverbände rücksichtslos alle Arbeiterverbände boykottieren und nach dem Eingeständnis christlicher Gewerkschaftsführer durch die kapitalistische Entwicklung die Klassengegenstände immer mehr verschärft werden, jetzt noch zu glauben, die auf dieser ganz natürlichen Entwicklung beruhende sozialdemokratische Arbeiterbewegung mit Erfolg bekämpfen zu können, dazu gehört ein Glaube, der Berge versetzen kann. Herr Behrens wird noch erleben, daß er auch mindestens 50 Jahre zu spät aufgefunden ist. Er plagt sich nutzlos ab.

Vollswirtschaftliche Rundschau.

Nahrungsmittel des Volkes.

Die Preise der notwendigsten Lebensmittel steigen immer höher. Zeitungen, die vor einem halben Jahre noch über den „Fleischnotmangel“ höhnten, sind heute — wenigstens scheinbar — für „mildere Handhabung“ der Grenzsperrern. Wir erinnern daran, daß als im Jahre 1901 die „Bergarbeiter-Zeitung“ gegen den Zollmehertarif schrieb, uns immerfort entgegnet wurde, Zollfragen und dergleichen gehörten nicht in die Gewerkschaft. Inzwischen sind die neuen Handelsverträge mit den viel höheren Zöllen in Kraft getreten, hierzu kommt noch die Sperrung der Grenzen für den früher gestatteten zollfreien Kleinkauf, durch den § 14 a des Fleischbeschaugesetzes ist die Einfuhr freies Fleisch in vielen Fällen faktisch unmöglich gemacht. Alles das hat die Preise für Vieh und Fleisch kolossal in die Höhe getrieben und schließlich auch den ruhigsten Bürger rebellisch gemacht. Nach der amtlichen „Statistischen Korrespondenz“ haben in Deutschland die Preise (in Pfennigen) pro Kilogramm durchschnittlich betragen:

	b. d. Rente	v. Waage	Schweinefleisch	Rindfleisch	Kammelfleisch
September 1906	107	143	173	189	165
August	104	140	170	185	164
Juli	101	137	168	183	160
Juni	107	138	161	182	158
Mai	108	133	164	182	156
April	107	134	172	184	158
März	107	134	178	182	155
Februar	107	134	172	181	156
Januar	107	135	171	182	154
Kalenderjahre 1905	101	129	156	168	148
1904	148	121	182	144	141
1903	142	121	180	143	140
1902	140	119	180	139	138
1901	138	118	141	135	131

Was der Vergmann wirklich an Lohnsteigerung genoh, das hat die Lebensmittelverteuerung mehr als aufgebraucht. Die aufreizende Tatsache konnte jeder voraussehen, wer sich nur etwas mit handels- und sozialpolitischen Fragen beschäftigt hat. „Zollpolitik ist Lohnpolitik“, darum Gewerkschaftsfrage“, schrieb 1901 die „Bergarbeiter-Zeitung“ zur Bekämpfung des Hungerzolltarifs. Denselben Charakter trägt die Politik der Grenzsperrern, der das Volk auch seine Nahrungsverschlechterung verdankt.

Wie sind wir wegen unseres Kampfes gegen die agrarische Vollsaushungerungspolitik behandelt worden! Und heute? Aus christlichen Gewerkschaftskreisen wird der Zentrumskämpfer, „Saarpost“ geschrieben:

„Die herrschende Teuerung macht es allen Saarbergleuten zu Pflicht, energisch eine Aufbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse anzustreben. Unerwünscht hoch sind die Preise für die notwendigsten Lebensmittel geworden. Der Saarbergmann, der früher stets fein, wenn auch bescheidenes Stückchen Fleisch essen konnte, muß heute ganz oder doch teilweise infolge der Teuerung auf dieses wichtige Nahrungsmittel verzichten. Die Arbeiterschaft der übrigen Berufe, sowie viele Beamtenkategorien haben durch ihre starken Organisationen sich Lohnverhöhungen beziehungsweise Teuerungszulagen gesichert. Nur bei den Bergvolkern, die doch in erster Linie kräftiger Nahrung bedürfen, merkt man nichts von einer der Teuerung entsprechenden Lohnaufbesserung.“

Also die Zollpolitik hat die Lebensmittel verteuert, die Löhne reichen deshalb nicht mehr aus, das beweist: Zoll- und Grenzsperrernpolitik ist Gewerkschaftspolitik!

„Die agrarische Begehrlichkeit ist doch zu üppig in's Kraut geschossen...“

Wer verurteilt so die zugunsten der Großgrundbesitzer betriebene Nahrungsverteuerungspolitik? Es ist die „Essener Volkszeitung“ vom 11. Oktober 1906, dieselbe Zentrumszeitung, die stets stramm für die Zollerrhöhung und Grenzsperrern agitiert hat! Am 30. November 1905 hat der Reichstag auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion über die schon damals eingetretene Fleischnot debattiert. Die obige amtliche Preisliste beweist, daß schon im Vorjahre die Vieh- und Fleischpreise ganz bedeutend gestiegen waren, die sozialdemokratischen und die freisinnig-demokratischen Redner verlangten eine Erleichterung der Vieh- und Fleischzufuhr. Ganz entfallen für die Aufrechterhaltung der hohen Zölle und der Grenzsperrern sprachen sich aus die Konservern, Nationalliberalen, „Christlich-Sozialen“, Antifemiten und auch das Zentrum! Diesen Parteien hat die Arbeiterschaft also die Aufrechterhaltung des Vollsaushungerungssystems zu danken, gegen die Parteien haben sich auch die christlich-organisierten Gewerksvereinsmitglieder zu wenden, wenn sie eine Verbesserung der Nahrungsmittelfuhr verlangen. Dem politisch unterrichteten Gewerkschaftler ist ohne weiteres klar, daß er in dieser wichtigsten Lebensfrage kein Selbst findet bei den Zollmehertarifen und daraus erklärt sich von selbst, warum die Sozialdemokratie immer stärkeren Anhang in der Arbeiterschaft bekommt. Die englischen Gewerkschaften haben sich auf ihren Kongressen längst mit Zolltarifangelegenheiten beschäftigt und Zölle auf Lebensmitteln bekämpft. Zollpolitik ist Lohnpolitik, heute, wo schon so viel gegen das Volkrecht gefündigt worden ist, werden auch die 1901 gleichgültigen Arbeiter rebellisch gegen die agrarische Begehrlichkeit. Aus Angst vor den Reichstagswahlen — nur deshalb — schreiben jetzt auch Zentrumskräfte gegen die Grenzsperrern. Welche Preise im Ausland bezahlt werden, besagt folgendes. Es kostete Ende September, das B und Rindfleisch in

Schweden	68 Pfg.	Belgien	56 Pfg.
Frankreich	52	Italien	60
Spanien	55	England	48-55
Norwegen, Schweden und Dänemark	40 Pfg.		
Rußland	38 Pfg.	Finnland	44
Nordamerika	42	Südamerika (Chile)	41
Mexiko	30		

Der deutsche Arbeiter muß fast doppelt so viel für ein Pfund Fleisch zahlen wie der ausländische. Unsere Zoll- und Grenzsperrernpolitik ist ein schweres Verbrechen am Volke! Geplagt durch die hohen Zölle und die Grenz-

specie, welche die deutschen Agrarier die Fleisch- und Viehpreise noch künstlich in die Höhe. Haben doch nationalliberale und zentralistische Zeitungen mit Bangen - vor der Vergeltung bei den kommenden Wahlen - berichtet, die „nationalen“ Viehzüchter hielten ihr Vieh im Stall, verkaufen es nicht, weil ihnen die Preise noch nicht hoch genug sind. Eine dazwischenliegende Ausschreibungspolitik wird betrieben. In Nr. 80 der *Stammgrasfische*, „Westfälischen landwirtschaftlichen Zeitung“ heißt es: „Die Kornpreise für Roggen sind bisher noch etwas höher geworden... Die Kartoffelpreise sind niedriger... Dagegen sind die Viehpreise außerordentlich gut, und sollte deshalb jeder Landwirt versuchen, die Kartoffeln soviel wie möglich mit dem Vieh zu verwerthen, weil dadurch der Markt für die Kartoffeln etwas entlastet wird und das Angebot nicht zu groß ist. Die guten Schweine würden mit... bezahlet. Die Kühe kosteten... Und bei weitem fetten Schafen und Lämmern kann der Landmann sehr hohe Preise fordern und erhalten. Das sind Preise, wie man sie bisher im ganzen noch nicht gehabt hat, und deshalb muß jeder Landmann darauf sinnen, wie er infolge der niedrigen Kartoffelpreise die Kartoffeln soviel wie möglich mit dem eigenen Vieh verbraucht. Gerade durch die besseren Preise ist der Landmann in der Lage, sich etwas zurückhaltender im Verkauf zu zeigen.“

Schlimmer kann es der Wucherer nicht getrieben haben, der nach der Sage im Finger Mäusefresser von den Mäusen gefressen worden sein soll. Fleisch kann der arme Mann nicht mehr kaufen, damit er aber auch keine billigen Kartoffeln bekommt, sollen dieselben dem Vieh gegeben werden!!! Eine solche Politik schreit zum Himmel. Diese Wucherer pressen sich obendrein noch an als „christlich-national-gesinnt“, wollen dem Volke Sitte und Moral predigen. Kein Schimmer vom christlichen Geiste besetzt diese Volks-auswüchser. Christus würde die ganze Böllers-*stipp*schafft mit Gabelhieben zerschlagen. Es ist eine feivole Fälschung des Christentums, wenn sich die Gruppen und Parteien, denen das Volk seine Nahrungserzeugung zu danken hat, mit dem Titel „christlich-national“ schmücken. Das arbeitende Volk schreit nach einer menschenfreundlichen Wirtschaftspolitik, aber die angebliebenen „Christlich-Nationalen“ sperren die Grenze und werfen die Kartoffeln lieber dem Vieh vor, statt sie zu mäßigen Preisen den Arbeitern zu verkaufen.

Die Vergeltung wird diese Volkswürgerer sicher erheilen. Mögen sie sich auch, erschreckt von dem Volksprotest, jetzt ein volksfreundliches Mäntelchen umwerfen, die Arbeiter kennen ihre Pappenhäimer und werden den Wucherern und Böllern mit Zinsen und Zinseszins heimzahlen.

Nus der deutschen Arbeiterbewegung.

Folgen der Arbeiterzersetzung.

Die „Metallarbeiterzeitung“ veröffentlicht ein von der *Girsch-Dunderschen* Zentrale in Düsseldorf fabriziertes Geheimzirkular an die *Girsch-Dunderschen* Funktionäre. Es ist versandt worden anlässlich der im vergangenen Jahre drohenden Generalausperrung der Metallarbeiter Deutschlands. Welche Pläne die *Girsch-Dunderschen* Strategen verfolgten, verraten sie in folgenden Anweisungen: „Zunächst einige grundlegende Feststellungen. Als die Ausperrungsandrohungen auftauchten, sagten wir uns nach reiflicher Ueberlegung:

1. Es kommt nicht zur Ausperrung, weil die Organisation der Unternehmer heute noch nicht fest genug ist, um über ganz Deutschland eine Ausperrung vorzunehmen.
2. Es kommt nicht zur Ausperrung weil der Metallarbeiterverband vorher zu Kreuze kriechen wird.
3. Die Ausperrungsandrohung kommt uns in agitatorischer Hinsicht gelegen, weil sie die nötige Stimmung zu einer Beitrags-erhöhung erzeugt.
4. Die Gelegenheit ist günstig, den Metallarbeiterverband schwach zu setzen; da er zu Kreuze kriechen wird, ist es unsere Aufgabe, tünlichst radikal aufzutreten, um den Metallarbeiterverband in den Augen der Öffentlichkeit als schwächlich, die Gewerksvereine als stark erscheinen zu lassen.
5. Um die Verlegenheit des Metallarbeiterverbandes noch zu vergrößern, haben wir noch eine Reihe von Betrieben zum Streit zu drängen, wo der Metallarbeiterverband nicht streiken will.

Der sich die Mühe macht, nach diesen Gesichtspunkten unser Verhalten zur Metallarbeiterausperrung zu würdigen, dürfte genötigt sein, seinen früheren Widerspruch gegen uns zurückzuziehen. Es ist uns nicht im Traume eingefallen, uns mit dem Metallarbeiterverband solidarisch zu erklären; keine Zeile in der Düsseldorf Resolution verlangt das. Unsere Hauptaufgabe erblickt wir darin, dem Metallarbeiterverband Schwierigkeiten zu machen.“

Wir erklären uns selbst dann solidarisch, wenn man uns nicht zu den Vorberatungen herangezogen hat, und versuchen nun in allen Versammlungen, Sitzungen u. durch radikales Auftreten immer mehr Mitglieder des Metallarbeiterverbandes in den Zustand zu verwickeln. Zu gleicher Zeit haben wir zu sorgen, daß von uns möglichst wenig Mitglieder beteiligt sind. Will der Metallarbeiterverband als Weißbeteiligter die Bewegung beenden, so haben wir dagegen mit aller Schärfe Stellung zu nehmen und auf Weiterstreiken zu drängen. . . . Je mehr er sich also mit seinen Mitgliedern am Ausstand beteiligt, um so schwächer wird er. Er wird eines Tages lediglich wegen fehlender Geldmittel den Streit beenden müssen, eine Sache, die wir benützen sollen, ihn der Feigheit zu zeigen und die Mitglieder gegen den Metallarbeiterverband, das heißt gegen den eigenen Vorstand, aufzuheben. . . .

Ein wahrhaft satanischer Plan! Die andere Organisation soll in den Streit hineingezogen werden durch radikales Auftreten der Hinterlistigen. Der Radikalismus ist nur Mäste; Absicht ist, den Metallarbeiterverband in Verlegenheit zu bringen, ihn finanziell bankrott zu machen, damit er den Niederträchtigen, angezeigten Streik abbrechen muß. Dann sollen die Mitglieder gegen den Vorstand aufgebracht, die Ehre der Gewerkschaft so beschmutzt werden! Und das alles mit der harmlosesten Weise vor der Welt, mit dem Bräutchen Arbeiterfreundschaftlicher Ueberzeugung. Pfu!

Wäre dieses Schändliche auch möglich, wenn die gesamte Arbeiterchaft einheitlich organisiert wäre? Nein, es wäre nicht möglich. So sehen wir, daß die gewerkschaftliche Zersplitterung der Arbeiter nicht nur das Unternehmertum stärkt, sondern es trägt auch Demoralisation, Sinkende Charakterfestigkeit in die Arbeiterkreise hinein. Um so lauter schallt der Ruf: „Einheitliche Front mit der gewerkschaftlichen Zersplitterung.“

Ueber Radikalismus in den Girsch-Dunderschen Gewerksvereinen.

Es geschehen Zeichen und Wunder. Christliche Gewerkschaften treten in eine Bewegung ein gegen die Zoll- und Grenzschuttpolitik, während dieselben Gewerksvereine

zur Zeit der Zolltarifkämpfe vor vier bis fünf Jahren die Zoll- und Grenzschuttpolitik als „ungewerkschaftliches Thema“ bezeichneten. Die *Girsch-Dunderschen* Gewerksvereine haben sich seither programmatisch für die Lehre von der „harmonischen zwischen Kapital und Arbeit“ erklärt. Und nun schreibt der „Regulator“, Organ des *Girsch-Dunderschen* Maschinenbauerverbandes:

„Aber auch vor den deutschen Gewerksvereinen (*Girsch-Dunders*) hat der Gang der Entwicklung nicht halt gemacht, auch sie sind ander geworden als im Jahre 1888. Je offener das ausgesprochen und je klarer das begriffen wird, desto besser für die Zukunft der Gewerksvereine. Die inneren Einrichtungen sind im Prinzip dieselben, die Grundanschauungen über Organisationsform, Unterhaltungsweisen, das Verhalten mit den Arbeitgebern, sind dieselben geblieben und doch sind die Gewerksvereine von heute andere als im Jahre 1888. Begründet und geleitet in der Voraussetzung, daß die Zeit kommen werde, in der die Arbeitgeber mit der Arbeiterorganisation verhandeln werden, mußten sie nach und nach einsehen, daß sich die Arbeitgeber gegenseitig entwickelten, dadurch mußte auch ihre Stellung den Arbeitgebern gegenüber eine andere werden. Die Gewerksvereine sehen heute in den Arbeitgebern einen Gegner, der niederknien werden muß solange, bis er mit den Arbeiterorganisationen verhandelt; dieselben als einen gleichberechtigten, verhältnismäßig Faktor im Produktionsprozess anerkannt. Dann, wenn das einmal erreicht sein wird, kann nur jederzeitige Schlichterfähigkeit das Erreichte, die Anerkennung der Organisation erhalten. Bis dahin, bis zu jenem Zeitpunkt, gibt es keinen Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Entwicklung hat auch unsere Organisation eine Kampfsorganisation gemacht und zwar eine solche, die in ihrer Konsequenz die Arbeitervereine als rücksichtslossten verstehen muß, weil sie von nichts anderem abgesehen wird. . . . Die Entwicklung drängt zur Entscheidung, immer schärfer und klarer hebt sich der scharfe Kontrast zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisation ab, und das ist gut so!“

Das Organ des größten *Girsch-Dunderschen* Gewerksvereins begrüßt also förmlich die zu scharfen Kontakten, zur Entscheidung drängende wirtschaftspolitische Entwicklung. Die Arbeitgeber müßten niedergewungen werden, bis sie die Arbeiter als gleichberechtigt anerkennen. Bis dahin gäbe es keinen Frieden! Hundertmal hat der „Regulator“ die Organe der freien Gewerkschaften der „Massenampflüge“ beschuldigt, wenn sie noch nicht einmal so schärf die Entwicklung zum Entscheidungskampfe festgezeichnet, wie es jetzt der „Regulator“ tut. Welch eine Wendung! Sie beweist klipp und klar, daß die zunehmende Schärfe der sozialen Kämpfe nicht auf „sozialdemokratische Wege“, sondern auf die unaufhaltsame Entwicklung unseres Wirtschaftssystems zurückzuführen ist. Klagt doch die konservative „Arbeiterzeitung“ auch über den zunehmenden Radikalismus der christlichen Gewerksvereine! Sind auch die von der Sozialdemokratie „verheißt“? Die Gewalt der Tatsachen wird auch über kurz oder lang die noch zersplitterten Arbeiterbrüder endgültig zusammenführen. Darum ist uns garnicht bange.

Einem neuen Tarif für das Buchdruckergewerbe haben der Verband der Buchdrucker und die Organisation der Prinzipale auf die Dauer von 10 Jahren abgesehen. Hauptächlich wurde eine zehnprozentige Lohnerhöhung vereinbart, sodann eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde am Samstag bezw. am Feiertage. Der Tarif ist abgeschlossen von Organisation zu Organisation, d. h. die Mitglieder des Buchdruckerverbandes dürfen nur bei tarifrechten Firmen arbeiten und die betr. Prinzipale dürfen nur Mitglieder des Buchdruckerverbandes beschäftigen. Dieser Tarifus ist von entscheidender gewerkschaftlicher Bedeutung. Indessen haben sich in großen Druckorten und Bezirken, z. B. in Berlin, Leipzig, Essen, Mannheim die Verbandsglieder mit den Zugeständnissen nicht befriedigt erklärt, teilweise ist Ablehnung des Tarifes erfolgt. Die Gehilfen verlangen 15prozentige Lohnerhöhung und eine tägliche halbstündige Arbeitszeitverkürzung. Ob demnach die tarifliche Einigung zustande kommt, hängt von dem Verhalten der Prinzipale ab.

Der Holzarbeiterverband (freie) hatte laut Abrechnung im II. Quartal d. J. 14493 Mitglieder. Seine Zeitung erscheint in einer Auflage von über 160000. Der christliche Holzarbeiterverband besaß laut Abrechnung nur 10000 Mitglieder.

In **Essen** streiten die Wäcker der Firma **Lender & Dohnen**. Die Kameraden und deren Frauen werden ersucht, die für ihr Recht kämpfenden Wäcker dadurch zu unterstützen, daß sie den Herren zeigen, daß es noch mehr Wäcker gibt, wo man sein Brot beziehen kann, vielleicht daß dann die Firma lernt, etwas anders mit ihren Arbeitern umzugehen.

Widungsbestrebungen der Gewerkschaften. Mehlich wie in Köln haben auch in Frankfurt a. M. die Gewerkschaften einen Bibliothekar angestellt, der sich ganz allein dieser Tätigkeit widmen soll, ohne durch andere Beschäftigung abgelenkt oder abgehalten zu werden. Diese „berufsmäßigen“ Bibliothekare werden in der deutschen Gewerkschaftsbewegung halb vielfach Nachfolger finden. Auch die Verordnungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat bereits seit vier Jahren einen fest angestellten Bibliothekar, der ausschließlich die Bibliothek zu versorgen hat. Die Bibliothek der Berliner Metallarbeiter ist 6000 Bände stark. Ausgegeben wurden 2432 Bände im Jahre 1904, 23875 Bände im Jahre 1905. Die Ausgaben für die Bibliothek betragen jährlich 5500-6000 Mk. Eine äußerst richtige Kommission sorgte dafür, daß der Bibliothek alle Neuererscheinungen auf den für die Arbeiter wichtigen Gebieten einverleibt werden. Begreiflicherweise wird die Bibliothek im Winter stärker benutzt als im Sommer. Die höchste Frequenz pro Tag war die Ausleiherung von 284 Bänden. Was im Jahre 1905 geleistet wurde, ist aus folgender Zusammenstellung zu ersehen:

Unterhaltungsliteratur, Romane, Novellen, Dramen usw.	18 266
Geschichte, Kunst, Philosophie usw.	1 693
Fachwissenschaft, Handel und Gewerbe	943
Naturwissenschaften, Naturgeschichte	822
Geographie, Reisen und Völkerkunde	970
Heilkunde, Gesundheitswesen	488
Gesetze und Rechtskunde	112
Parteichriften und Volkswirtschaft	401
Sammel- und Nachschlagewerke	118
Verschiedenes	62

Das gewaltige Ueberwiegen der Unterhaltungsliteratur ist ein Mangel und ein Fortschritt. Es sind ohne Zweifel gute Romane, Novellen usw., die die Bibliothek bietet; und so bedeutet die starke Benutzung eine nachhaltige Verdrängung der Schulliteratur. Andererseits aber muß die Benutzung der politischen und volkswirtschaftlichen Literatur mit nur 401 Bänden als viel zu gering bezeichnet werden.

Geringfügige Urteile von Staatsanwälten über das Amt eines verantwortlichen Redakteurs sind nicht selten. Einem Teil Schuld trägt die Presse allerdings selbst daran durch das glücklicherweise immer mehr verschwindende System des „Zeichnens“. Wir erinnern nur an die seitens des Oberstaatsanwaltes Böhmie gegen den Redakteur Kressin von der „Leipziger Volkszeitung“ gerichteten Ausfälle, die dieser jedoch energig und eindringlich zurückwies. Ein ähnlicher Fall ist jetzt in Gotha passiert. Der Hauptredakteur Walter sowie der Hilfsredakteur Glödner des „Gothaischen Tageblattes“ waren wegen öffentlicher Verleumdung des Stadtrates und der Stadtverordneten in Gotha angeklagt. Bei Verhandlung der Strafen meinte der Staatsanwalt in Bezug auf Glödner, derselbe sei nur ein Schriftsetzer, ein untergeordnetes Organ. Glödner erwiderte darauf, er wisse nicht, ob das tatkräftig genannt werden könne, da ihm die akademische Bildung des ersten Staatsanwaltes fehle. Dieser sah sich nun gezwungen, seine Bemerkung über Glödner zu modifizieren.

Das Armenrecht, diese der Förderung sozialer Gerechtigkeit entsprechende Bestimmung der Zivilprozessordnung, soll nach einer Verfügung des preussischen Ministers des Innern und des Justizministers in Zukunft erst nach besonders sorgfältiger Prüfung erteilt werden. Die Anregung dazu geht vom Abgordnetenhaus aus. (Was kann man von diesem Dreiklassenparlament auch mehr verlangen.) Herr Engelhardt aus Hannover nimmt dabei Anlaß, folgende echt preussische Staatsanwaltschaft von sich zu geben. Er meint nämlich zu dieser Verfügung: „Sehr richtig. Wer beobachtet hat, wie mit dem Armenrecht in der Hand vor Gericht Mißbrauch getrieben wird, wie Börgler, Krachler und Quersulanten die Gerichte beschäftigen - nur weil es nicht tödlich, weil der Armenrecht sie deckt - der wird die Verfügung nur gutheißen. Armenrecht befinden sich zu Hunderten im Besitz von Nichtbedürftigen oder von übelbeleumundeten Krachlern, die täglich vor den Gerichten stehen, um wegen geringfügiger Klagen zu erheben. Gibt es doch Familien, die jede Gelegenheit benutzen, um auf einen Armenrecht zu

klagen, dann Bekannte als Zeugen laden, nur damit die e Jungengeld schinden können. Für dieses Geld wird dann ein vergnügter Tag gemacht. Eine strenge Handhabung dieser Verfügung erscheint angebracht. Ach, sehr schnellig!

Internationale Mundschau.

Kongress der englischen Bergarbeiter. London den 12. Oktober 1900.

In der vorigen Woche fand hier die jährliche Konferenz der *Föderation der britischen Bergleute* statt. Die *Föderation*, welche mit Ausnahme Durhams und Northumbers alle Distrikte Großbritanniens umfaßt, zählt jetzt 518 500 Mitglieder. Wenn man zu dieser Zahl die 180 000 Organisierten der nördlichen Grafschaften zählt, so erhält man die Gesamtzahl 698 000, welche ungefähr 80 Prozent aller hier im Bergbau beschäftigten Personen darstellt. In manchen Distrikten, wie z. B. in *East-Wharfedale*, stehen nur noch etwa ein oder zwei Prozent außerhalb der Organisation. Um die Mitte des Jahres entwickelte sich, von *Wharfedale* ausgehend, eine mächtige, sich über das ganze Land ausbreitende Agitation, um die Nicht-Organisierten zum Beitritt zur Organisation zu bewegen. Diese Agitation macht solche Fortschritte, daß sich die Zahl der neu beitretenden Mitglieder wöchentlich auf tausende beläuft.

Nun zum Kongress selbst. Die englische Arbeiterbewegung - die politische sowie die gewerkschaftliche - scheint sich nach fast dreißigjähriger Kesseltage mit solcher Energie zu erheben, daß es dem englischen Bürgertum angst und bange wird. In manchen Zeitungen liest man Aufreize zur Bildung von Vereinen zur Bekämpfung der bösen Sozialisten, die den alten, braven, konservativen Häuten von der altmodischen Schule das Heft aus den Händen genommen und der Arbeiterbewegung neues Blut eingefloßt haben. Nicht wenig zu dieser Angst tragen die in der letzten Woche abgehaltenen Kongresse der Eisenbahner und der Bergarbeiter bei, auf welchen in ungewohnter Sprache erklärt wurde, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein könne, daß die Arbeiter aufhören hätten, den Verfassungen der bürgerlichen Parteien Glauben zu schenken. Der stattgehabte Bergarbeiterkongress war ohne Zweifel einer der wichtigsten, welche die Annalen der englischen Arbeiterbewegung aufweisen können. 97 Delegierte waren anwesend. Die hauptsächlichsten Gegenstände der Verhandlungen waren: die Achtstundenvorlage der Bergarbeiter, die Frage des Anschlusses an die unabhängige Arbeiterpartei, die Frage der Unorganisierten, die Erhöhung des bestehenden Minimumlohnes, die Unfallversicherung.

Wie auf allen englischen Arbeiterkongressen bildete die Eröffnungsrede des Präsidenten, *E. Edwards*, einen Gegenstand von vielem Interesse. Nach einigen Worten, in welchen er der alten Kämpfe gedachte, die in der Zeit, als die Bewegung noch klein und schwach war, unter Not und Beschwerden den Kampf für die Bergarbeiter und die Arbeiterklasse im allgemeinen führten, berührte der Präsident so ziemlich alle Gegenstände, welche die englische Arbeiterklasse momentan interessieren. In Bezug auf die Achtstundenvorlage, die in der kommenden Parlamentsession der dritten Lesung harret, sagte er, daß weder eine sympathisierende liberale noch eine konservative Regierung die Bergarbeiter in ihren Bestrebungen kreuzen könne; sie würden mit aller Macht die schnellste Einführung des legalen Achtstundentages durchsetzen. In Bezug auf die zwei Sektionen der Arbeiterpartei sagte er: „Jedermann steht ein, und alle stimmen dazu überein, daß es in diesem Lande nur eine Arbeiterpartei geben kann. Man kann eine Einigkeit nicht von heute auf morgen herbeiführen, die Menschen hängen zu sehr an dem Althergebrachten. Die Frage wird sich von selber lösen, wenn man nur Sorge trägt, die Hoffnungsfreiheit nicht zu zerstören. Wir stehen am Anfang besserer Zeiten. Tragen wir dafür Sorge, daß wir nicht unsere Kräfte zersplittern, indem wir untereinander janken.“

In der Diskussion über die Achtstundenvorlage äußerte sich *Whitefield*, Bristol, dahingehend, daß die Regierung der Bergarbeiter in der nächsten Session sagen würde, die Regierungskommission habe ihre Arbeiten noch nicht vollendet; man würde versuchen, die Sache zu verschleppen. Der Präsident faßte hierzu am Ende dieser Diskussion, dah er nicht, wie manche der Redner an der Vorlage verzweifeln. Es sei ihm genug, daß sich die Regierung mit der Frage beschäftigen wolle, und zwar nicht in fünfzehn, zehn oder fünf Jahren, sondern sofort, oder die Regierung habe die längste Zeit existiert. Diese Vorlegung des Präsidenten ist durchaus kein leerer Schall; es ist eine Tatsache, daß die große Mehrheit der Parlamentsmitglieder ihren Sitz nur erobert konnten, indem sie sich verpflichteten, für die Vorlage der Bergarbeiter zu stimmen.

Die Konferenz sprach sich ferner aus für Alterspensionen und für die Verstaatlichung der Bergwerke. Es soll ferner im Verein mit den unabhängigen Grafschaften eine große Aktion zur Erhöhung des bestehenden Minimumlohnes in Szene gesetzt werden.

Die Urabstimmung über die Frage: soll sich die *Föderation* der unabhängigen Arbeitsparteien anschließen? ergab eine Majorität von wenigen tausend Stimmen gegen den Anschluß. Daß nicht mehr viele Jahre vergehen werden, bis es zu einem Anschluß kommen wird, ist schon aus den Einleitungsworten des Präsidenten zu ersehen.

Die Schottländer brachten folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Der Kongress ist der Ansicht, daß die Arbeiter nicht den vollen Ertrag ihrer Arbeit erhalten und daß Kämpfe nicht vermeiden werden können, bis das alle Mittel der Produktion, Distribution und des Austausches in den Besitz des Staates übergegangen sind und von diesem zu Gunsten des Volkes kontrolliert werden; daß sich ferner die Arbeiter organisieren müssen und nur solche Vertreter ins Parlament und in andere öffentliche Körperschaften entsenden, welche ein direktes Interesse an diesem Wechsel haben und nicht durch materielle Vorteile dagegen beeinflusst werden.“

Die einstimmige Annahme der Resolution wird jenen Harmonieaposteln jedenfalls wenig Freude bereiten, die immer noch glauben, bei den englischen Arbeitern einen Rückhalt zu finden.

Gegen das Ende der Konferenz verlas der Sekretär *A. Ashton*, einen Brief von *D. Hue*, in welchem dieser anfragte, welche Stellung die Engländer einnehmen würden, wenn es in Deutschland zu einer Aktion kommen sollte. *Hue* machte darin einige Vorschläge, welche dem Exekutiv-Komitee unterbreitet werden. Der Brief konnte zu keiner besseren Zeit hier eintreffen, und ich zweifle keinen Augenblick, daß das Resultat ein ganz anderes sein wird, sollten sich in Deutschland die Ereignisse des letzten Jahres wiederholen.

Aus der französischen Bergarbeiterbewegung kommt eine erfreuliche Botschaft. Infolge von Ausbaubestrebungen hatte sich die französische Bergarbeiterschaft in zwei Lager gespalten: von dem Nationalen Bund hatten sich die Bergarbeiter des Nordens und des Pas de Calais abgegliedert und die Union fédérale des mineurs unter Anschluß an den allgemeinen Gewerkschaftsbund, die Confédération générale du travail gebildet. Die Spaltung trat ganz besonders bei dem letzten Ausstande von Courrières hervor und der Verlauf dieses Ausstandes gab daher den Vertretern der beiden Verbände ein, einen Kongress abzuschließen, der die alte Einigkeit wiederherstellen sollte. Dieser Kongress hat am 8. Oktober in Paris getagt und die Verschmelzung der beiden Verbände unter dem alten Namen: Fédération nationale des mineurs Section française de l'Internationale mineure (Nationale Vereinigung der Bergarbeiter, französische Abteilung des internationalen Bergarbeiterbundes) beschlossen. Die Vertretung der einzelnen Ortsverbände wurde dabei folgendes Stimmenverhältnis festgestellt: eine Stimme für 500 Mitglieder, zwei Stimmen für 501 bis 1000 Mitglieder, drei Stimmen für 1001 bis 1250 und von da ab eine Stimme mehr für je 1000 Mitglieder. Die Verhandlungen des Kongresses fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit, auch der Presse, statt. Der nächste allgemeine Kongress soll in Denain stattfinden.

Knappschäftliches.

Vorstandssitzung des Allgemeinen Knappschäftsvereins Bochum, vom 9. Oktober.

Im September fand keine Vorstandssitzung statt, desto mehr Verhandlungspunkte hatten sich für die Oktoberversammlung aufgehäuft. Für die ausgesetztenen Vorstandskandidaten *Rombert* war eine Neuwahl notwendig geworden und mußte zur Mitzeichnung für den Vorstand ein anderes Vorstandsmitglied der Arbeitervertreterseite gewählt werden. Der Vorliegende bemerkte, daß es, wenn möglich, ein Mitglied, das in nächster Nähe von Bochum wohne, sein müßte, um ihn schnell, wenn er gebraucht werde, bestellen zu können. Von *Leitbrunnen* wurde *Fischer* in Laer bei Bochum, von christlicher Seite *Kasse* in Altenessen vorgeschlagen. *Fischer* erhielt zehn Stimmen, für *Kasse* neun Stimmen. Christliche und Werkvertreter. Ferner war die Wahl eines ständigen Mitgliedes für das ausgeschiedene Vorstandsmitglied *Weder* in Altenessen zu tätigen, als Preisrichter für Proben, für das etwa zu errichtende neue Verwaltungsgebäude. Hierbei erhielt *Fischer* wieder

10 Stimmen, der von christlicher Seite vorgeschlagene Vorschlag die Stimmen der Christlichen und Werkvertreter. Klasse und Vorschlag waren damit gewährt.

Die Festlegung des Jahresberichtes für das Jahr 1906 wurde auf Einverständnis der Arbeitervertreter, daß sie erst Tags vorher die Vorlage bekommen hätten, von der Tagesordnung abgesetzt.

Eine nochmalige Abstimmung über den Antrag der Knappschaftsärzte, für Konferenzen außerhalb des Wohnortes neben dem Tagelohn die Fahrkosten zu bewilligen, ergab die Ablehnung des Antrages. Die Arbeitervertreter stimmten dagegen, die Werkvertreter dafür.

Auf Antrag verschiedener Aeltesten war Teilung ihrer Sprengel beantragt bezw. Entlastung gefordert worden. Daraufhin wurde dem Vorstande anderweitige Einteilung bezw. Neubildungen vorgeschlagen. In Frage standen 48 Sprengel, wo in der Mehrzahl Grenzverschiebungen gemacht wurden und weitere 12 neue Sprengel gebildet werden sollen. Die Bildung von 11 neuen Sprengeln wurde genehmigt. Im vorgelegten 12. Sprengel für Hfen-West sollen weitere Erhebungen angefordert werden. Als Wahltag für die genehmigten 11 neuen Sprengel wurde der 24. November festgesetzt, ebenso für den Sprengel 214, wo außerdem eine Neuwahl stattfindet. (Die genaue Bezeichnung der neuen Sprengel siehe unter Verbandsnachrichten).

Nach den Vorschlägen des Kuratoriums vom 28. August wurde Dr. Hallermann jr. Dortmund als Nachfolger seines Vaters zum Augenarzt einstimmig gewählt. Ferner als Augenarzt für Castrop Dr. Wttinger. Eine vorgeschlagene Kündigung eines Bahnarztes, wegen zu vieler Verdienste für die Mitglieder für Rechnung des Vereins, wurde mit den Stimmen der Arbeitervertreter gegen die Stimmen der Werkbesitzer abgelehnt.

Von Wilhelmsequell in Wanne ist als Vob anzusehen. Durch Vorstandsbefehl vom 8. Oktober 1906 ist bestimmt worden, daß den einem Vade überwiesenen ledigen Patienten die wirklich entstandenen Pflegekosten am Krankengeld zu kürzen sind, also nicht nur der bei Krankenhauspflanze in Anspruch zu bringende Satz von 1,50 Mk. das Verhältnis ist folgendes: Der Pflegefall in Wanne beträgt täglich 2,50 Mk. für alle Kranke auf Rechnung des Knappschaftsvereins. Verheiratete Mitglieder beziehen für die Dauer der Behandlung in Wanne halbes Krankengeld, ledige Mitglieder den Unterschied zwischen täglichem Pflegefall und dem zu beziehendem Krankengeld. Auf Wunsch soll den Mitgliedern, welche unverheiratet sind, der in Frage stehende Ueberzuschuß auf Kosten des Vereins nach Wanne geschickt werden, selbstverständlich nur während der Dauer ihres Aufenthaltes.

Die weiteren Verhandlungsgegenstände betrafen: Eine Anfrage des Aeltesten Gerdt, ob die Möglichkeit vorliegt, den auf Ausweisungsbefehl der Behörden ausgewiesenen Ausländern in ihre Pensionsklassen und Reichsinvalidenklassen-Vorteile zurückzuführen, da sie gezwungenermaßen ihre Mitgliedschaft beim Verein nicht weiter fortsetzen könnten. Die Angelegenheit wurde dem Sitzungsausschuß überwiesen. Bei der reichhaltigen Tagesordnung für Oktober ist es nicht recht erklärlich, daß die Vorstandssitzung für September, die übrigens vom Vorstand für das Jahr 1906 im voraus festgesetzt war, wie alle Monatsversammlungen, ausfallen konnte. Wir glauben ein Ver in, wie der Allgemeine Knappschaftsverein, an Größe und Umfang, hat so viele Angelegenheiten zu erledigen, daß eine Monatsversammlung gar nicht ausfallen darf. In wie viel Fällen haben Mitglieder auf Erledigung ihrer Angelegenheiten einen Monat länger warten müssen, z. B. Anträge auf Zahlung des ganzen Krankengeldes während der Heilanstaltsbehandlung, auf nachträgliche Aufnahme, Wiederaufnahme, Umrechnung früherer Dienstalters, nachträgliche Annahme von Feierschickengeld, Bewilligung künstlichen Zahnersatzes, künstlicher Gliedmaßen, Wiederherstellung von Gerätschaften und Anwartschaften, Uebernahme von dem Einwande der Verjährung und noch nachgelassene Sachen, darunter Anfragen aus der Mitte der Versammlung. Hoffentlich kommt dies nicht mehr vor.

Dortmund. Eine wichtige Entscheidung hat das Oberbergamt Dortmund gefällt. Ohne sein Verschulden war der Kamerad W. G. zu Alteneisen, als er sich auf dem Heimwege befand, angerepelt und tödlich mißhandelt worden. Von hinten her erhielt er plötzl. einen wuchtigen Stoß und als er sich umsaß, verfehlte ihm der Angreifer einen Messerstoß in den Kopf, noch ehe er seine Kassebühse zur Verteidigung hochheben konnte. Infolge dieser Mißhandlung war G. 17 Tage arbeitsunfähig. Sein Anspruch auf Krankengeld wurde aber von der zuständigen Kommission Essen des Knappschaftsvereins abgelehnt. Begründet wurde die Ablehnung mit der Erklärung, man nehme an, G. habe sich schuldhafter Weise an einem Kaufhandel beteiligt und deshalb sei laut Bestimmung des § 15 des Statuts die Zahlung von Krankengeld ausgeschlossen. Da nun bei dem Ueberfalle keine Zeugen zugegen waren, war es dem G. unmöglich, den Nachweis zu führen, daß er schuldlos mißhandelt worden sei. Durch seinen Rechtsvertreter ließ er Beschwerde erheben, indem er von der Knappschaftskasse den Nachweis einer schuldhaften Beteiligung seinerseits an jener Kauferei verlangte. Sei es der Knappschaftskasse nicht möglich, diesen Nachweis zu führen, müsse ihm das Krankengeld gewährt werden. Diesen Darlegungen trat das Kgl. Oberbergamt Dortmund bei; es verfügte die Auszahlung des Krankengeldes in nachfolgendem Betrage:

„Nach Einsichtnahme der Verhandlungen der königlichen Staatsanwaltschaft ist die Behauptung des Beschwerdeführers, daß er von dem Bergmann Jastrau zuerst angegriffen worden sei und sich ihm gegenüber in Notwehr befunden habe, mangels unbedingter Zeugen nicht zu widerlegen. Dieferehalb und mit Rücksicht auf die sich völlig widersprechenden Aussagen der Beteiligten hat die Staatsanwaltschaft jedes strafrechtliche Einschreiten abgelehnt. Das Sachverhältnis ist durch die Erhebung nicht geklärt worden. Da es Sache des Knappschaftsvorstandes ist, den Nachweis der schuldhaften Beteiligung zu erbringen, dieser Nachweis aber nicht erbracht ist, rechtfertigt sich die hiermit erfolgende Auszahlung des Krankengeldes der Kommission Essen und die gleichzeitig an den Vorstand ergehende Anweisung, dem Beschwerdeführer das Krankengeld für die Zeitraet zu zahlen.“

Mißstände auf den Gruben.

Ruhrrevier.

Deutscher Kaiser (Schacht I). Auf die von der Gewerkschaft eingefandte Berichtigung in Nr. 41 unserer Zeitung haben wir folgendes zu erwidern: Warum werden denn die Verletzten in Förderwagen transportiert, wenn genügend Tragbahnen vorhanden sind? Dieses traf zu im Revier VI (nicht IV wie irrtümlich berichtet wurde). Im Monat August war es eines Morgens um 11 Uhr, als ein Unglück geschah, doch erst um 1 Uhr war der Verletzte im Wagen, dann benutzte man eine Tragbahn. Diefelbe war aber nicht in dem Zustande, wie sie sein sollte. Im Revier I und II wissen die Arbeiter nichts von dem Vorhandensein von Tragbahnen. Es würde sich empfehlen, dort, wo Tragbahnen aufbewahrt werden, Schilder anzubringen, damit ein jeder Arbeiter bei vorkommenden Unglücksfällen orientiert ist. Was die Abortkübel anbelangt, so sind diefelben nicht in dem Zustande, wie berichtet wurde. Allen Anschein nach weiß der Einsender der Berichtigung nicht, wie es unten ausgeht, oder ist falsch unterrichtet worden. Im Revier VII wurde der Fab-hauer S. e. n. z. e. oft auf die Unsauberkeit der Kübel aufmerksam gemacht. Die Desinfektion ist mangelhaft. Es empfiehlt sich auch das innere der Kübel mit Kalk zu bestreuen, damit bei Benutzung derselben der läßliche Geruch nicht so stark ist. Die Luftführung auf der II. Sohle ist eine solche, besonders im Revier VIII. Vor keinem Betriebspunkte findet man eine Wetterfahne, die in Ordnung ist, besonders haben die Arbeiter im letzten III. Brennsberg zu leiden. Kommt es doch dort vor, daß man auf einmal ohne Sicht ist. Um die Lampen anzulösen zu können, muß man eine Strecke in den Brennsberg gehen. Im Gliberg, in demselben Revier, mußten die Arbeiter einem Beamten, welcher dem Wetterzug nachgehen wollte, im Monat September zur Hilfe kommen, weil die Lampe erloschen war und die Strecke zu dunkel lag. In diesen Betriebspunkten können sich die Arbeiter nicht genug vorsehen, die geringste Bewegung mit der Lampe und diefelbe ist erloschen. Als der hellere Aelteste des Revier mit dem Wetterführer K. o. s. befür, warnte er denselben, ja vorzüglich mit der Lampe umzugehen, damit seine Lampe nicht auch noch erlösche. Ferner meinte dieser Herr noch, hier muß Aenderung geschaffen werden. Also entspricht die Luftführung nicht den gesetzlichen Vorschriften. Auch nicht im Revier I und II, vor Kohlen Nr. 102 und 120. Es ist richtig, daß Reklamationen wegen nicht richtigem Anschreiben der Kohlenwagen vorkommen, hätte sich der Einsender der Berichtigung an die Wetterführer gewandt, dann würde er auch das befristigt erhalten, was wir in Nr. 39 geschrieben haben. Als man vor nicht langer Zeit den Sumpf reinigte, hat man viele Nummerpinnen gefunden, wo kommen diese dort hin? Die Wetterführung ist nicht regelmäßig, noch am 4. Oktober 1906 waren morgens um 5 Uhr 30 Minuten zur Morgensicht schon drei Führer auf dem Wege. Die Leute zu früh da sind, liegt daran, daß man auf Schacht I keine richtig gehende Uhr hat. Man richtet sich nach der Uhr

im Steigerzimmer, diefelbe geht nach der Blaunheimerfontäne einmal vor und einmal nach. Wie steht es denn mit dem Schacht? Sind dort nicht die Fahrten verfault? Ist diefelbe nicht von der I. bis zur III. Sohle laubtraden? Liegen nicht die Bahnen voll Kohlen? Bestimmt sich nicht auf der III. Sohle eine eiserne Fahrt, wo die elektrische Leitung fest anliegt? Ist nicht eine solche im Schacht, wo man über die Leitung mühelos hinweg klettern muß? Kann nicht gerade durch das Fieberden werden? Befindet sich nicht im Schacht eine Stelle, wo das Mauerwerk in einer Höhe von 2 1/2 Meter, einer Breite von 8 Meter durchbrochen ist und nicht ausgewölbt? Liegen nicht die Gesteinsmassen von dem dahinter gebrochenen Gebirge bis zum Schachterschlag? Sind nicht die Gittertüren offen an den einzelnen Sohlen, wo nicht gefördert wird? Steht nicht der Luftkanal über Tage vom Ventilator an bis zum Schacht in einer Länge von 10 Meter, einer Breite von 2 1/2 Meter und einer Tiefe von 3 bis 4 Fuß mit altem Schmieröl voll? Wie geht es hier, wenn ein Brand ausbricht? In diesem Zustande wurde der Schacht am 4. September 1906 gesehen. In einer kurzen Frist kann ein Schacht nicht so verfaulend werden, dieses muß schon Jahre lang bestehen, und das trotz des Vorwärtungslüdes. Ist das humane Behandlung, wenn man den Leuten, die angeworben worden sind, alle Unzulänglichkeiten an Lohn- und Wohnlagertagen einbehält? Ist es vielleicht anständig, wenn man Arbeiter, die ihr gutes Recht suchen, aufs Straßenpflaster wirft? Warum ist auf Schacht I keine Verriegelung vorhanden? Ob dieses den gesetzlichen Vorschriften entspricht, bezweifeln wir. Hatte die Bergbehörde keine Kenntnis von dem Aussehen des Schachtes? Wenn der Berichtiger sich von den hier angeführten Mifstständen überzeugt hat und diefelben befragt, sind wir gerne bereit, dieses der Öffentlichkeit mitzuteilen. Sollte die Gewerkschaft glauben, daß dieses alles in punkto Mifstände sei, so braucht man bloß zu berichten, wir werden dann schon aufstehen.

Zeche Enscher. Am 1. September fuhren hier 15 Neuangetragene an, bekommen aber solch schlechtes Bedinge, daß sie am 15. wieder kündigten, daraufhin erhöhte die Verwaltung das Bedinge und die Leute blieben wieder. Man sieht also, wenn die Kameraden einig sind, ist doch eine Ueberhöhung möglich. Auch möchten wir einmal anfragen, ob auf der Zeche kein Zehnermeter ist, sollen doch auf verschiedenen Stellen, wo 30 bis 34 Grad Hitze sein sollen, Kameraden acht Stunden beschäftigt werden. Die Strafen, die hier verhängt werden, 40—70 Mk. monatlich für eine Verlegung von 150 Mann, würde dem größten Mütt alle Ehre machen. Noch eines, am 27. September wurden sämtliche Leute der Verlegung, wie sie aus der Grube kamen, von den Beamten in der Wassertau bis auf die Haut revidiert. Jeder mußte sich gefalten lassen, daß sein Grubenzeug und seine Kleider aufs peinlichste revidiert wurden. Warum, wurde niemandem gesagt. Ist etwas vorgekommen, daß eine Revision stattfinden muß, dann könnte man dies geschickter ist und könnte sich entschuldigen. Bei anständigen Menschen ist dies so Brauch. Hoffentlich ist in unserem Mütt keine Goldader aufgefunden worden, daß die Durchsuchung zur Mode wird, aber es kann dies wohl nicht sein, sonst hätten wir doch auch den Mund aufmachen und die Länge herausstrecken müssen. Die Verhandlung von seiten der Beamten läuft auch zu wünschlichen Abg.

Zeche Gneiffenan. Auf der zweiten Sohle werden die Leute mit der elektrischen Bahn in die einzelnen Reviere befördert. Es wird nun hierbei meistens, besonders zum Schluß der Schicht, so unfinnig schnell gefahren, daß man jeden Augenblick glaubt, die Wagen müssten umschlagen. Es wird von den Führern deshalb so unfinnig dahingefahrt, weil sie sofort ausfahren, sobald sie ihren Zug an den Schacht gebracht haben. Wir möchten auch gerne erfahren, warum das Gezüge mit in den Wagen genommen werden muß. Wie leicht kann da ein Unglück vorkommen beim Ein- und Aussteigen. Die G-zugbahnen sind doch da, wo besserer Zustand gebracht werden, die Blindvorrichtung verfaßt zu oft. Möge man diesen Hinweis an kompetenter Stelle beachten.

Zeche Langenbrunn. Am 13. September sollte die Verlegung 1 1/2 Schicht verfahren. Ein Teil der Mittagschicht machte aber nicht mit und wollte nachmittags 2 Uhr ausfahren. Die Aufsicht wurde ihnen aber verweigert mit dem Bemerkten, daß sie abends um 8 Uhr an und morgens um 2 Uhr wieder ausfahren könnten. So bei Zeche Wille. In anderen Revieren konnten die Leute um 2 Uhr ausfahren. Wenn Mann kündigt sofort bei Steiger Wille. Wenn man es fertig macht, die Leute wegzufahren, muß natürlich Ersatz gesucht werden und so macht auch der Förderaufseher S o v a l in Werden alle Anstrengungen, Leute anzuwerben. Ob es ihm gelingen wird?

Zeche Lukas. Der Herr Betriebsführer D e b u s scheint eine ausgesprochene Vorliebe für Vierfüßler zu haben. Doch gewechselt er leider auch Kameraden mit seinen Vieblingen und diese betrachten „Kofenamen“ wie Schafstopp durchaus nicht als Schmeicheleien. Wir empfehlen der Bergbehörde einmal auf der ersten Sohle die dort aufgestellte Maschine zu beschaffen, dort liegen auf Holzgittern die Tragbalken und die Maschine ist auf diese gestellt. Die Bremsvorrichtung ist dertat, daß nicht einmal ein leerer Müttel zu halten ist, viel weniger ein voller. Ueber mangelnde Aufsicht kann man hier sonst nicht klagen. Kommt es doch vor, daß bei zwei Arbeitern zwei Steiger und zwei Aufseher vor, handen sind. Auch wäre zu wünschen, daß von seiten der Beamten nicht so darauf gedrängt wird, die Leute vor Arbeit zu schützen, wo Schlagswetter sind. Ferner könnte bei Schichtwechsel ein Beamter am Tage sein, sodas die abgetretenen Kameraden nicht noch mit hungrigen Magen bis 3 Uhr warten müssen. Sonntage kann man auf Lukas schon bald nicht mehr, da wird bei Maschinenbetrieb immer lustig darauf los gearbeitet. Du sollst den Feiertag heiligen — wenn es der Unternehmer erlaubt — so könnte man bald dies Gebot umändern.

Zeche Neumühl. Kameraden vom Revier XX, Steiger A g h t e, beschweren sich darüber, daß ihr Bedinge zu schlecht stehe, so daß sie gerade noch 4 Mark verdienen könnten. Beschwerd man sich, so sagt Herr Aghte: „Wenn ihr nicht arbeiten tut, könnt ihr auch nichts verdienen.“ Glaubst dieser Mann denn, daß wir vor der Arbeit Willard spielen? Ist man an Reparaturarbeiten und fragt, was man dafür bekommt, kann man die Antwort erhalten, du kommst hier heute mittag einen alten Hut von mir holen. Es mag dies ja als sehr wichtig bei Aghte gelten, wir gehen aber nicht in die Grube um Poffen zu reifen, sondern um Geld zu verdienen. Der Fahrhauer K l l m a n n scheint auch schon die Zeit vergeffen zu haben, wo er die Keilhaue schwingt. Das Bestrafen verfehlt er auch schon ausgezeichnet, auch im „Steigerlexikon“ scheint er schon studiert zu haben, wenigstens können wir uns darüber. Kann er seine Steine nicht losbringen, dann heißt es, alle Mann ans Steinerpacken. Beschwerd man sich, daß man darin nichts verdienen kann, so bekommt man zu hören, daß er die Arbeit stunde und nun ging es an das Ver. aden. Ja, was ein Fächgen werden will, krümmt sich bei Zeiten. Unsere Pflicht aber ist es, dafür zu sorgen, daß unsere Organisation stärker und die Mifstände weniger werden.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Grube Anna. Von Arbeitern dieser Grube wird Klage geführt, daß an den Lohntagen die Leute, welche in den ersten Abreden herausfahren, an Lohnschalter oft für sieben bis acht Mann den Lohn in Empfang nehmen. Wie schädigend dies oft für den einzelnen Arbeiter ist, zeigt uns folgendes: Am letzten Lohntage fuhr ein Kamerad mit dem siebenten Korbe aus und ging direkt zum Lohnschalter. Hier mußte er nun anderthalb Stunden warten — von 1/4 bis 5 Uhr — bis er an die Reihe kam. Wir möchten die Grubenverwaltung ersuchen, hier Remedy zu schaffen. Dann möchten wir darauf verweisen, daß auf Anna II (Neuanlage) Leute sind, welche in einer Woche nicht weniger wie elf Schichten verfahren haben, d. h. nicht auf einer Arbeit. Es sind dies Leute vom Unternehmer W i l d, die am Tage Zuschichtungsarbeiten verrichten und nachts auf der Kohlerei beschäftigt werden. Wo bleiben hier die gesetzlichen Bestimmungen? Es wäre die höchste Zeit, daß die Bergpolizeibehörde hier einmal nach dem Rechten sehen würde. Auch wird sehr geklagt über die scharfe Behandlungsweise der Beamten dem Arbeiter gegenüber. Es nimmt daher kein Wunder, daß hier die reinste Wälferei herrscht. Besonders stark ist diese auf der Batterie des Herrn D e c k o n, was der Grubenverwaltung doch sicherlich nicht entgangen sein wird. Uns wundert es bloß, daß diefelbe sich noch nicht nach den Ursachen dieses Leutenwechsels erkundigt hat. Wir können die Hauptursache hier anföhren: Man zahlt höhere Tageslöhne, denn bei den hohen Lebensmittelpreisen und hohen Mieten ist es dem Arbeiter nicht möglich, mit einem Tagelohn von 3—3,40 Mark auszukommen. Die Arbeiterklagen beklagen sich, daß die Meißer in der Nachtschicht zuviel Durst haben; wenn diefelben satt getrunken sind, dann verdunkeln sie sich, wo nicht allzumal Licht scheint, und die Arbeiter stehen verwaist da und wissen nicht was sie tun sollen. Die Moral von der Geschichte ist, daß hier keine Leistung erzielt wird und die Arbeiter am Schluß des Monats harte und nicht verdient haben. Ferner haben die Arbeiter dieser Anlage das Vergnügen, Sonntags 24 Stunden

in einem durcharbeiten zu können. Sollte ein Arbeiter diesem Vergnügen nicht huldigen können, dann setzt es Extra-Anlagen. — Noch eins müssen wir hervorheben: Wenn einem Arbeiter beim Abföhren von Kohl es passieren sollte, daß er einen Meißer etwas nach macht, so wird ihm sofort eine halbe Schicht versprochen. Wenn aber die Meißer untereinander sich gegenseitig nach machen, dann hört man von halben Schichten nichts. Man sieht auch hier, wenn zwei dasselbe tun, so ist es doch nicht dasselbe. Es wird die höchste Zeit, daß die Kameraden sich hier immer fester zusammenschließen. Nur eine starke Organisation kann Besserung schaffen.

Zeche Rheinpreußen, Schacht IV. Die jugendlichen Arbeiter sollen nach Vorchrift der Bergpolizei einen eigenen Baderaum haben. Heute aber werden die jugendlichen Arbeiter von älteren zugewiesenen Leuten von ihren Baden vertrieben und sind dann gezwungen, sich unter den älteren Kameraden umzugehen. Die Aufseher J ü r g e n s und T r i g a l l a scheinen das Prügeln an den Knaben über Tage studiert zu haben. Der Aufseher Jürgens hat einen jugendlichen Arbeiter mit dem Spanntretem geschlagen, der Aufseher Trigalla einen anderen mit einem Stod. Obeligen sind wohl hier an der Tagesordnung. Der Steiger T r o k e l hat in der Grube auch einem Arbeiter Schläge angeboten. Ueber schlechte Behandlung durch Fahrsteiger C h r i s t i a n werden ebenfalls Klage geführt. Lohnreduktionen haben in der letzten Zeit mehrfach stattgefunden. Auch scheint man mißliebige Ordentlichkeit gerne abzusehen. So soll z. B. eine Person, welche erst acht Monate Lehrling war, den Schiefsposten erhalten haben. Allgemeine Erregung herrscht unter den Lehrhauern, daß die Erbsärfesten 30 Pfg. mehr als die anderen hauer und die Lehrhauer sogar 80 Pfg. weniger erhalten.

Zeche Rheinpreußen, Schacht V. Auf diesem Mütt scheint man die Vorschriften der Bergpolizei nicht zu kennen. Die Abortkübel stehen oft sehr voll, so daß man nicht weiß, wo man seine Notdurft verrichten soll. In der Wassertau steht es geradezu jämmerlich aus, erfens ist sie überfüllt und zweitens sind die Wassertau in miserabilem Zustande. Von den 39 Brausen laufen gewöhnlich der dritte Teil. Auch wenn man einmal Trinkwasser anschaffen würde, wäre viel wert, bis jetzt müssen die Arbeiter die Geleise der Zedenbahn überschreiten (welches auch verboten ist) um nach dem Trinkwasser zu gelangen. Verunglückte Kameraden befördert man in Rüstendekeln und Förderwagen zum Schacht. Das Sonntagsarbeiten seitens der Maurer ist etwas gewöhnliches. Die ganze Schicht zwei Fuß im Wasser zu arbeiten, ist in den Abbauen an der Tagesordnung. Die Seilsfahrt beginnt morgens schon 6 1/2 Uhr, damit sicher alle Leute hereinkommen. Man hat hier eine Anzahl kleinere Beamte angestellt, welche das Antreiben zur Arbeit bezorgen müssen. Bei der Auszahlung des Lohnes herrscht unheillich keine Ordnung. — Für heute wollen wir mit den traurigen Zuständen auf Rheinpreußen einmal aufhören, sollten diefelben seitens der Verwaltung nicht abgehandelt werden, so werden wir selbstverständlich die notwendigen Schritte dazu tun.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Lippe.

Schacht L. d. 4 bei Wendenhagen-Schlen. Hier kommt es recht häufig vor, daß einige Drittel ihr Pensum trotz aller Schinderei nicht schaffen können. Auf den von den betreffenden Kameraden ausgesprochenen Wunsch um Aenderung, werden sie verhöhnt. Lebensarten wie, das ist gar nichts, ihr haat zu wenig Kohlen, ist die starke Seite dieser Herren, als sie aber vor einigen Jahren selbst Kohlen haateten, da waren die Herren nicht so forsch. Besonders ist es ein Herr Steiger S p i e g e l, der sich bei der Bedingeabmachung besonders hervortut, indem er den Kameraden höhrend sagt, was euch fehlt, laßt euch von Uder, Haffe und Becker geben. Was zum Teufel können denn diese Kameraden für die ungerechte Auspöperung der Arbeiter? Wir erwarten von einem Kgl. Bergbeamten so viel Bildung, daß er mit Arbeitern als Menschen umzugehen weiß, ohne sich mit knigges „Umgang mit Menschen“ in Widerspruch zu setzen.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Bahnstraße des Herzogs von Pleh. Sehr sparsam ist Herr W o l f. Er meint nämlich sogar mit der Luft sparen zu müssen. Kommt es dem Herrn vor einem Ort etwas zu frisch vor, heißt es gleich: „Ihr wißt wohl gar nicht, was die Luft kostet, geht doch auf den Hochwald, dort könt ihr euch die Freife vollblasen lassen.“ Vielleicht kann Herr W o l f, der auch oben nicht schlecht angegriffen ist, dafür sorgen, daß man auf der Mathildenhöhe oder in der Tichauer die nötige frische Luft erhält, ohne erst seine angespannten Glieder in den Hochwald schleppen zu müssen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Bergleute, macht die Augen auf!

In der Mittagsausgabe der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vom 8. Oktober befindet sich an hervorragender Stelle folgende Notiz: „R. G. Essen, 8. Okt. Wie an den beiden vorhergehenden Sonntagen, so haben auch am gestrigen Sonntag eine Anzahl vom christlichen Gewerksverein einberufene Bergarbeiter-Versammlungen mit der Tagesordnung: „Zur Verschmelzungsfrage der Bergarbeiterorganisationen“ stattgefunden. Im Lokal des Herrn Koppers, Alteneisen, sprach der Gewerkschaftsbeamte Tobert. Er betonte, daß die Verschmelzungsfrage bereits auf dem preußischen Bergarbeitertag in Berlin von dem Altverhändler Bartels angeregt worden ist, ja man wünschte sogar, daß die Siebenerkommission über die Verhältnisse der Verbände gefest werde; die Christlichen sind jedoch auf diese Frage nicht eingegangen. Auf dem zweiten preußischen Bergarbeitertag in Essen wurde dann abermals ein Verschmelzungsantrag von Herne gestellt, diefelbe wurde jedoch abgelehnt. Neues brachte der Redner nicht vor. Die Frage, ob eine Verschmelzung der beiden Organisationen möglich ist, wurde vom Referenten mit Rücksicht auf die sozialpolitische Propaganda im alten Verbände entschieden verneint. Eine diesbezügliche Resolution wurde einstimmig angenommen. In den Versammlungen des alten Verbandes wurde mit Hinweis auf die günstige Konjunktur das Vorgehen der Siebenerkommission in der Lohnfrage gutgeheißen. Der Ton der Redner war verschiedentlich drohend. Dabei fehlte es nicht an heftigen Angriffen auf den christlichen Gewerksverein, der die Einigkeit der Bergleute untergrabe.“

Da wir den R.-Korrespondenten der „Rh.-W. Ztg.“ kennen, wandten wir uns an den Herrn mit dem Ersuchen, uns gefälligst anzugeben, in welchen Versammlungen des alten Verbandes „heftige Angriffe auf den christlichen Gewerksverein“ erfolgt sind. Wir haben nämlich strengste Anweisungen an alle unsere Referenten ergehen lassen, nicht das Trennende, sondern das Einigende zwischen den Arbeiter-Organisationen zu betonen, damit die gemeinsamen Gegner nicht Waffen erhalten. Auf unsere Bitte, uns die Versammlungen anzugeben, in denen „heftige Angriffe gegen den christlichen Gewerksverein“ erfolgt sein sollen, erklärte uns der R.-Korrespondent der „Rh.-W. Ztg.“ ihm sei von solchen Angriffen nichts bekannt! Er habe den obigen Bericht nur bis zu dem Worte „angenommen“ geschrieben, die drei letzten Sätze seien von ihm unbekannter Seite in der Redaktion der „Rh.-W. Ztg.“ dem Berichte angehängt!!! Wir haben keine Veranlassung, die unter Zeugen u. a. in Gegenwart der Herren Generalsekretäre B e h r e n s und H a m a m a c h e r abgegebene Erklärung des R.-Korrespondenten der Rh.-Westf. Ztg. zu bezweifeln. Es handelt sich also in der Notiz der „Rh.-Westf. Ztg.“ um eine ganz ordinäre Fälschung, um eine feibole Fälschung der öffentlichen Meinung. Der R.-Korrespondent weiß nichts von „drohendem Ton“ und „heftigen Angriffen“ auf den Gewerksverein in Verbandsversammlungen, der Herr hat darüber der „Rh.-Westf. Ztg.“ auch nichts berichtet laut seiner Erklärung. Trotzdem hat dieses „vornehme Blatt“ über „drohenden Ton“ und „heftige Angriffe“ berichtet und die betr. Sätze an den Bericht des R.-Korrespondenten gefügt, damit die Leser in den Glauben verfaßt werden mühten, es handle sich um einen Bericht des kundigen R.-Korrespondenten. (Stenographische Fälschung)

unerschützt, sie richtet sich von selbst. Statt wie andere, den Besessenen nachzusehen, sondern sie zu bestrafen, wie ein Verräter mit dem Mittel der Falschung.

Der Friede dieser Bewegung ist klar. Die Arbeiter sollen ins Unrecht gesetzt werden, Beschäftigten und Wortbesitzer sollen aufgehoben werden, die Arbeiter, und außerdem verurteilt die „Vornehmer“, „M.D. Stg.“ die Kameraden im Gewerkschaftsverband gegen ihre Arbeitskollegen im Verbanne. Es ist gut, daß wir diese frivole Falschung so vollständig enthüllen konnten.

Den Vergleuten rufen wir zu: Macht die Augen auf! Wir haben auch die Zerstörer der öffentlichen Meinung und die Verheerung der Arbeiter nun enthüllt. Die „M.D. Stg.“ treibt wieder ein frivoles Spiel mit dem Volkswohl. Schon anlässlich des vorjährigen Streiks ist diese Zeitung bei der Verbreitung von demütigenden Tatsachen schuldig worden. Selbst Staatssekretäre Graf Posadowsky hat die Sensationsberichte des Blattes als irreführend gekennzeichnet. Dornleute macht die Augen auf! Laßt euch nicht verleiten von Blättern wie die „M.D. Stg.“, behaltet kaltes Blut. Setzt nur auf die von den Organisationsvorständen gemeinsam erlassenen Anweisungen und seid einig!

Mit Blick auf Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Vorliegendes hatte der Vorstandsvorstand einer Anzahl Tagesblätter zum Abdruck zugesandt. In ihrer Nummer vom 11. Oktober sammelt die „M.D. Stg.“ folgende Ausrede:

Verührend für die Lage im Ruhrkohlengebiet erscheint die Tatsache, daß der Vorstand des sozialdemokratischen Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands Zeit genug hat, eine ellenlange Erklärung zu verfassen, die sich gegen unseren Bericht über die Vergleuterungsverhandlungen vom vorigen Sonntag wendet. Die verschiedenen bei uns eingetroffenen Nachrichten aus dem ganzen Gebiet hatten wir in einem Bericht zusammengestellt. Darauf stellt der Vorstand unseren Berichterstatter zur Rede und stellt fest, daß dieser die Schlussmeldung über den Verlauf der Verhandlungen, die er nicht besucht hat, nicht gegeben hat. Die Möglichkeit einer solchen fertigen Berichterstattung mußte vom Verband also noch erzwungen werden, wir hatten geglaubt, daß es selbstverständlich sei, daß ein zusammenfassender Bericht über mehrere zu gleicher Zeit stattfindende Verhandlungen nicht von dem gleichen Berichterstatter verfaßt werden kann.

Das „Vornehmer“ Blatt gibt also seine frivole Falschung zu. Es hat an dem Bericht eines Korrespondenten eine von demselben gar nicht herrührende „Ergänzung“ angebracht, die den Eindruck erweckt, als ob der betr. Korrespondent auch von „drohendem Ton“, heftigen Angriffen auf den Gewerkschaftsverband“ geschrieben hätte. Eine solche Handlungsweise ist Revolverjournalistik. Außerdem ist die Ausrede in dem Bericht, daß die Zeitung ihre Meldungen über die Verhandlungen frei erfunden hat, um die Öffentlichkeit zu verführen und die Arbeiter zu verlegen. Wer in kritischer Zeit so handelt, verdient den Namen eines Revolverjournalisten.

Wie über uns gelogen wird.

Das Organ des „christlichen“ Holzarbeiterverbandes bringt einen mit wüsten Merkmal-antisemitischen Beschimpfungen anderdenkender Staatsbürger angefüllten Artikel über den Mannheimer Parteitag der Sozialdemokratie. Was uns veranlaßt, diesen unsäglich schmutzigen Heifer überhaupt zu erwähnen, geht aus nachstehendem Schriftstück hervor:

W o c h u m, den 13. Oktober 1906. An die Redaktion des „Deutschen Holzarbeiters“.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuchen wir um Aufnahme folgender Mitteilung:

In Nr. 41 Ihrer Zeitung vom 12. Oktober 1906 wird geschrieben, die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage habe sich von der Beratung der Vorrußianinterpellation ferngehalten und daran werden wörtlich folgende Ausführungen geknüpft: „Unter den Vergleuten des Ruhrreviers machte sich eine starke Gährung gegen die Partei bemerkbar. Was tut aber der ‚freie‘ oder auch der alte Bergarbeiterverband? Nach den Aussagen eines Dortmunder Parteitagsgesandten hat dieser 14 000 Mk. hergegeben, um durch Flugblätter, Versammlungen usw. das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder zu rechtfertigen. Gift bekommen die Vergleute von der Partei klaffende Ohrfeigen, hinterher wird mit ihren Verbandsbeiträgen die Ehre der roten Partei wieder notdürftig repariert. So etwas stinkt in der Tat zum Himmel, und verdienen die Gewerkschaften, die so handeln wie der sozialdemokratische Bergarbeiterverband nichts Besseres als den Suhrst, der ihnen vom Juden Singer huldvollst gewidmet wurde.“ Hierzu bemerken wir richtigstellend:

- 1. Der Dortmunder Delegierte hat überhaupt nicht von 14 000 Mk. gesprochen sondern von 12 000 Mk., die aus der Parteikasse für die Vorrußianinterpellation ausgegeben seien, nicht aus der Verbandskasse.
2. Hatte es der Bergarbeiterverband garnicht nötig, mit seinen Mitteln die „Ehre der roten Partei notdürftig zu reparieren“. Der Verband hat wegen der fraglichen Vorrußianinterpellation kein einziges Flugblatt herausgegeben, auch keine Versammlungen abgehalten. Wir sind auch dazu nicht genötigt worden durch die angebliche „Gährung unter den Vergleuten“, weil die Verbandsbeamten, die gleichzeitig Reichstagsmitglieder sind, Hue und Sachse, zur Vorrußianinterpellation rechtzeitig im Reichstag anwesend waren.
3. Von der Vorrußianinterpellation haben wir den dritten Teil der Auflage zur Gratisverteilung an unsere Mitglieder in allen deutschen Bergwerksbezirken käuflich erworben und haben den durchaus reell berechneten Kaufpreis zu bezahlen. Ihre Behauptung, aus Verbandsmitteln seien 14 000 Mk. für Parteizwecke bezahlt worden, ist somit völlig un wahr.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Im Rahmen einer gesetzlich förmlichen Berichtigung läßt sich leider das ganze Lügengebäude jenes „Vorrußianinterpellation“ nicht zerreiben, darum geben wir hier noch einige Erläuterungen. Unser Verbandsvorstand plante die Herausgabe der Reichstagsverhandlungen über das Vorrußianinterpellation, noch ehe die Interpellation im Reichstage vorgelegt war. Die Vorrußianinterpellation an und sofort war die Fraktion bereit. Das Vorrußianinterpellation vor dem Reichstag zur Besprechung zu bringen. Keine andere Partei kümmerte sich um diese Vorrußianinterpellation, wieder mußte die sozialdemokratische Fraktion vorzugehen, wie in Sachen der Beschlusstilllegung und der Unruhmtrankheit. Das muß hier ausdrücklich festgestellt werden. Es ist eine demagogische Unverschämtheit sondergleichen, aus der Tatsache, daß am 6. Februar infolge unglücklicher Zufälle gleich am Sitzungsbeginn keine 50 sozialdemokratische Abgeordnete anwesend waren, zu schließen, die sozialdemokratische Fraktion vernachlässige die Bergarbeiterinteressen. Wer die Bergarbeiterinteressen mit Füßen tritt, hat die Verbindung des Bergarbeiterinteresses und der Kampfschrittvolle im Landtage bewiesen. Das waren keine Sozialdemokraten, sondern die konser-

native, nationalliberale und die Zentrumspartei haben die Bergarbeitergesetz verhängt, den Arbeitern Steine statt Brot gegeben. Nur um die Aufmerksamkeit der empörten Vergleute von diesem konservativ-nationalliberal-zentrumlichen Bergarbeiterverrat abzulenken, soll jetzt ein Aufhebens davon gemacht werden, daß nicht schon am 6. Februar die Vorrußianinterpellation besprochen wurde. Für die Sache selbst war es sogar sehr gut, als erst am 10. Februar der Reichstag sich mit der Vorrußianinterpellation beschäftigte, denn inzwischen hatte der preussische Bergwerksminister im Landtage über das Unglück gesprochen, wodurch Schmeling und Sue das wertvollste Material erhielten. Wenn die Sozialdemokraten nicht vorgingen, hätte das Zentrum im Landtage geschwiegen. Es muß auch dieses bekannt gemacht werden, der Zentrumsprecher im Landtage, Herr Brüst, erklärte, die Vorrußianinterpellation gehöre nicht in den Reichstag, sondern in den Landtag (11), das heißt in das Dreiklassenparlament, worauf die Arbeiter keinen Einfluß haben, verschleppte das Zentrum die Bergarbeiterangelegenheiten, wogegen die organisierten Vergleute, auch die christlich-organisierten, eine Erwidrigung der Bergarbeiterdurchsetzungen durch den Reichstag verlangen. Und da hat die „christliche“, „Holzarbeiter-Zeitung“, deren Mader Stamme Zentrumsparteieller sind, die Strin, sich als „Freunde der Vergleute“ aufzuspielen. Die Kumpels danken für solches Obst.

Also unser Verbandsvorstand plante, die Vorrußianinterpellation in einer Flugschrift der Bergarbeiterchaft zur Kenntnis zu bringen. Die Parteivertretung hatte das aber auch beschließen und zwar schon vor dem 6. Februar. Auch die Forderung über die Gültigenarbeiterverhältnisse sollte herausgegeben werden. Es fand deshalb ein Meinungsaustausch zwischen dem Metallarbeiterverbandsvorstand, dem Bergarbeiterverbandsvorstand und der Parteivertretung statt, wegen der Bedung der Druckkosten. Der Metallarbeiterverband entschloß sich, die Gültigenarbeiterrede gesondert, auf eigene Kosten herauszugeben. Nun wünschten aber die sozialdemokratischen Parteifunktionäre im Ruhrgebiet die Herausgabe auch der Sachse und Rede über die münsterländischen Polizeistände und der Rede Stüdens über die Gewerbe- und Fabrikinspektion. Eine solche umfangreiche Publikation lag nicht in der Absicht des Bergarbeiterverbandsvorstandes, da hätten auch die anderen beteiligten Gewerkschaften mit herangezogen werden müssen. Der Verbandsvorstand blieb darum dabei, entweder ganz auf eigene Kosten nur die Vorrußianinterpellation herauszugeben oder den dritten Teil der Broschüren zum Selbstkostenpreis zu erwerben. Die Herausgabe der Broschüre ist dann erfolgt lediglich auf Kosten der sozialdemokratischen Partei, keine Gewerkschaftsorganisation hat bisher einen Pfennig dazu beigetragen. Daß die beteiligten Gewerkschaften einen Teil der Kosten tragen, ist ganz in der Ordnung, weil durch die Verbreitung der Reden auch die Gewerkschaftsbewegung gefördert wird. Unser Verband wird seinen Verpflichtungen nachkommen. Arbeiten denn nicht Zentrumspartei und christliche Gewerkschaften in gemeinsamen Angelegenheiten zusammen? Der an anderer Stelle dieser Zeitung besprochene Aufruf des christlichen Gesamtausschusses fordert ja die Gewerkschaften direkt auf zum Eintritt und zur finanziellen Unterstützung der Merkmalen und antisemitischen Parteivereine! Der schlechte christl. Gewerkschaftsbelegertentag ersuchte den Zentrumswahlverein (Volkverein, M. Glabbach) um materielle und moralische Unterstützung. In Vorbed stellen die christlichen Gewerkschaften gemeinsam mit der Zentrumspartei kommunale Kandidaten auf! Wenn sich freie Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Partei über eine in beiderseitigen Interesse liegende Aktion verständigen, dann tun sie nichts anderes als was die Freunde des „christlichen Holzarbeiters“ schon längst systematisch betreiben. Die unchristliche Wochenschrift der „christlichen Holzarbeiterzeitung“ besteht lediglich darin, in gemeinster Weise an die niedrigsten Instanzen zu appellieren durch Verbreitung von giftigen Lügen, die geeignet sind, die persönliche Ehre der Verbandsleiter herabzusetzen. Der Dortmunder Delegierte Scheibe hat gar nicht von 14 000 Mark sondern von 12 000 Mark gesprochen, er hat mit keinem Wort gesagt, das Geld sei aus der Verbandskasse gekommen, sondern sprach ausdrücklich von der Parteikasse in Berlin. Die abgrundtiefe Schleichheit des antisemitischen „christlichen“ Holzarbeiters wird aber erst ganz enthüllt, wenn wir daran erinnern, daß ja auf dem Parteitag selbst der Parteisekretär Pfannkuch öffentlich mitteilte, der Bergarbeiterverband habe noch keinen Pfennig zur Herausgabe der Vorrußianinterpellation beigetragen! Auch diese Meldung hat die von dem „christlichen Holzarbeiter“ geleitete Presse verbreitet — trotzdem schreibt der „Muttermensch“ jene demagogisch verlogenen Artikel. Gewisse Sittenrichter klagen laut über das „Nachlassen der christlichen Gesinnung im Volke“. Kann man sich darüber wundern, wenn solche Schrafschneider wie der in der „christlichen Holzarbeiterzeitung“ ihr Handwerk treiben und dabei mit ihrem angeblichen „Christentum“ prunken?

Bohum. Kamerad Reimpeters erhielt am 9. Oktober als letztes Andenken an seine Redaktionsstätigkeit einen Monat Gefängnis. Er soll den Betriebsführer Pampa und den Direktor Pöbenthal von Zeche Präsident in einem im vorigen Jahre in der „Bergarbeiter-Zeitung“ erschienenen Artikel beleidigt haben. In dem Artikel waren Mißstände geschildert und können dies die Herren bekanntlich nicht verkünnen, wenn ihre Tätigkeit kritisiert wird. Es wird dann geflagt und unter an Paragraphen so reiches Gesechsch hat so manche Schlinge, in der dann, auch wenn er alles beweisen kann, der Redakteur hängen bleibt.

Börnig. Herr Pastor Möhne von hier scheint unsern Verband besonders in sein Herz geschlossen zu haben. So wird uns mitgeteilt, daß er auf die Hauswirte einzuwirken versucht, daß diese den „bösen“ Arbeiterkinder die Wohnungen kündigen sollten. Sein Wunsch soll auch schon öfters erfüllt worden sein. „Christliche Nächstenliebe“. Auch Herr Kaplan Kilias trage sein Teil bei, um die Arbeiterfrauen gegen den Verband scharf zu machen. Diesen Herrn kann man es ja nicht verdenken, ist er doch noch jung und ein altes Sprichwort spricht sich über die Jugend gerade nicht sehr lobenswert aus. Vielleicht nehmen sich die beiden Herren Mark Zmanns Worte zu Herzen und denken am 1. April darüber nach, was sie die anderen 364 Tage im Jahre gewesen sind. Unsern Verband werden sie nicht kaputt bringen, an der Verbandsstützung haben sich schon ganz andere „Geisteskranken“ versucht.

Zindenhoff. Unsere Zahlstellenversammlungen müssen besser besucht werden wie bisher. Es ist nichts damit getan, sich dabei in die Stube zu setzen und über die schlechten Zeiten zu schimpfen. In den Versammlungen, im Kreise der Kameraden, muß man seine Meinung austauschen, beraten, was es besser werden kann. Sontentlich wird am 21. Oktober unsere Zahlstellenversammlung überflüssig.

Ober-Marzloch. Gegen unsern Vertrauensmann Grodzikowski werden von unseren Gegnern allerhand falsche Gerüchte ausgebreitet; so wird behauptet, daß er überhaupt nicht gemagtregelt sei. Das geht aber doch so ist, beweist, daß die Zeche ihm sechs Schichten Schadenersatz auszahlen soll. Unser Vertrauensmann verdient sich hierzu jetzt kein Wort mit Zeitungstragen, und ist das Gerücht, daß er Sozialbeamter sei, ebenfalls nicht richtig. Lassen wir uns von aufgestellten falschen Behauptungen nicht auseinanderbringen; sondern arbeite ein jeder sein Teil mit, daß unser Verband stärker werde und wir, kraft dessen uns bessere Verhältnisse erringen.

Rotthausen. Am 15. September frugen Kameraden das „christliche“ Auschußmitglied B a h e r, ob er wieder eine Ueberricht verfahren wolle. Derselbe hatte am 11. und 14. schon eine Ueberricht gemacht, hatte also schon acht Schichten für die Woche. Das Auschußmitglied antwortete: „Gerüst komme ich heute Abend. Ich will die soziale Frage lösen. Also so lösen Auschußmitglieder des „christlichen“ Gewerkschaftsvereins die soziale Frage, indem sie neun Schichten in einer Woche versahen! Auch nicht schlecht!

Steele. Die die Harmonie zwischen Arbeiter und Unternehmertum erzeugt wird, zeigt folgender Fall. Auf Zeche Johann Delmeisberg prangt am 24. September auf jeder Sohle am Anschlag ein Wisp, worin die Arbeiter aufgefordert wurden, ihre Groschen zur Beschaffung eines Gesichts für den Herrn Verwalter Rappenberg der genannten Zeche, welcher in kurzem sein 50jähriges Dienstjubiläum feiert, beizutragen. Unterzeichnet war das Bings von der „provisorischen Kommission“. Tatsächlich folgte dann dieser Aufruf am 25. September, mittags, eine Kollekte an der Markentube. Man begnügte sich aber nicht damit, einen Keller oder eine Kasse hinzustellen, nein, der Mann — die „christlichen“ Gewerkschaften Franz Meyer, Louis Würder, Karl Prätling und Hermann Vogt — die den Ueberwachungsdiens besorgten, suchten auch recht fleißig jedes Gebets Markennummer, um, wie es scheint, zu verhindern, daß irgend einer sich drücken konnte. Abgegeben davon, daß das Abhalten einer Kollekte der behördlichen Genehmigung bedarf, — eine solche Beutelei ist einfach ein Skandal. Wie erinnern uns da einer Begebenheit, die schon Jahre zurückliegt. Es handelte sich um den früheren Fördereinsammler König von Johann Delmeisberg. Dieser war, als er 25 Jahre der Gewerkschaft treu gedient hatte, um ein Geschenk vorstellig geworden; er begehrte sein Verlangen damit, daß er sagte: Auf anderen Gruben bekommen auch alle Arbeiter, die 25 Jahre auf derselben ununterbrochen beschäftigt sind, irgend ein Anerkennungszeichen. Doch der Gutgläubige hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Man sagte ihm: „Sehen Sie, es ist ja sehr schön, daß Sie 25 Jahre bei uns beschäftigt sind, wozu wir Ihnen übrigens gratulieren, aber daß wir Sie beschenken sollen, dafür liegt kein Grund vor. Sie haben doch immer Ihren Lohn bekommen und das genügt doch. (Wir stehen auch auf dem Standpunkt, ein Arbeiter soll sich nicht vom Unternehmer beschenken lassen, sondern auf Grund seines guten Rechts verlangen, was ihm an den Naturgütern zusteht. D. W.) Weiter bedeutete man dem Arbeiter: „Aber wenn Sie dochmal 25 Jahre in „unseren Diensten“ sind, dann wollen wir sehen, was sich „machen“ läßt.“ Der alte Proletarier hat aber die verlangten 25 Jahre nicht mehr voll gemacht, man fand ihn eines morgens, nachdem er 80 Jahre alt Johann Delmeisberg geschuldet, am Steuer der Fördereinsammler tot auf. Der Schlag hatte seinen Raum nach der Erreichung des goldenen Dienstjubiläums bereitet.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Selbst-Grahlwert. In kurzer Zeit gelang es uns hier eine starke Zahlstelle zu gründen. Jetzt heißt es aber auch, weiter zu arbeiten, ein jeder muß mithelfen, die Zahlstelle weiter auszubauen, schon sind wir an Stärke im hiesigen Revier den Christlichen weit überlegen, wenn jeder seine Schuldbüchse tut und den Vertrauensmann bei der Agitation unterstützt, gehen bald alle Kameraden unserem Verbände an. Die Arbeitslöhne und Grubenverhältnisse sind hier mangelhaft schlecht genug. Dank den Mehrheitsparteien hat man die Lebensmittelpreise zu einer kaum noch erträglichen Höhe gebracht. Sollen wir da ruhig zusehen? Nur einer Organisation, die es mit den Arbeitern ehrlich meint, können wir angehören, nur eine solche kann uns helfen bessere Zustände herbeizuführen. Deshalb voran, ein jeder sei ein Agitator! Besonders müssen wir darauf sehen, neu ansagende Kameraden dem Verbände zuzuführen, wir können keine Mitkameraden brauchen, die nicht mit uns nach Besserung der Arbeiterlage streben. Helft mit die Gleichgültigen aufzuwecken, werbt neue Mitglieder, nur durch Stärkung des Verbandes werden wir soweit kommen, auch hier bessere Verhältnisse zu schaffen.

Hannover, Braunschweig, Gessen-Lippe.

Fallersleben. Am Sonntag, den 23. September sollte hier im Hotel Freese eine öffentliche Bergarbeiterversammlung stattfinden, in der Kamerad W ä r t n e r aus Hannover sprechen sollte. In letzter Stunde jedoch zog der Wirt sein Dotal zurück, wie er uns sagte, infolge Druckes der Grubenverwaltung, so daß die Versammlung nicht stattfinden konnte. Derartige Praktiken sind wir ja schon gewöhnt und lohnte es sich garnicht, erst darüber zu schreiben, wenn nicht das Wifflorner Kreisblatt, die „Allerzeitung“, der Öffentlichkeit folgendermaßen ausfinden wollte. Sie schreibt unter dem 25. September:

„mh. Fallersleben. Ein sozialdemokratisches Plakato. Ein auf der Reise nach dem Mannheimer Parteitage befindlicher sozialdemokratischer Agitator unterbrach seine Reise, um hier in Fallersleben vorgestern abend eine Arbeiterversammlung zu berufen und die hiesigen Arbeiter zur Gründung eines sozialdemokratischen Vereins zu bewegen. Die Versammlung im Freese'schen Saale war äußerst zahlreich und vielversprechend besetzt und hörten die Arbeiter mit Interesse den Herzergüssen des sozialdemokratischen Redners zu, der sie zu überzeugen suchte, daß sie von ihren Brüdern bedrückt und ausgegessen würden und nur durch Anschlag an den großen sozialdemokratischen Verein eine Besserung ihrer Lage erfahren könnten. Die Arbeiter aber lachten ihn aus und antworteten ihm, daß sie mit ihrer Lage und ihren Löhnen ganz zufrieden seien und von Bedrückung nichts verspürten.“

So das Kreisblattchen. Die Fallersleben Arbeiter werden über diesen Varen herzlich gelacht haben. Wir wollen der Allertante die Wahrheit sagen. Sie weiß doch, daß in Mannheim zum Parteitag anfänglich das Lokal zu klein war und ist dieser Parteitagsmensch nach Fallersleben gekommen, um das Rathaus dafür zu requirieren und gleich dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat über Fallersleben zu proklamieren. Für diesmal ist ja das noch nicht gelungen, aber das nächste Mal wird bestimmt und bestimmt auch das Kreisblatt eine sozialdemokratische Zeitung. — Die Versammlung konnte also nicht stattfinden, die Vergarbeiter und der Referent wurden abgestellt. Da aber die Uebestellung den Kameraden Gärtner nicht mehr erreichte, fuhr er doch hin und traf einige Vergarbeiter dort an. Ein Hüner Bü h n e m a u n erging sich dann ganz allfällig in Beschimpfungen gegen den Verband und meinte allerdings allen Ernstes, die dortigen Arbeiter brauchten keinen Verband, in Fallersleben hätten die Arbeiter alles was sie brauchen. Nun, am Wirtlich war ja nicht der Ort, dem eifrigen Manne die Wahrheit zu sagen, aber hier sagen wir es ihm: Der Mann hat einen Aufseherposten verdient. Wozu sich die Steiger schämen, das hat dieser Hüner Bü h n e m a u n. Dieser Hünermann, der früher wie kein anderer auf Werk geschimpft hat, ist heute zufrieden und des Lobes voll. Warum wohl? Wir aber sagen ihm, daß trotz solcher Schamlosigkeit und aller Unterdrückung auch in Fallersleben die Organisation ihren Gang gehen wird, weil sie im Interesse der gesamten Arbeiterchaft auch in Fallersleben nötig ist.

Gannover. Wohl haben die hiesigen Vergarbeiter auch das gesellschaftliche Vereins- und Versammlungsrecht, aber trotz aller Mühe ist es uns im ganzen Bezirk nicht möglich, einen Saal zu einer Versammlung zu bekommen. Immer sagen uns die Wirte beim Anfragen: Recht gern möchten wir sie, aber sie dürfen nicht wegen der Behörde. Und wenn es wirklich ein Wirt einmal riskiert, so sieht man nachher so oft den Gendarmen hinhängen, bis der Wirt uns dann schreibt, er könne es nicht mehr tun, so leid es ihm tue. Daß die Wirte dies aus eigenem Willen tun und ihr Geschäft schädigen, ist gar nicht anzunehmen. Wenn wir auch nicht bestimmt sagen können, daß die Behörden die Wirte dazu veranlassen oder zwingen, so ist uns der vielseitige Hinweis auf die Behörden doch auch ein Beweis, daß sie nicht untätig sind. So hat man uns in letzter Zeit schon drei Versammlungen zu nichte gemacht und bei jeder harnlosigen Besprechung regnet es Anzeigen und Strafmandate. So unterbindet man den Arbeitern das Vereins- und Versammlungsrecht, so hindert man die Arbeiter, sich um allgemeine wichtige Fragen zu kümmern und die Tätigkeit der Behörden trägt dazu bei, daß die Unzufriedenheit unter den Arbeitern immer größer wird. Wir fragen die Behörde, ob sie diese Unzufriedenheit noch mehr steigern will und ob sie durch diese Unzufriedenheit Katastrophen herbeiführen will? Den Kameraden aller Orten rufen wir zu, laßt euch das Versammlungsrecht nicht rauben, fragt überall die Wirte um ihre lokale und wenn sie diese zu Versammlungen nicht hergeben wollen, so müßt ihr eben schärfere Seiten aufgezogen werden. Der Hinweis der Wirte auf die Behörden geht uns nichts an. Freige Memmen von Wirten, die sich vor der Polizei fürchten, mögen es mit dieser ausmachen. Es ist bedauerlich, daß in einem Kulturstaat die Arbeiter sich das gesellschaftliche Recht erst erkämpfen müssen.

Ostwald (Kreis Hameln). Recht erbauliche Wohnverhältnisse erglückten auf dem hiesigen Steinbohlenwerk der Arbeiterchaft für

Glasiindustrie, vormalig Fr. Siemens in Dresden. Nach einem umfänglichen Bericht erstatten dort die kaum glaublichen Durchschnittslöhne für Dauer von 3,18—3,25 Mark, für Lehrhauer 2,85—3,00 Mark und für Schichtführer und Tagelöhner 1,80—2,00 Mark pro Schicht. Wie die Arbeiter mit solchen Löhnen leben, das ist eine Frage, die sich stellen lässt, und dabei noch ihre Steuern, Miete und sonstigen Ausgaben betrachten können, ist einfach ein Rätsel. Gerade jetzt, wo die feste Unternehmerpresse die Besenständigkeit mit gestiegenen Bergarbeiterlöhnen beklagt und damit die Friedensliebe der Werksbesitzer dokumentieren will, ist es an der Zeit, an diesem Beispiele zu zeigen, wie es mit dem warmen Herzen und der Friedensliebe der Werksbesitzer aussieht. Dort wo die Löhne bessere sind, ist auch eine mehr oder weniger starke Organisation vorhanden, und sind darauf die Lohnerhöhungen zurückzuführen. Hier aber haben bis jetzt die Arbeiter noch nie an Organisation gedacht, haben bisher ihre Interessen in die Hand der warmherzigen Millionensinn gelegt und die Folge davon ist, daß trotz Verteuerung der Lebensmittel, trotz gesteigerter Steuern und aller Lebensbedürfnisse doch warmherziges Unternehmertum die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung nach nicht entdeckt hat, sondern sich nicht schämt, die elendesten Löhne zu bezahlen. Diese Tatsache dokumentiert auch die Friedensliebe der Werksbesitzer. Diesen Löhnen entsprechend ermäßig sind auch die sonstigen Grubenverhältnisse. Aborkübel kennt man hier nicht, die Notdürft wird in den Strecken im Wasser verrichtet. Brausen sind wohl sechs Stück vorhanden, aber die Wasserkante ist derartig beschaffen, daß es die Belegschaft vorzieht, schmutzig nach Hause zu gehen, um sich nicht eine zwölfstündige Schicht durch das Wasser aufzuladen und sich dabei noch ein rheumatisches Leiden zu holen. Die Leutestube enthält keinen Tisch für die Arbeiter. Kurz, wir empfehlen der lgl. Bergbehörde diesen Musterbetrieb zur geeigneten Besichtigung, sie scheint lange nicht dagewesen zu sein. Aber Vorsicht bitten wir zu beobachten vor Zühlen. Zu Liebesdiensten wurden die Arbeiter durch ganz horrenden Strafen einfach gezwungen. Diese Zustände zwingen die Kameraden zum Nachdenken über ihre Lage und sie kamen zu einer Besprechung zusammen. Daunter witterte man aber gleich die Spzra der Revolution und brachte auch den Gedank an die Weine. Nun, seine Mühe ist vergebens. Aber neugierig wie ja hunne Leute immer sind, krägt mancher nun die Arbeiter, es sei doch ein Engagierter aus Hannover dagewesen, was der eigentlich gemollt habe. Auch der Steiger unterteilt sich mit einem Arbeiter über Fremdbörser, die die Organisation bezeichnen sollten, da sie aber augenblicklich beide nichts davon verstanden, konnten sie auch nicht einig werden. Der Steiger sprach immer von einem Engagierten und der Arbeiter verstand darunter einen Kafferten, und rasierte sie er sich selbst, da brauche er keinen Fremden dazu. Nun, der Steiger scheint rein überflüssig auf dem Werke zu sein, denn sonst würde er sich lieber um die Grube kümmern. Den Kameraden in Osterwald aber rufen wir zu: Wollt ihr euer Arbeitsverhältnis, euer Los verbessern, dann hinet in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Galtet darin treu und tapfer zusammen, dann wird eure Arbeit auch Früchte tragen. Gewiß müßt ihr dann Beiträge zahlen, aber dafür erwerbt ihr die Rechte, die auch in Notfällen und im Kampf um Verbesserung eurer Lage den nötigen Rückhalt bieten.

Provinz Sachsen, Brandenburg, Thüringen.

Freiburg. Hier und in der Umgegend macht sich in mehreren Branchen eine recht lebhaft gewerkschaftsbewegung bemerkbar. Vor Jahresfrist war dies auch bei den Bergarbeitern der Fall. Wie sieht dies aber heute bei ihnen aus? Es ist eine große Interesselosigkeit eingetreten. Trotzdem hören die Klagen über schlechte Löhne, schlechte Behandlung und große Mißstände nicht auf. Im Wubendorfer Kohlenwerke z. B. sollen den Aborkübeln unter Tage derart Gase entströmen, daß es nicht zum Aushalten ist. Das Einstiegen in den Tiefbau soll berat gesehen, daß man auf dem Hintern hinuntertauchen muß. Die Leutestube dieses Wertes ist viel zu klein. All diese Klagen werden nicht eher verschwinden bis nicht Mann für Mann in den Bergarbeiterverband eingetreten ist. Es ist nicht eines jeden Arbeiters, der schon organisiert ist, all die Gleichgültigen aufzurütteln und aufzuklären, damit sie eintreten in den Verband; denn nur eine feste Organisation kann unsere Lage verbessern. Kameraden, vor allen Dingen läßt die Vergamansfrage auf. Lieberzeit sie von den Klagen und dem Wert der Organisation. Sagt ihnen, daß sich der organisierte Kamerad vor Gefahren des Lebens und der Gesundheit zu schützen sucht; daß er kürzere Arbeitszeit will, um sich seiner Familie mehr widmen zu können. Wie angenehm würde es der Frau sein, wenn der Bergmann gereinigt nach seinem Heim zurückkehren könnte. Die Wohnungen der Kameraden sind vielfach so eng und klein, daß es unmöglich ist, sich ungentert vor den Kindern zu reinigen. Es gibt auch hier Wohnungen, die eher einer Rüberhöhle als einer menschlichen Wohnung gleichen. All diese Verhältnisse müssen einem jeden zu denken geben. Es gibt nur ein Mittel Abhilfe zu schaffen, und das ist eine feste Organisation. Darum, Brüder und Kameraden, die ihr der Organisation noch fernsteht, melbet euch an zukünftiger Stelle. Schweren Zeiten und Kämpfen gehen wir entgegen. Deshalb, hinet in den Verband!

Lübtheen (Medienburg-Schwerin). In der Unternehmerpresse finden wir recht oft das hohe Lob von den glünstigen Aussichten, die sich der Metallindustrie in hiesiger Gegend bieten. Für die Arbeiter hingegen scheinen die Aussichten recht unerschöpflich zu werden. Von den beiden hier vorhandenen Metallwerken wird uns berichtet, daß sich hier in punkto Verdienst, Lohnzahlung, Mißstände aller Art, alles vereinigt, um dem Arbeiter das Wohlfinden auf diesen Werken zu verleiden. So hat man auf dem Wert Friedrich Franz den Schlepper den verdienten Lohn nicht ausbezahlt, so daß diese mit Nichtanfahen drohten, worauf sie auf den nächsten Lohnstag vertrieben wurden. Ob man Wort halten wird? Oder glaubt man bei den Grubenverwaltungen auch schon, in Medienburg könne man mit den Arbeitern machen, was man wolle? Auf der chemischen Fabrik in Jeknis geht man ganz dementsprechend vor; die Löhne werden dort einfach ohne Kenntnis der Arbeiter reduziert. Im Monat Juli sind mehr Abfingen gemacht worden als im Juni, aber der Lohn war niedriger. Also höhere Leistungen und niedrigere Löhne scheint für die Verwaltung das Ziel zu sein, selbstverständlich nur für die Arbeiter. Als sich die Kameraden über den niedrigen Lohn beschwerten, da meinte der Meister: „Es kommt noch eine andere Zeit, es bleibt noch nicht so, wir (das Werk) fragen gar nichts danach, wenn die Leute abgehen, denn es kostet nur eine Karte, da kommen Leute genug“ ufm. Und zum Beweise, daß er auf dem hohen Pferde sitzt, spricht er von ein paar verflochtenen Schächten. Der Mann glaubt wohl, weil er sich in dem Lande mit dem Dajsenkopf befindet, müße man ihm alles glauben? Mit dem Ueberfluß von Leuten sieht es denn doch anders aus. Infolge der miserablen Verhältnisse sind die Werke zum Laubenschlag geworden. Nur ein paar Tage machen die fremden Arbeiter mit und schütteln dann bald den Medienburger Staub wieder ab. Auch den Wabenanfällen müssen wir ein paar Worte widmen. Neben einigen Brausen noch einige Waschnäpfe, vor denen sich jeder entsetzt, falls er noch Mensch ist. Sie leben vor Dreck im buchstäblichen Sinne. Das nennt man hier die so berühmte Wabenanstalt. Dazu noch nicht einmal Einrichtungen, daß Jugendliche und Ermannens sich getrennt haben können. Nun, aus den Worten des Meisters erfleht man ja zur Genüge, mit welcher Achtung der Arbeiter hier behandelt wird. Ob es aber die Arbeiter besser haben wollen? Sind nach ohigem die Aussichten für die Arbeiter recht tröstlich, so sind es die Einsichten bei den Arbeitern nicht minder. Einige Versammlungen haben uns schon gezeigt, daß der hiesige Bergarbeiter noch im Schlaf der Gleichgültigkeit liegt. Für die Zukunft haben die Worte des Steigers immerhin einigen Wert. Will man diese Verschlechterungen vermeiden und soll es besser werden, Kameraden, so schafft auch eine Organisation auf den Werken und das ist für euch der Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

Senftenberg II. Am 4. Oktober fand in der Logimühle Hüttenhof eine öffentliche Bergarbeiterversammlung statt. Die Kameraden Weickert vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands sowie Kamerad Wegel von der polnischen Berufsvereinigung referierten über das Thema: Die wirtschaftliche Lage der Braunkohlen-Bergarbeiter und wie stellen wir uns zu einer Lohnbewegung. Die beiden Referenten bewiesen zahlenmäßig, wie groß die Ausbeutung der hiesigen Berg- und Fabrikarbeiter durch das Unternehmertum ist, und es wurde am Schluß der Versammlung von den Versammlungsanwesenden folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten voll und ganz einverstanden. Die Versammlung erklärt weiter: Angesichts der immer mehr steigenden Lebensmittel- und Mietpreise sowie der immer größer werdenden Hindernisse, die sich den Bergarbeitern bei Erreichung besserer Löhne- und Arbeitsbedingungen entgegenstellen, angeht es des zum Kampfe gegen die Arbeiter einseitlich organisierten Unternehmertums ist eine alle Bergarbeiter umfassende und auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisation unerlässlich. Um dies zu erreichen, muß ein jeder Bergarbeiter nach Möglichkeit mit dazu beitragen. Weiter fordert die Versammlung, daß die Bergarbeiterverbände für sämtliche deutsche Berg-

arbeiter durch die Siebenerkommission eine Lohnerhöhung dem Steigen der Preise für die notwendigen Lebensmittel entsprechend bei den Unternehmern beantragen. Auch wird die Beteiligung von Liebesdiensten und Sperren sowie Verlängerung der Arbeitszeit gefordert. Am Schluß der Versammlung wurden die Kameraden aufgefordert, sich zu organisieren, denn nur eine starke Organisation könne bessere Verhältnisse schaffen.

Königreich Sachsen.

Chemnitz (Bezirk Leipzig). Wenige Wochen besteht die hiesige Zahlstelle erst und doch sind schon ein großer Teil der hiesigen Bergarbeiter Mitglieder unseres Verbandes. Ein Beweis, daß es stets ratsam ist, wo zehn Kameraden sich zusammenschließen zur Organisation, eine Mitgliederzahl zu gründen. Sofort tritt ein regeres Leben ein, besonders wenn innerhalb dieser wenigen Kameraden die Einigkeit gepflegt wird. In der agitatorischen Tätigkeit unseres hiesigen Vertrauensmannes könnte sich mancher Kamerad ein Beispiel nehmen, um seine Zahlstelle an Mitgliederzahl hochzubringen; natürlich zu Hause darf man nicht hocken, sonst geht es rückwärts statt vorwärts. Ein jeder Vertrauensmann muß bestrebt sein, am Jahreschlusse berichtet zu können, wir haben gut gearbeitet, wir sind so und so viel Kämpfer mehr geworden. Auch die Chemfelder Kameraden haben noch ein großes Arbeitsfeld vor sich und mögen diese Felten dazu beitragen, die Kameraden allerorts im Revier noch mehr für unsere gerechte Sache anzusprechen. Vor allen Dingen, Kameraden, besucht jährlich eure Monatsversammlungen, nur dadurch können wir die Organisation stärken. Hierzu bekommen wir überall Lokale, hier bedarf es keiner polizeilichen Anmeldung. Kameraden, es geht schon, nur guten Willen gezeigt und wir kommen vorwärts. Die Vertrauensmänner brauchen nur die Zeitung gut durchzulesen, dann wird es niemals an Material mangeln, um die Steuerfrage auszufüllen. Die Mißstände auf den Braunkohlengruben müssen auch in unseren Mitgliederversammlungen besprochen und für deren Beseitigung ganz energisch eingetreten werden. Auf Wunsch der Chemfelder Kameraden findet die Mitgliederversammlung von jetzt ab jeden Sonnabend vor dem 15. des Monats, abends 8 Uhr, im bekannten Lokale statt. Kameraden, allerorts auf zur Agitation.

Großsch (Bez. Leipzig). Schon längere Zeit war es Wunsch der hiesigen Einzelmitglieder, eine eigene Mitgliederzahl zu gründen, zumal noch ein Teil Bergarbeiter hier zu organisieren ist und in nächster Zeit die Berthagrube wieder in Betrieb kommen soll. Kamerad Wolf vom Ort bestehenden Ortsverwaltung den Kameraden vor Augen. Denn nur durch einiges, geschlossenes Handeln können die uns hier noch fernstehenden gewonnen werden. Zur Ortsverwaltung wurden gewählt die Kameraden K. S., M. G., S. U. und S. V. Die Monatsversammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat nach um 8 Uhr statt. Verbandslokal Ultes Schloßhaus Großsch. Kameraden nun vorwärts, agitiere ein jeder kräftig mit für unseren Verband, für unsere gerechte Sache. Der Arbeit zum Ruh, dem Kapital zum Trub.

Markranstädt. Den hiesigen Kameraden zur Kenntnis, daß Kollege Alfred Hebel, Krauauerstraße 44 die Zahlstellenleitung übernommen hat. Aufgabe der Ortsverwaltung ist es nun, die nach dem Streik gestiftete Organisation weiter auszubauen und den Herren Beamten insbesondere Herrn Direktor Hoffmann zu zeigen, daß auch Maßregelungen einzelner Kameraden es nicht vermögen, unsere Bewegung aufzuhalten. Von jetzt ab, findet regelmäßig jeden ersten Sonntag im Monat Nachmittags 8 Uhr in der Parkstraße unsere Monatsversammlung statt. Alle Kameraden müssen pünktlich erscheinen. Die heutige Zeit bietet Stoff genug zum Verhandeln. Deshalb vorwärts im Leipziger Braunkohlrevier. Es muß mit an der Spitze stehen, wenn es gilt, das Los der Arbeiterschaft zu verbessern.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Oberwaldenburg. Aufhang auf den Fürst Liebig'schen Gruben. Anlässlich der auffallend ruhigen Agitationsstätigkeit innerhalb der Sozialdemokratie fühlen wir uns veranlaßt, alle nichtsozialdemokratische Denkenden auf das Handbuch für nichtsozialdemokratische Wähler hinzuweisen. Das Handbuch für nichtsozialdemokratische Wähler ist unter Mitwirkung von Männern aller bürgerlichen Parteien verfaßt worden, es ist eine wertvolle, wirksame Waffe gegen die Feinde, gegen die verblendenden Vorprägungen und großartigen Versprechungen der Sozialdemokratie, welche ja naturgemäß nur in ein „Nichts“ zusammenfallen können. Da nun aber das Buch ziemlich umfangreich ist (es ist bereits 200 Seiten stark), war der Verleger denselben (Geschäftsstelle) des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie genötigt, den Preis auf 1,50 Mk. pro Stück festzusetzen. Im aber den weniger günstig Bemittelten die Zulegung dieses Handbuchs möglich zu machen, hat sich der Vorstand des Reichsverbandes entschlossen, Listen anfertigen zu lassen und alle diejenigen, welche sich durch Einschreiben in diese Listen zum Kauf eines oder mehrerer Exemplare verpflichten, denselben das Handbuch zum Vorzugspreise von 1 Mk. abzugeben. Auf Wunsch ist auch monatliche Abzahlung von 10 Pf. gestattet. Jeder nicht sozialdemokratisch Denkende sollte sich, wenn es seine wirtschaftlichen Verhältnisse gestatten, bald spätetens jedoch bis zum 10. Oktober d. J. in die in den Händen des Vertrauensmannes Ossig befindliche Liste einschreiben. Auch nicht schlecht! Es klingt wie Ironie, dieser Aushang; statt den Arbeitern eine Lohnerhöhung zu bewilligen, möchte man sie dazu bewegen, noch 1 Mk. für den Reichsverband abzuladen. Die Herren halten die Arbeiter denn doch für dünner, als die Polizei erlaubt. Möge die Liebig'sche Verwaltung die Reichsverbandsscharteien aufgeben und zur Zeit einer Kohlennot ihre Kessel damit heizen, oder sie zu handlichen Zwecken in einem gewissen Häuschen niederlegen, das wäre die beste Verwendung.

Lohnbewegungen und Streiks.

Den Wortlaut der Eingabe an die Werksbesitzer bringen wir nachstehend zur Kenntnis der Kameraden:
 Bochum, den 10. Oktober 1906.
 Die ergebenst Unterzeichneten sehen sich veranlaßt, beifolgende Forderungen der in Kohlengruben und allen Nebenanlagen beschäftigten Arbeiter dem üblichen Verein für die bergbaulichen Interessen mit der Bitte zu überreichen, diesen Forderungen möglichst gerecht zu werden und uns bis zum 25. d. M. Nachricht über Ihre Entscheidung zukommen zu lassen.
 In der Hoffnung, daß Sie angesichts der für die Werksbesitzer günstigen Konjunktur geneigt sind, diese berechtigten Ansprüche der Arbeiter zu erfüllen, um den Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeiter aufrecht zu erhalten,
 zeichnen wir größter Hochachtung
Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands S. S. S. S., Vorsitzender.
Der Vorstand des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter Deutschlands.
 G. Köster, Vorsitzender.
Der Vorstand der polnischen Berufsvereinigung
 A. Sosinski, Vorsitzender.
Verein zur gegenseitigen Hilfe, Deuthen O.-Schl.
 K. Kolit, Vorsitzender.
Der Vorstand des Gewerkschafts der Bergarbeiter Deutschlands S.-Dunder
 B. S. amacher, Vorsitzender.
 NB. Die Antwort bitten wir an Herrn B. S. amacher, Oberhausen (Mtbl.), Mühlheimerstraße 132, zu adressieren.
 Die Obigen.

Die Forderungen gehen dahin, daß
 a) die Löhne aller unter und über Tage auf den zugehörigen Werken und Nebenanlagen beschäftigten Arbeiter durchschnittlich um mindestens 15 Prozent höher gestellt werden als sie in den letzten drei Monaten laufenden Jahres gestanden haben und daß die Löhne im Gebirge eine bessere Regelung infolgedessen erfahren, daß nach der erfolgten 15-prozentigen Lohnerhöhung nicht mehr so tief unter dem Durchschnitt stehende Löhne vorkommen als bisher;
 b) die vielfach bestehende Sperre zwischen den betreffenden Werken, beziehungsweise Revieren, aufgehoben wird, damit auch für die im Bergbau tätigen Arbeiter die durch die Sperrsysteme entzogene volle Freizügigkeit endlich wieder hergestellt und garantiert wird.
 Aus Obigem geht hervor, daß diese Forderungen sehr maßig sind und sich auf einer Basis bewegen, auf welcher sie die Herren

Werksbesitzer, angesichts der anerkannt guten Konjunktur, bei nur einigermaßen gutem Willen erfüllen können.

Daß die heutigen Löhne bei den vielfach gesteigerten Mieten und Steuern, namentlich bei den ungeheuren hohen Lebensmittelpreisen nicht ausreißend sind, hat doch selbst die „Deutsche Bergarbeiterzeitung“ unterm 9. September und auch andere den Werksbesitzern nahelebende Zeitungen anerkannt.
 Daß auch das Übermäßig flotierende, so gesundheitsgefährliche Liebesdienstwesen meist aus den so unzureichenden Löhnen resultiert und der baldigsten Abhilfe bedarf, wird wohl kaum mit Recht bestritten werden können. Und daß die Löhne ohne Gefahr für die Besitzer entsprechend erhöht werden können, zeigen die fast durchgängig höheren, ja meist glänzenden Liebesdienste im Bergbau.
 Ebenso ist es auch unbestreitbar, daß die Arbeiter durch die vielfach ausgelübten Sperrsysteme sich nicht nur stark geschädigt, sondern auch als Staatsbürger zweiter Klasse herabgedrückt fühlen, sodas dieser Zustand für die Arbeiter unerträglich ist.
 Aus all diesen kurz angeführten Gründen erhoffen wir ein entsprechendes Eingekommen, um im beiderseitigen Interesse auf ruhigen und friedlichem Wege zu einer Verständigung gelangen zu können.

In dieser Form ist die Eingabe an die Grubenvertreter im Ruhrgebiet, Saargebiet, Wurmrevier und in Oberschlesien abgegeben.
 Die Eingabe an die Grubenbesitzer im Königreich Sachsen enthält folgende Sonderforderung:

„Das getrennte Gebirge besetzt und die Schichtzeit streng eingehalten wird, wie sie nach dem Streik von 1880 festgesetzt und in die Arbeitsordnung aufgenommen wurde.“
 In der Eingabe an die Braunkohlengrubenbesitzer befindet sich folgende Sonderforderung:
 „Die Schichtzeit für Braunkohlengruben, wo sie bisher acht oder neun Stunden einschließlich der Mittagspause bereits war, über kürzlich erst eingeführt wurde, streng festgehalten und wo sie noch länger als neun Stunden beträgt, auf diese Zeit reduziert wird und das getrennte Gebirge, wo es besteht, beseitigt wird.“
 Auf den bayerischen Gruben besteht kein Sperrsystem, dagegen wird hier verlangt:

„Besondere Bezahlung der Nebenarbeiten, Beseitigung des Sommererlaubs und der Liebesdiensten.“
 Für die niederschlesischen Steinkohlengruben wird speziell verlangt:
 „Die seit mehr als fünf Jahren eingeführte kurze Schichtzeit streng eingehalten ist und die Strafen für Nichterfahren von Lieber- und Nebenarbeiten beseitigt werden; die wöchentlichen Abfahrszahlungen für Dauer um 8 Mk. und für Lehrhauer, Schlepper und Tagelöhner um je 2 Mk. zu erhöhen sind.“

Erfolge der Lohnbewegung

werden schon von verschiedenen Seiten gemeldet. So sind auf Dahlbusch Aufbesserungen von Schichtlöhnen zugestanden worden. Aus dem Gelsenkirchener Revier teilen uns Kameraden mit, bei in der Vorwoche erfolgten Gebirgsbesetzungen seien die Steiger vielfach humaner vorgegangen. Von anderen Seiten wird uns mitgeteilt, dort sei den Kameraden gesagt worden, das Gebirge würde nicht abgebrochen, wenn auch über den bisherigen Durchschnitt verdient werden sollte. Hoffentlich trifft das zu. Die „Mh.-W. Ztg.“ berichtet:

„Herne. Die Zeche Mont Ceis bei Sodingen hat auf ihren Schächten zum Anschlag gebracht, daß vom 1. November ab jeder Schichtführer über und unter Tage 20 Pf. pro Schicht Lohn erhöht haben solle. Den Schichtlöhnen ist in letzter Zeit schon einmal eine Lohnaufbesserung zu teil geworden. Den Kohlen- und Gesteinsbauern ist der Gebirgslohn so gestellt worden, daß mindestens eine Lohnerhöhung von 30 Proz. eintritt.“

Der Anschlag ist gemacht worden, wie uns von Kameraden auf Mont Ceis bestätigt wurde. Wenn diese Zeche die Gebirge so verbessert, daß die Arbeiter um 30 Proz. mehr verdienen, dann ist die Durchführung der 15 Proz. Lohnerhöhung wohl möglich. Jedenfalls steht fest: ohne Erfolg für die Arbeiter bleibt die Lohnbewegung nicht, und damit ist das Vorgehen des Verbandes gerechtfertigt.

Die sonntäglichen Versammlungen

sind, soweit uns aus dem Ruhrgebiet Meldungen vorliegen, durchweg sehr gut besucht gewesen, ein großer Teil war überfüllt. Z. B. in Sodingen waren nahezu 1500 Personen versammelt, in Oberhausen fast 1000, in Baukau zirka 500, in Bruchhausen zirka 2000 (die Polizei sperrte den Saal wegen Ueberfüllung ab, viele hunderte Kameraden standen auf der Straße). In allen unseren Versammlungen, es fanden 105 statt, wurde die Resolution der Organisationsleitung einstimmig angenommen, worin Einverständnis mit der Lohnbewegung ausgesprochen und strenge Disziplin gelobt wird. Der Aufforderung, sich dem Verbands anzuschließen, kamen zahlreiche Kameraden nach; in den großen Versammlungen erklärten hunderte ihren Beitritt zum Verbands. Bravo! Nur durch strenge Organisation können wir zu Erfolgen!

Die Antwort der Werksbesitzer

steht noch aus. Dem Adressaten der Organisationsvertreter, Kamerad S. amacher, ist vom Bergbaulichen Verein des Ruhrgebietes der Einlaß der Lohneingabe bestätigt worden mit dem Bemerkten, der Verein werde dazu Stellung nehmen. Die Sitzung der Werksbesitzer soll am 15. Oktober stattfinden, doch wird diese Nachricht von einer andern Seite widerrufen. Von den Besondereinrichtungen außerhalb des Ruhrgebietes sind bisher noch keine Nachrichten gekommen. — Alle Meldungen der Sensationspresse über Beschüsse der ausländischen Bergarbeiterorganisationen hinsichtlich der deutschen Lohnbewegung beruhen auf Vermutung, werden verbreitet um „Fühler“ auszustrecken. Wenn wichtige Beschüsse der ausländischen Kameraden zur Lohnbewegung in Deutschland gefaßt sind, werden wir sie unseren Kameraden in geeigneter Weise zur Kenntnis bringen.

Ein Sieg der Solidarität.

Auf drei Gruben der Sächsisch-Thüringischen Aktiengesellschaft (Braunkohlen) wurden in der Vorwoche die Vertrauensleute der organisierten Belegschaftsmitglieder gemafregelt. Sofort erklärten sich die Belegschaften mit den Entlassenen solidarisch und stellten die Arbeit ein. Die Grubenverwaltung nahm darauf die Entlassenen zurück, worauf der Ausstand beendet war. Nur durch Einigkeit gutes Werk gedeiht.

Aus Niederschlesien

erhalten wir ein Telegramm, monach am Sonntag die Kameraden sich in fünf großen Versammlungen mit der gestellten Lohnforderung einverstanden erklärten und gegen die jetzigen niedrigen Löhne protestierten.

Witten. Die am 14. September abgehaltene Versammlung nahm folgende Resolution außer der allgemeinen an:
 „Die heutige Belegschaftsversammlung der Zeche Franziska-Liesbau bebauert das voreilige Vorgehen der Schlepper und Pfortentreiber genannter Zeche. In anbetragt, daß die verschiedenen Bergarbeiterorganisationen eine gemeinschaftliche Lohnforderung gestellt haben, muß jede Eigenbröckerei unterbleiben. Denn nur, wenn die gesamte Bergarbeiterchaft hinter den Führern der Organisationen stehen, kann etwas Ersprießliches für sämtliche Bergarbeiter herauskommen. Versammlung erucht ferner, daß sich die in Frage kommenden jungen Leute der Organisation, dem Verbands, anschließen.“
Zwidauer. Die Bergarbeiterversammlung im Zwidauer Revier war von 1000 Personen besucht, und die Forderungen bezü. die Resolutionen dazu wurden einstimmig angenommen.
Legau. Die Versammlung in Gersdorf-Delesitz, Würschniger Revier war sehr stark besucht. Die Resolution betreffs die Forderungen wurde einstimmig angenommen.

Letzte Nachrichten.

Neues Borussia-Unglück Schacht Despel II.
 Durch Schachtinsturz verunglückten der Steiger Brangenberg und die Hauer Wih. Brenscheid, sowie Friedrich Kulpmann tödtlich, vier andere erhielten leichtere und schwere Verletzungen. Näheres folgt in nächster Nummer.

Verbandsnachrichten.

Achtung! Verbandsmitglieder! Achtung!

Der Knappschaftsvorstand hat in seiner Sitzung vom 9. Oktober die Bildung von folgenden 12 neuen Kreisen beschlossen:

Sprengel-Nr. 110a: Gemeinden Nordbänge, Mittenbänge, Mittenbänge mit den Kolonien der Besse Königsborn III/IV.

Sprengel-Nr. 112a: Stadt Besse nördlich der Steeler Chaussee und südlich der Altkohlstraße, des Altkohlplatzes, der Engelbert- und Zunderstraße, des Altkohlplatzes und der Willendorferstraße.

Sprengel-Nr. 143a: Von der Stadt Essen der Stadtteil Frohnhausen nördlich der Frohnhauserstraße (am Rathaus Essen-West), Wilhelmstraße bis Schellstraße, hier weiter bis zur Verkleinerstraße, dann abwärts bis Altkohlstraße, weiter Postreitweg bis zur Heibener Straße.

Sprengel-Nr. 175a: Von der Gemeinde Voltrop die nachbenannten Bezirke III, IV, V. Gemeinde Nechellen südlich des Weges von Haus Weadert an Randwerth vorbei und dessen Fortsetzung in den herzoglichen Wald hinein.

Sprengel-Nr. 170a: Von dem Umte Vier die Ofenerstraße umgebende Nummern von 25 ab und die Bauerschaft Heege einschließlich Hültebrockshof.

Sprengel-Nr. 210a: Von der Gemeinde Kottbusch die nachbenannten Straßen: Achternberg, Belfort, Ernst, Krayer, Schumann, Geban, Stelmsdorf und Wüthelstraße.

Sprengel-Nr. 233a: Von der Stadt Herne der Alte Markt, die Wochenerstraße von Nr. 1-21 und von 2-20, die Brebde, Garten- und Kirchhoffstraße, der Kirchplatz, die Stallstraße von Nr. 1-15 und von 2-20, die Rosenstraße, die Schamrockstraße bis zum Mühlentbach, der Sobinger- und Steinweg, die Wiescherstraße von Nr. 1-178. Von der Gemeinde Bergen die Fernerstraße.

Sprengel-Nr. 275a: Von der Gemeinde Wanne die nachbenannten Straßen: Anton- und Auguststraße, Waghofstraße bis Nr. 118, Bismarck-, Blücher-, Freisen-, Friedhof-, Garten-, Seinerich-, Hermann-, Ferner-, Kaiser Wilhelm-, Kirch-, König-, Overhoff-, Schornstein-, Schul-, Ulfen-, Verbindungs-, Wackstraße, Molltestraße bis Nr. 81, Aoonstraße, Wilhelmstraße bis Nr. 64, Rietzenstraße.

Sprengel-Nr. 275b: Von der Gemeinde Wanne die nachbenannten Straßen: Altes-, Eisenstraße, Feldstraße von Nr. 83 an, Georg-, Grenz-, Josef-, Körner-, Paul-, I. und II. Querstraße, Schloßstraße, Inseer Freystraße von Nr. 67 an, Finken-, Wald- und Weidenstraße.

Sprengel-Nr. 277a: Von der Gemeinde Hamborn die nachbenannten Straßen: Anna-, Altmeyer-, Bach-, Breite-, Emma-, Götter-, Hoch-, Hütten- und Johannisstraße, Johannismarkt, Katharinen-

Kalle, Krüger, Kullsen, Marien-, Nordstraße von Nr. 1 bis zur Bechenbahn, Peterstraße, Provinzialstraße (Ortschaft Marzloch) gerade Nummern von 74-188, Provinzialstraße (Ortschaft Fahren) gerade Nummern von 2 bis Gemeindegrenze, Schwerin-, Seidlitz-, Sibirienstraße, Wardenstraße bis zur Bechenbahn, Winterfeld-, Bechen- und Rietzenstraße.

Sprengel-Nr. 304a: Stadt Oberhausen westlich der Mülheimerstraße bis zur Köln-Mindener Eisenbahn, südlich der Köln-Mindener Eisenbahn von der Mülheimer- bis zur Grenzstraße und nördlich der Grenzstraße bis zur Mülheimerstraße.

Sprengel-Nr. 300a: Von der Gemeinde Osterfeld der Teil, welcher begrenzt wird durch die Bechenstraße von der Kapellenstraße bis zur Rheinischen Bahn, dieser entlang bis zur Gemeindegrenze, der Kapellen-, Kamp-, Mische- und Hochbuschstraße - von letzterer gehören beide Seiten zu diesem Sprengel - und Wreitestraße.

Die Wahl der Kreise ist auf Sonnabend, den 24. November d. J. festgesetzt.

Außerdem findet am selben Tage eine Neuwahl in folgendem Sprengel statt:

Sprengel-Nr. 214: Gemeinde Horst (Horstermarkt) zwischen dem Schlangengraben und dem Schloßgraben mit Ausnahme der Fischerstraße.

Wir richten hierdurch an unsere Ortsverwaltungen, welche in Frage kommen, das Gesuch, sofort die notwendigen Schritte einzuleiten und die Kandidaten aufzustellen. Frisch auf, ans Werk!

Der Vorstand.

Achtung! Vertrauensleute!

Der heutigen Zeitungsendung liegt die Broschüre: „Die deutsche Sozialgesetzgebung“ bei. Diese Broschüre ist für die Ortsverwaltungen zum Studium bestimmt. In den Zahlstellen wo Bibliotheken bestehen ist sie diesen einzuzureichen.

Wohnungsveränderungen.

Dampfen I. Der Vertrauensmann und Bibliothekar der gemeinsamen Bibliothek der Zahlstellen Dampfen I, II und III wohnt jetzt in Sektion II 88/8 (Gerichte). - **Kamen I.** Die Wohnung des Vertrauensmanns befindet sich jetzt Osterfeldmarkt 51. - **Kattowitz.** Der Vertrauensmann von Kattowitz wohnt jetzt in der Wetzlarstraße 28, Hof, eine Treppe.

Bücher-Revisionen

finden statt vom 24.-27. Oktober in **Despel II**, vom 15.-20. Oktober in **Rauzel**; im Laufe dieses Monats in **Gerlach-Riesberg**. Die Kameraden werden gebeten, ihre Bücher in Bereitschaft zu halten.

Achtung! Verbandsmitglieder des Bezirkes Voltrop-Buer-Clabbed.

Wir machen hierdurch darauf aufmerksam, daß das Rechtschreibbüro in Clabbed von jetzt an Donnerstags und Freitags geschlossen ist. Die Rechtschreib beanspruchenden Kameraden werden ersucht, dies zu beachten, damit vergebliche Wege vermieden werden.

Briefkasten.

Wohum, L. B. Du übermittelst uns folgende Erklärung mit der Bitte um Veröffentlichung: „Erklärung. Ich las am Samstag einen Artikel im „Märkischen Boten“ und einige Wochen vorher in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ und sonstigen Unternehmern. Die letzteren waren von einem „alten Bergmann“ unterzeichnet. Alle diese Artikel wenden sich gegen die Forderungen der Bergarbeiter. Die ganze Schreibweise bringt mich nun auf den Gedanken, daß mein schriftstellerscher Duktus, der noch niemals ein Bergwerk gesehen, sondern nur mit der Feder schreibt, der Verfasser ist. Ich nehme es ihm ja nicht übel, daß er aus Selbstverleumdung Journalist spielt, da er sonst nichts tut, als die Leute zu ärgern und die Kirche mit seinen Lehnstücken schmutzig zu machen. Doch sollte er erst in ein Bergwerk gehen und dort arbeiten, dann würde er ganz anders schreiben. Warum er gerade so gegen die Bergarbeiter losgeht und nicht auch gegen andere Handwerker - verlehrt er doch z. B. mit solchen ganz freundschaftlich bei Tisch eie! - wundern mich nicht. Er möchte gar zu gerne in den Reichstag und so lange Otto Que dort ist, muß er seine Sehnsucht nach bezwingen. Deswegen auch der Brall gegen die Bergarbeiter, weil sie eben Que wählen. Hoffentlich entsetzt er sich nicht, denn ich bin ja auch bereit, ihm ein Denkmal zu setzen mit der Aufschrift: „Endlich ist der alte Bergmann“ gestorben, der noch niemals einen Pütt sah! Sein Neffe.“ Uns freut es, daß der Neffe doch etwas weit vom Stamm gefallen ist und als junger Bergmann das Tun des „uralten“ Bergmanns verurteilt. Wie wir wünschen ja Deinem Onkel nichts Schlechtes, aber trifft ihn nicht bald der Schlag, ersticht er noch an seinen Älgen. „Dann glückliche Beschäftigung!“ - **Gerden.** Auf eingezogene Erkundigungen hin können wir unseren Kameraden nicht raten, der Krankenkasse „Deutscher Unterstützungsverein zu Leipzig“ beizutreten. Die betr. Annonce findet in unserer Zeitung keine Aufnahme mehr, im übrigen hat die Redaktion mit der Annahmehannahme nichts zu tun. - **Oberplanitz.** Zur Aufnahme in der Zeitung nicht geeignet, dem Zweigverein ohne Rücksicht zur Regelung übergeben. - **Z. W., Reichenau.** Es kommt ganz auf die Abmachung mit Ihrem neuen Hauswirt an, als Sie ihm die Pflanze zur Verfügung stellen. Haben Sie ihm dieselbe ohne Vorbehalt überlassen, wird es Ihnen wohl nicht möglich sein, beim Umzug dieselbe mitzunehmen.



Sunlicht Seife

reingt einzig und allein durch ihre eigene Reinigungskraft. Weil sie vollständig frei von allen schädlichen Bestandteilen ist, schont sie nicht nur die Stoffe, selbst die zartesten Gewebe, vollkommen, sondern sie erhält auch die Haut der Wäscherinnen weich und geschmeidig. Bei Verwendung der Sunlicht Seife erzielt man weit bessere Resultate als bei Benutzung geringerer Sorten und scharfer Chemikalien, welche letztere eine Arbeitserleichterung stets nur auf Kosten der Wäsche herbeiführen.

Bestehen Sie deshalb unbedingt darauf, dass zu Ihrer Wäsche nur Sunlicht Seife ohne jede Zusätze verwendet wird. Erleichterte Arbeit und die lange Erhaltung Ihres Wäscheschatzes wird Ihr Lohn sein. Sunlicht Seife ist in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Öffentliche Knappschaftsmitglieder-Versammlungen

Sonntag, den 28. Oktober 1906:

Bezirk Schaumburg-Sippe.

Seibsdorf. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Friede. - Die Aufrechnung der Reichsrenten durch den Gläubiger Knappschaftsverein und was tun wir zur Befreiung dieses Unrechts? Referent: Kamerad Max Gartner, Hannover.

Kameraden, erscheint zahlreich in diesen Versammlungen!

Öffentliche Belegschafts-Versammlungen

Sonntag, den 21. Oktober 1906:

Hopriehausen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Raute in Schlarpe, für die Beche Justus I. - Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf Beche Justus I.

Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen.

Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen.

Lageordnung in allen Versammlungen:

Lohnfrage, Sperre und Mißstände im Bergbau.

Freitag, den 19. Oktober 1906:

Bautau-Gorshausen. Vormittags 9 1/2 Uhr und nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Sehrbruch in Bautau, Hagenstraße.

Sonntag, den 21. Oktober 1906:

Bilmerich u. Umg. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Wöhminkel in Bilmerich. Referent: Kamerad G. Sasse, Bochum.

Birtulian. Nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokale zu Birtulian.

Brecht, Brambauer u. Umg. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Aug. Straß in Brecht. Referent zur Stelle.

Courel, Kaiserau, Metzer u. Umg. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Wilhelm Ränke in Metzer. Referent zur Stelle.

Großhadt Selbstkritik. Nachmittags 4 Uhr, im Saale des Herrn Ederloch, Wilhelmstraße, Saal.

Heddingburg und Liederhall. Nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Paul Köhler in Heddingburg. Referent: Kamerad Max Gartner, Hannover.

Hohedde, Berar, Kirchberg u. Grevel. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Feinde, (früher Schod) in Hohedde.

Hörth u. Umg. Nachmittags 3 Uhr, im Saale des Herrn Kreuz (Restaurant „Zur Erholung“), Hörth. Ref.: Kam. Waldhede, Bochum.

Meh u. Umg. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gerdes.

Rangendreer u. Umg. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Sproedt. Referent: Kamerad Aufderstraße, Kattrop.

Richter. Zahlstellenversammlung.

Rünen-Süd u. Umg. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Middelndorf. Referent zur Stelle.

Marzen u. Umg. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Friedr. Hartmann. Referent zur Stelle.

Reugede u. Umg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Bogt.

Riedermassen u. Umg. Abends 6 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Spies. Referent: Kamerad Herr Sasse, Bochum.

Rauzel u. Umg. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Bartling, Beche Graf Schwerin. Referent zur Stelle.

Scharnhorst u. Umg. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gante. Referent: Kamerad Heinz Bartels, Dortmund.

Stierke u. Umg. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Busch, Wornholz-Durchholz, Westherbede, Herbede u. Buchholz. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Oberste Berghaus, Wornholz. - Die Lohnfrage im Bergbau, und: Ist die Einlegung eines Arbeiterzuges von Herbede nach Dahlhausen notwendig?

Weißwasser, Gablenz u. Umg. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Reinhold, Dattke in Gablenz.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Die Tagesordnung in allen Versammlungen lautet:

Lohnfrage, Sperre und Mißstände im Bergbau.

Referenten sind in allen Versammlungen anwesend und ist es Pflicht aller Kameraden, ihre Zahlstellenversammlungen pünktlich zu besuchen.

Sonntag, den 21. Oktober 1906:

Altenbochum und Bochum II (Altkohl). Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Hülschhoff, Wittenerstr.: Gemeinschaftl. Versammlung.

Auf dem Schnee. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Weder.

Anfängerliche Versammlung.

Dorffeld. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Schmidt (früher Bartemann): Außerordentliche Versammlung.

Gerlach-Kirchberg (Eadsen). Vormittags 10 Uhr: Steuertag.

Herne. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Bomm. Die bevorstehende Knappschaftsältestenwahl.

Holthausen-Börnig. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Engels (Zentralhalle) in Sobingen.

Sombroch. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Stauder.

Sünen-Nord. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Muserbraut.

Tügendormund. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Buschcamp.

Ronnenberg (Deistergebiet). Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Detmer.

Jeden dritten Sonntag im Monat:

Alversdorf. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Feind.

Bernbach. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn G. Garbt.

Bernsdorf. Nachmittags 4 Uhr, im Köflers Restaurant, Hermsdorf.

Bockwa. Nachmittags 5 Uhr, im Restaurant „Wartburg“.

Dampfen III. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Vester (früher Geh. Krüger), Sektion I 35.

Eigershausen. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Kapiga, Bahnhofswirtschaft.

Groß-Hüden. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn A. Schneedigt.

Harpen. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Friedr. Paschhoff.

Holten-Byfang. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Ruppert, Holten.

Holzwide. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Grefse, Chaussee.

Sombroch a. Rh. Vormittags 10 Uhr. Wo? sagt der Bote.

Kamen I. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Fesselmann.

Vortrag des Kameraden Remshagen über „Unternehmer- und Arbeiterorganisation“.

Köffern. Abends 8 Uhr, im Gasthof zu Neumitz.

Langendreer. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Sproedt.

Lindenhorst. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Carl Selzer.

Ludennau. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthaus „Glück auf“, Stredau.

Massenheide. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Fritz Hillebrunn.

Miesbach. Nachmittags 2 Uhr, im Badrestaurant.

Niederwienigen. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Sasse.

Obermassen. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Herrn Wilhelm.

Ober-Sprochdel. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Ernst.

Silgenhof, Quellendorf-Verzamp.

Olfen. Nachmittags 3 Uhr, an bekannter Stelle.

Proßwitz. Nachm. von 3-4 Uhr, im Lokale des Herrn A. Ostwald.

Schmidthorst. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Böhme.

Schönungen. Nachmittags 3 Uhr, im „Ewer“.

Zeuzern. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Zum grünen Baum“.

Trebnitz. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Böhler.

Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats:

Afen a. d. Elbe. Nachmittags 3 Uhr, in der Herberge.

Alfeld a. d. Leine. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn R. Nies, „Zum Edelweiß“.

Athendorf. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Fidejurt.

Beuthen u. Hoffberg. Nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftslokal.

Boberg, Dombrowlstraße 8.

Bölk. Nachmittags 5 Uhr, in der „Friedenshöhe“: Jagtag.

Dorotheendorf. Nachmittags im Gewerkschaftslokal, Ede Garien- und Körnerstraße.

Gersdorf. Abends 6 Uhr, im Gasthof „Zum grünen Tal“: Steuertag.

Gierswalde. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Raude in Schlarpe.

Groß-Kötzig. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Wwe. Herzig, Auf der Geierstraße.

Güsten. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Herm. Hartge.

Hötensleben. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn U. Weber.

Selmsdorf, Garbe u. Barnte. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Hartmann, Nindenhof, Helmstedt: Gemeinsh. Besprechung.

Klein-Raundorf. Nachmittags 2 Uhr. Lokal unbestimmt.

Kochlowitz. Beim Vertrauensmann, Ameisenberg 22: Bücherrevision.

Leobdorf. Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant in Leobdorf.

Leipzig-Bölk. Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Niede: Jagtag.

Lichtenstein-Gallenberg. Nachmittags 4 Uhr. Lokal unbestimmt.

Lübtheenstadt. (Zeit fehlt.) In der „Reichshalle“.

Mitro. Nachmittags 2 Uhr. Wo? sagt der Bote.

Nitteldorf. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Fanghänel.

Neudorf. Nachmittags 5 Uhr. Lokal unbestimmt.

Neudorfberg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Eijmann.

Niederbiele u. Oberdorf. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer.

Niederwiesing. Nachm. 3 1/2 Uhr, im Restaurant „Friedensburg“.

Oberlungwitz. Nachmittags 6 Uhr, in Engels Restaurant.

Scharfing. Nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftslokale in Roßberg, Dombrowlstraße 8.

Schlarpe. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Raude.

Schönborn. Nachmittags 3 Uhr, im Eichwald bei G. W.

Schwientochowitz. Nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Rynaß in Ober-Heid.

Schunde. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Wwe. Fränkel in Holzum.

Staffort. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale der Frau Wiefener.

Stollberg i. Sachsen. Nachmittags 3 Uhr, in Landgraf's Salon.

Teufenthal. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Weichner.

Wölpe. Nachmittags 4 Uhr. An bekannter Stelle.

Weißtein. Jeden Sonntag nach dem 15.

Witzkau-Bölk. Nachmittags 6 Uhr, im Restaurant „Hohenzollern“: Steuertag.

Jeden Sonntag nach dem 18. des Monats:

Dombaden. Abends 7 Uhr, im Lokale der Witwe Sorg.

Laudorf. Im Lokale des Herrn G. H.

Lugau. Nachm. 4 Uhr, im Restaurant „Friedensburg“: Steuertag.

Nauborn. Jagtag.

Niederquembach. Im Lokale des Herrn Zimmermann.

Schlegel. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Ed. Stephan, Kolonie Leppelt bei Schlegel.

Schwalbach. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Frau Wender.

Jeden Sonntag nach dem 20. des Monats:

Guben. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Fette, Lindengarten.

Hierisch. Nachmittags 3 Uhr. Wo? sagt der Bote.

Hietzsch. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Ad. Fischer.

Obertausungen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Umelung.

Pöhlitz. Nachm. 3 1/2 Uhr, in der Wohnung des Vertrauensmanns.

Preßwitz. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Dameritz.

Walgau. Vorm. 9 Uhr oder nachm. 2 Uhr, im Lokale des Herrn Rapp.

Wenstenberg II u. Bölk. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Seidenpfeiffer, „Lohmühle“.

Mißstände auf den Gruben.

Muhrrevier.

Sehe Waacker Muude und Friedländer Nachbar. Eine eigenartige Erscheinung ist, daß die niederen Grubenbeamten den größten Schiebel besitzen. Auch bei uns gibt es solche „Allgewaltige“.

Sehe Waacker Muude. Diese Sehe scheint es darauf abzusuchen, immer in Zeiten der Lohnbewegung die Arbeiter provozieren zu wollen. Folgende Bekanntmachung prangte am Brett:

Da wahrscheinlich im Laufe der nächsten Woche durch die Stilllegung der Sehsahrt auf Schacht Waacker Muude Ausfälle in der regelrechten Förderung entstehen, so beschließen wir am Samstag, den 18. d. Mts. mit der Morgenschicht 1 1/2 Schicht zu verfahren.

Die gesamte Belegschaft der Morgenschicht wird daher angehalten, von morgens 8 Uhr bis nachmittags 6 Uhr in der Grube zu bleiben. Die Mittagschicht fährt des nachmittags von 8-1/2 Uhr ein und am Sonntag morgen von 2 1/2-8 Uhr aus.

Friedl. Nachb., den 12. Oktober 1903.

(folgt Unterschrift).

Wir sind neugierig, wie weit die Verwaltung mit solchen Unfällen kommt?

Sehe Germania, Schacht I. Die Behandlung seitens einiger Beamten läßt hier viel zu wünschen übrig, war es doch der Tagesbetriebsführer Kommissar, der einem alten, fast 60jährigen Arbeiter gegenüber Unbilliges gebrauchte, die man sich schämt, wiederzugeben.

Sehe Hugo. Vom Arbeiterausschuß kann man auch hier nichts vernehmen. Unlängst wurde durch Anschlag bekannt gemacht, daß Schichtmarken nur bis 20 Minuten, Lampen nur bis 10 Minuten vor 6 Uhr ausgegeben werden.

Sehe Mont Cenis. Vom 1. Oktober ab wurde hier eine allgemeine Lohnherabsetzung zugesagt und sollte der Verdienst der einzelnen Arbeitspunkte bis zum 20. September als Grundlage des zu erhöhenden Gehaltes dienen.

Sehe Mißstände. Auf dieser „reichtum“ Pütt ist es wert, einmal in der Winkelschicht durchzuführen zu werden. Ein Teil der hiesigen Belegschaft besteht aus „Arbeitswilligen“ und man kann sich denken, welchen Ton sich die Beamten im Verkehr mit diesen Leuten angewöhnt haben.

Sehe Rheinpreußen, Schacht I und II. Sobald die Bergarbeiter einige Pfennige verdienen haben, kommt man trotz der klotzen Konjunktur sofort mit Kürzung des Gehaltes.

Sehe Rheinpreußen, Schacht III. In letzter Zeit treten auf genanntem Schacht die Mißstände immer mehr hervor. So sollen z. B. die Markennummern keine acht Stunden oben geschüttet haben.

Sehe Hannover, Braunschweig, Hesse-Lippe. Bruch Hirtstein. Alles was wahr ist, schreiben und schimpfen kann unser Betriebsführer garnicht schlecht.

Sehe Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen. Grube Kaiser Wilhelm (bei Meuselwitz). Nach Beendigung des Streiks gab die Grubenverwaltung das Versprechen, die Mißstände zu beseitigen.

Bruchstrafe besser wie hier, was schon viel sagen will. Die Kameraden von Meuselwitz, monon nach viele unorganisiert sind, mögen doch endlich erwachen, sich dem Verbands angeschlossen und in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft mitkämpfen für ein besseres Los.

Sehe Rheinpreußen, Schacht I. Auf diesem Pütt scheint man die Sicherung der Fahrwege für Nebenbahnen zu halten. Es wäre dringend erwünscht, daß die Bergbehörde durch möglichst häufige und eingehende Inspektion der Grube der Betriebsverwaltung Klar machte.

Sehe Reddinghausen, Schacht II. In letzter Zeit nehmen hier immer mehr Kameraden ihre Arbeit und verlassen das schwarze Münsterland. Es braucht diese Tatsache aber niemanden zu wundern, wenn man die Klagen, besonders der Kameraden, die im Revier I beschäftigt sind hört, findet man es begreiflich.

Sehe ver. Trappe. Am Morgen des 10. September hatte sich der Maschinenmeister des Blinden Schachtes verschlafen; da nicht gleich ein Stellvertreter zur Stelle war, sprang ein unangelegelter Straffenbolz herbei und wollte die Leute herunterlassen.

Sehe Goldstein. Jeden Monat klagte hier die Leute massenweise ab, eine Folge der schlechten Abfuhr. Auch herrschte die letzten Monate Mangel an Waggons, sodas ofters ausgefahren wurde.

Oberbergamtsbezirk Bonn. Sehe Rheinpreußen, Schacht I und II. Sobald die Bergarbeiter einige Pfennige verdienen haben, kommt man trotz der klotzen Konjunktur sofort mit Kürzung des Gehaltes.

Oberbergamtsbezirk Bonn. Sehe Rheinpreußen, Schacht III. In letzter Zeit treten auf genanntem Schacht die Mißstände immer mehr hervor. So sollen z. B. die Markennummern keine acht Stunden oben geschüttet haben.

Oberbergamtsbezirk Bonn. Sehe Hannover, Braunschweig, Hesse-Lippe. Bruch Hirtstein. Alles was wahr ist, schreiben und schimpfen kann unser Betriebsführer garnicht schlecht.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen. Grube Kaiser Wilhelm (bei Meuselwitz). Nach Beendigung des Streiks gab die Grubenverwaltung das Versprechen, die Mißstände zu beseitigen.

zwei Felder ausgearbeitet sind und kein Stöcken Holz vorhanden ist. Alle leicht kommen dann Unfälle vor. Der Bahn steht uebrig und so kommt es auch, daß die Wege sieben bis acht Schichten verfahren werden.

Ostliche Braunkohlenwerke. Wer den Ortstag erkennen will, braucht nur mit nackten Füßen unseren Unterleib zu betreten. Der Boden ist durch die unterirdische Dampfkraft so heiß, daß man die Kameraden wie die Störche, immer abwechselungsweise auf einem Bein stehen sieht.

Grube Breunsdorf. Die hiesige Belegschaft, die aus 120 Mann besteht, sah sich am 9. Oktober genötigt, in einen Umwechsstreit einzutreten. Es sind hier zwei Schichte, wovon der eine noch im Abteufen begriffen ist, während auf dem anderen Schacht I schon gefördert wurde.

Grube Marie. (Melskens Werl). In der Brittenfabrik herrschen arge Mißstände. In der Fabrik sind acht Dampfkessel in Betrieb, davon sind zwei Kessel so defekt, daß das Wasser an den Rieten der Schieberwand durchsickert und in die Feuerung tropft.

Süddeutschland und Reichslande. Grube Rote Erde. Allzu scharf macht scharf! Dies möchten wir unserer Verwaltung zurufen. Weil man die von uns geschilderten Mißstände nicht dementieren kann, versucht man jetzt durch Maßregeln unsern Groll Luft zu verschaffen.

Egyptische Plagen. Bochum. In Nr. 38 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 22. September d. J. befindet sich auf Seite 4 eine Notiz unter dem Kennworte „Sehe Konstantin, Schacht IV“.

Kameraden, agitiert für den Verband!!

Arbeitersekretariat Bochum
 Diemelhausstraße 40.
Unentgeltliche Auskunftstelle
 für gewerkschaftlich organ. Arbeiter und Arbeiterinnen. Sprechstunden in Bochum: 9-11 Uhr vorm. und 6-7 1/2 Uhr nachm., Sonntags und Feiertags geschlossen; in Witten: jeden Donnerstag von 10 Uhr vorm. bis 5 Uhr nachm. im Lokale des Herrn P. A. Oberkrähe. 952

Bochum.
Die Gewerkschafts-Bibliothek
 ist jeden Sonntag, vormittags von 9 1/2 bis 11 1/2 Uhr und jeden Mittwoch, abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer (links), Ringstraße, geöffnet. Um zahlreiche Benutzung wird ersucht.

Aufruf.
 Kameraden, welche Auskunft über den jetzigen Aufenthalt des Bergmanns Jul. Jyna geben können, werden ersucht, dieses unverzüglich an das Arbeitersekretariat in Gelsenkirchen, Aprilstraße 19, zu melden.
 Kam. Jyna war früher auf Bege Holland, Schacht van Brahm, beschäftigt und soll in einer sehr wichtigen Unfallsache als Zeuge vernommen werden.

Öffentliche Aufforderung.
 Ich werde von böswilliger Seite verächtlich, im Monat Juli auf der Bege Hahnwinkel durch Umnummerieren mit Kohlenwagen von andern Kameradshäusern angegriffen zu haben. Jurek hat Heinrich Birch, Dahlhausen, diese Verhöhnung ausgesprochen. Ich bringe durch Zeugen den Beweis, daß diese Verhöhnung, ein gemeiner Haderakt vorgenannter Person, auf Unwahrheit beruht.
 Ich fordere hierdurch Heinrich Birch, Dahlhausen, auf, diese beleidigende Äußerung, so schnell wie möglich durch diese Zeitung zurückzunehmen, widrigenfalls ich gerichtl. klage vorlege.
 Dahlhausen II, 11. Oktober 1906.
 1251 Heinrich Hoppenberg.

Die beleidigenden Äußerungen, die ich über den Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands ausgesprochen habe, nehme ich mit Bedauern zurück.
 Vangendreeer, im Oktober 1906.
 1225 Heinrich Friedrich.

Die Beleidigungen, die ich gegen die Familien Friedrich Schewe und Friedrich Trenner ausgesprochen habe, nehme ich als unwahr zurück.
 Fran Bente, Langendreeer.

Ich warne hiermit jeden, die verleumderischen Aussagen gegen meine Frau, welche auf Unwahrheit beruhen, weiter zu verbreiten, andernfalls ich gegen die Verbreiter gerichtl. vorgehen werde.
 1215 Ernst Grünlag, Heiligen.

Jeder kaufe Kaffee
 Direkt vom Importhafen.
 Schöne Kaffeebohnen, per Pfd. 85, 80, 94, 96 und 100 Pfg. 1219
 Hotellkaffee, hochfein, p. Pfd. 1,12 Mk.
 Samb. Melange, sehr fein, p. Pfd. 1 Mk.
 Arab. p. Pfd. 71, 79, 85, 95, 98 Pfg.
 Preisliste und Proben gratis.
 Versand u. Nachn. v. 10 Pfd. an foto.
 Garant: Zurücknahme d. Nichtkonm.
 Gustav Westphal, Altona-Hamburg 80.

Überseeischer Rauchtobak
 Omsonst zur Sendung Pfeife.
 Sende franko gegen Nachnahme: a. Pfd. Mk.
 10 Pfd. Kronentobak Lit. A I Grobsack 0,60
 10 " " " A II " 0,80
 10 " " " A " 1,00
 10 " " " " " 1,20
 10 " " " " " 1,40
 od. auf Wunsch die einz. Sorten auch in 10 Pfund-Handtüchleinbeuteln.
 5. Kersten, Orsay-Mederrhein.

Marxloh. 1242
 Den Kameraden zur Kenntnis, daß ich in Ober-Rastisch, Gollmannstraße 47a ein
Friseur- und Kallergeschäft
 eröffnet habe. Empfehle meine gut abgelegenen Plätze, Haar- und Bartarbeiten, sowie Toiletteartikel in großer Auswahl.
 Friedrich Lipski, Gollmannstr. 47a.
 Dortselbst werden auch Kleider zum Reinigen und Färbes angeommen.

Röhlinghausen.
 Empfehle mich der freizugewiesenen Arbeiter-Gewerkschaft von Röhlinghausen u. Handel in der niederen Strümpfe, die Jagdschuhe, Schürzen, Kinderkleidung usw., für samt. Kleiderarbeiten einsch. der Knappschaffelasse.
 Th. Otawick, Seiler und gepulter Seiler, Seilerstr. 3.



„Blut und Eisen“

„Krieg und Kriegerum in alter und neuer Zeit“
 :: von Hugo Schulz ::

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen „Kriegsbilder“. In zusammenhängenden historischen Streifen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturwelt gespielt hat, welche Gräueltaten er gestiftet, welche Verwicklungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwicklung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegsführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die stetige Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgewalt, Soldatentypen, Spottbilder und Waffengattungen sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben. 1221

Das Werk erscheint in 50 Hefungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.
 ————— Jedes Heft ist reich illustriert! —————

Das Werk ist zu beziehen durch jede Buchhandlung und jeden Kolporteur oder den Verlag:
Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69

Nachruf. 1227
 Am Samstag, den 6. Oktober, abends, wurde unser Kamerad und Mitglied der Ortsverwaltung Langendreeer
Adam Pflanz
 von einem frechen Mordbuben meuchlings ermordet. Kamerad Pflanz stand hier am Orte in den vordersten Reihen der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung und hat stets voll und ganz seine Pflichten erfüllt. Er wird uns unergötzlich bleiben!
 Von Mörderhand bist Du gefallen in bester Kraft, in Jugendmut — Dies Lebewohl nimm von uns allen: Die Erde sei Dir leicht und gut! Die Ortsverwaltung der Zählstelle Langendreeer.

Kamen. Geschäftsanzeige. Kamen.
 Den hochgeehrten Bergarbeitern von Kamen u. Umg. zur gest. Mitteilung, daß ich im Hause W. Bankhardt, Weststraße ein
Manufaktur-, Woll- und Weißwaren-Geschäft
 eröffnet habe. Mein Bestreben wird sein, nur gute, reelle Waren, welche nicht erst marktweiserer Bekanntheit bedürfen, zu führen und selbige bei allerbilligster Preisberechnung abzugeben. Besonders empfehle ich schlechte Fäden, Zulets, Wollendrucke, sowie nach schifflicher Art selbst gefertigte Frauenjacken u. dgl. m. Indem ich bitte, mich in meinem Unternehmen durch regen Besuch gütigst unterstützen zu wollen, bitte ich um Hochachtungsvoll.
Selma Nontwig.

Tiger-Schlaf-Decke,
 Größe 140/190 cm, per Stück 2,10 Mark.
 Gestimmt, fertig zum Gebrauch, langjährig bewährt, außerordentlich haltbare, wollige, sehr kräftige Decke bester Qualität.
 Solide, prachtvolle Muster. Ein Postpaket = 4 Stück Decken, liefern portofrei.

Bei Nichtgefallen nehme Decken zurück und gebte das Geld retour. Tigerdecken sind für jeden sparsamen Haushalt geradezu unentbehrlich, weil dieselben eben alles bis jetzt Dagegenes übertreffen. Ueber 1200 Anerkennungen und tausende von Nachbestellungen. — Anerkennungs schreiben: Teile Ihnen mit, daß ich die zwölf Stück Tigerdecken erhalten habe; sie erregten allgemeines Aufsehen und Bewunderung. Ich kann sie daher in allen Kreisen aufs Beste empfehlen, da sie zu jeglichem Zweck verwendbar sind. Senden Sie mir nochmals 20 Stück Tigerdecken. R. M. in A. 1127

Theodor Müller, Seiffhennersdorf i. S.

Gegen geringe Monatsraten von

2 Mark

an liefern wir:
 Bithren all. Art., Seiten-Instrumente, Violinen, Mandolinen, Gitarren, Klarinetten, selbstspielende, sowie Dreh-Instrumente mit Metallblenden, Automaten, Harmonikas, Grammophone, garantiert echt mit hochtonigen Klappen.
 Phonographen mit erstklassigen Schallplatten. — Ferner photographische Apparate, Operngläser, Selbstschreiber, Kunst gerahmte Bilder.
 Man sende Illustr. Katalog 564 gratis und frei. Postkarte genügt.
Bial & Freund in Breslau u.

Tapeten Farben Lacke
 sind am billigsten zu haben bei 778
Fr. Kiesop, Dortmund, Weiherstr. 44.

Wenn wir Sie sprechen könnten
 würden wir Sie sicher davon überzeugen, daß Sie durch direkten Bezug aus unserer Fabrik in Anzugstoffen, Rosenstoffen, Paletstoffen, Westingstoffen usw., sowie Damen-Cuchen, nächsten Vorteil haben. Erstklassige Neuheiten. Billige Preise. Streng reelle Bedienung. Wir versenden jedes gewünschte Maß. Verlangen Sie sofort Muster, welche wir franco an jedermann versenden. 1084
Behmann & Assing, Spremberg b. C. Einziges Tuchfabrik Deutschlands dieser Art.

Gelsenkirchen.
 Den geehrten Kameraden von Gelsenkirchen-Schulte, -Gehler und Umgebung zur gest. Kenntnis, daß ich hier selbst Wirtshaus Nr. 154 ein
Friseur-Geschäft
 eröffnet habe. — Eine stets noble Bedienung zusichernd, bitte ich um gütigen Zuspruch. 1228
 Mit kameradschaftlichem Gruß
Karl Sonnenschein, Friseur.

Versende garantiert unverfälschten
Weiß- und Rotwein
 zu 50 Pfg. p. Liter im Faß od. p. Flasche einsch. Glas in jedem Quantum geg. Nachnahme. Zwei Proben franco gegen 30 Pfg.
C. Otto Rühlmann,
 Weinkellerei, 945
 Coblentz am Rhein 188.

Frucht- und saftfrei geg. Nachn.
 1/1 Liter
400
 neue vollwertige weissefleischige, extra sortierte Salzheringe, gr. 1/2 Faß 6 Mk., ff. Dauerware.
 E. Degener, Her.-Gross-Versand von 1881, Schwimmlinde 05, Dittlerstr. 80 neue fette Salzher. 2 1/2 Mk., 80 neue marinierte ff. Her. 3 Mk.

Schuster & Co.
 Maschinen- und Instrumenten-Manufaktur
 Marienbühlchen Nr. 22
 Fabrikanten u. direkter Versand
 Katalog gratis postfrei.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren,
 Lieferung vollständiger Wohnungs-Einrichtungen. Saubere Ausführung, billige Preise. Bestellungen mit Matrize v. 30 Mk. an. Sofas von 38 Mk. an. 1158
 Verkäufe auch auf Teilzahlung.
E. Specht, Geeren bei Kamen.

Lotenopf-Ring m. Similt-Brill.
 Silber 1,25 oder Cap-M Rubin verg. 1,75 Gold 4,25
 Silb. Turner- u. Radfahrer-Ringe St. 1,50. Gold-Ringe 3,50 von 0,95 an. Reich illust. Preisliste über: Uhren, Ketten, Gold- und Silberwaren etc. gratis u. franko. Uhrmacher und Wiederverkäufer verl. Catalog-Katalog. Best. nur gegen Nachn. oder vorher. Einsendung. Porto und Verpackung extra. Umtausch gestattet. 673
Hugo Pincus, Hannover 30

Edmund Paulus, Markneukirchen Nr. 343
 Feinste Musikinstrumente. 1220
 Katalog frei. Briefe u. Postkarten sind mit Nr. 343 zu versehen.

Spezial-Offerte: 1904er Rotwein 58 Pfg.
 p. Liter, 60 Pfg. p. Liter Glas.
Eduard de Waal & Sohn
 Weinhandl., Coblentz a. Rh. 44

Weisswein
 56 Pfg. p. Liter, 58 Pfg. p. Liter Glas. Süde Weine fehr schön, amtlich untersucht, garantiert unverfälscht. Kaiser 30-100 Liter. Risten 24-60 Liter. Auch Probefläschen von 12 fl.

Zahlstellen-Feste
 Sonntag, den 28. Oktober 1906:
 Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Frey, v. d. Seyditzstraße: Konzert, Gesangsvorträge des Arbeitergesangsvereins „Gemüthlicher Chor“ und Ball. Entree 80 Pfg., Damen frei. Mitgliedsbuch legitimiert. 1175

Glück auf-Uhren
 mit Bergmanns-Zeichen

echte Schweizer-Uhren, Silber und Gold-Ketten, Ringe usw. vom Ultramarine erprobt, zu billigen Preisen. Unbedingt diensttaugliche, verlässliche Uhren. Den circa 1000 Abbildungen enthaltenden Preis-Katalog versendet auf Wunsch gratis und franko das gediegte Uhren-Weltverhandlungsbüro **H. Suttner** in Laibach (Österr. Krain). Kein Neffengeschäft. Sie kaufen hier vom Fachmann. Keine Fälschware. 1151

Flechten
 ansteckende und trockene Schuppen/lechte akroph. Ekzema, Hautausschläge,
offene Füße
 Heilung durch
Rino-Salbe
 Heilung durch
 Rino-Salbe
 Heilung durch
 Rino-Salbe

400 Salzheringe
 wirklich fetter Heringe, ff. Geschmack, Dauerware, vollfett 12 Mk., 1/2 Faß 6 1/2 Mk., 80 Stück-Dose 3 Mk. 1220
 E. Napp Nachf., Schwimmlinde 35.

Buschhausen.
 Den Kameraden von Buschhausen u. Umg. zur Nachricht, daß ich hier selbst Nordoberhauserstraße 74 ein
Milch- und Fuhr-Geschäft
 eröffnet habe u. halte mich besonders zum Kohlenfahren bestens empfohlen.
 1220 Gust. Skowronek, Invalide.

An- u. Verkauf
 von Möbeln, Oefen, Kleidern aller Art empfiehlt
Louis Lukas, Friedenstr. 64.

Achtung Gottesberg u. Umg.
 Organisierte Kameraden beden ihren Einkauf von Lebensmitteln und Wirtschaftsbedürfnissen am besten im
Konsum-Berein
 für Gottesberg u. Umg., E. G. m. b. H. Kameraden, werbet Mitglieder des Konsumvereins! Eintrittsgeld nur 50 Pfg.

Tausend
 und mehr Musikinstrumente jeder Art beziehen Sie gut, billig u. direkt v. Fabricationsort durch **Wilhelm Herwig** in Markneukirchen. — Illustrierte Preislisten umsonst. 1201

Hochstrass b. Moers.
 Dem Junggefallen Franz Döselick zu seinem am 18. Oktober stattfindenden Geburtstag ein dreimaliges
Lebe hoch!
 Für diesen Glückwunsch erwarten wir auch einen kleinen Dank von Dir. Du brauchst Dich nicht zu genieren, uns ein Päckchen zu spendieren. Es wird recht dankend angenommen und hoffentlich uns wohl bekommen.
 Gewidmet von Deinen Freunden
K. R., H. Sch., E. Sch., G. W., A. G., E. G., F. G. in Schmidtsort.

Wanne. 1240
 Meinem lieben Mann und unserm guten Vater Karl Wdowczyk zu seinem am 20. Oktober stattfindenden 40. Geburtstag die herzlichsten
Glück- u. Segenswünsche!
 Gewidmet von Frau und Kindern.

Bergarbeiter. Invaliden erzieht hochbeg. Reich, hohen Nebenverdienst. Erstklass. Weihnachtsart. Ausl. an Jederm. kostenlos. Herrn. Wolf, Zwidan Sa., Nordstr. 30. 1178

Wanne. 1230
 Halte mich den Kameraden zum **Kohlen- und Möbelfahren** bestens empfohlen. Achtungsvoll
Johann Bittner, Bahnhofsstraße 225.

Röhlinghausen b. Wanne.
 behrling gesucht. Söhne von Verbands-Mitgliedern werden unter leicht annehmbaren Bedingungen bevorzugt. 1228
 Th. Otawick, Friseur und gepulter Seiler, Seilerstr. 3.

Heeren, Werve u. Umg.
 Empfehle mich zum **Privatschlachten**, à Schwein 1 Mark.
 1235 D. Schetter, Werve.

Zuchtböcke
 stehen zum Decken bei 1244
 Rich. Wittke, Mittel-Deichstr. 86.

Harpfen. 1238
 Empfehle den Kameraden von Harpen u. Umg. meine angeforderten Schweizer **Ziegenböcke** zum Decken der Ziegen und bitte um geeigneten Zuspruch.
 Adam Gundlach, Gerbenerstraße 58.

Matulatur
 in unserer Druckerei zu haben.
 1222